

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

132 · Oktober 2001

*Monatliche Publikation,
herausgegeben im
Auftrag der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

Editorial 867

Essay

HELGA GREBING

Was geht uns Berlin an? 869

Sozialismus-Debatte

DIETHER DEHM

Drei Brücken über programmatische Mauern 878

FRANK RICHTER

Pluralität oder Pluralismus? 889

RUDOLF LUDLOFF

Die produktiven Kräfte des Kapitalismus
und das Programm der PDS 902

Gesellschaft – Analysen & Alternativen

HORST MÜLLER

Die Staatsquote und Transformationstendenzen
in Wirtschaft und Gesellschaft 909

ANJA OBERKOFER

Kritische Ansätze im amerikanischen Rechtsdenken 925

Rückblicke

LOTHAR BISKY

Eine späte Begegnung.
Zur Erinnerung an Hans Mayer 935

GÜNTER WIRTH

Martin Luther King.
Erinnerungen und Reflexionen 938

Festplatte

WOLFGANG SABATH

Die Wochen im Rückstau 946

Bücher & Zeitschriften

Elmar Altvater, Johan Galtung, Mascha Madörin, Birgit Mahnkopf, Wolfgang Sachs, Claudia von Werlhof: Neoliberalismus – Militarismus – Rechtsextremismus. Die Gewalt des Zusammenhangs (ARNDT HOPFMANN)	948
Birger P. Priddat (Hrsg.): Kapitalismus, Krisen, Kultur (ULRICH BUSCH)	948
Christoph Wulf, Birgit Althans, Kathrin Audehm, Constanze Bausch, Michael Göhlich, Stephan Sting, Anja Tervooren, Monika Wagner-Willi, Jörg Zirfas: Das Soziale als Ritual. Zur performativen Bildung von Gemeinschaften (STEPHAN MOEBIUS)	950
Mary Kaldor: Neue und alte Kriege (WOLFGANG TRIEBEL)	952
Franz Müntefering, Matthias Machnig (Hrsg.): Sicherheit im Wandel. Neue Solidarität im 21. Jahrhundert (HORST DIETZEL)	954
Nordamerikastudien. Historische und literatur- wissenschaftliche Forschungen aus österreichischen Universitäten zu den Vereinigten Staaten und Kanada (KARL DRECHSLER)	956
Summaries	958
An unsere Autorinnen und Autoren Impressum	960

Editorial

Als die Arbeit für das ursprüngliche EDITORIAL dieses Heftes von »UTOPIE kreativ« gerade beendet war, war die Welt plötzlich eine andere. Und jetzt, da ich an einem neuen Text sitze, voll von eigener Trauer und Sorge und eingewoben in ein dichtes Netz aus Bildern und Nachrichten vom Unfaßbaren des Ereignisses und weltweiter Trauer und Sorge, habe ich keine Ahnung, wie die Welt sein wird, wenn das Heft in Druck gegangen ist. Heute ist der 12. September des Jahres 2001, und es ist ein Tag in einer ungeheuren Schwebel.

Gestern, am 11. September, sind im Abstand von nur wenigen Minuten im Luftraum über New York und Washington gleich drei Mal aus voll besetzten Passagierflugzeugen, die sich im Linienflug befanden, Waffen gemacht worden. Waffen, deren Sprengkraft weit über die von herkömmlichen Bomben hinausging und deren Unberechenbarkeit jede Cruise Missile in den Schatten stellt. Das Wahrzeichen des modernen New York, das 400 Meter hohe, zwillingstürmige World Trade Center, wurde von zweien dieser Flugzeuge dem Erdboden gleichgemacht, und das Wahrzeichen des militärischen Selbstbewußtseins der USA, das Pentagon, von einem dritten in seinem Herzen getroffen. Die Zahl der Menschen, die im Inferno untergingen, kann bisher nur geahnt werden. Die Schätzungen reichen in die Zehntausende. Und es ist sicher, daß die Toten Menschen vieler Nationen sind. Das World Trade Center war wirklich ein Zentrum des Handels der Welt.

Gewißheiten stellen sich nur ganz allmählich ein, und wenn sie ins Hirn vordringen, weiß man mit ihnen wenig anzufangen. Denn sie sperren sich dem Gewohnten und machen darum doppelt und dreifach Angst.

Heute, am 12. September, weiß noch niemand, wer für diese kriegs-terroristischen Anschläge die Verantwortung trägt. Gewiß aber ist: Es muß sich um eine ganze Organisation so perfekt ausgebildeter wie unvorstellbar skrupelloser Täter handeln. Grausame Präzision und eiskalt ins tödliche Werk gesetzte Logistik, gepaart mit der fanatischen Bereitschaft zu tausendfachem Mord und gleichzeitiger Dreingabe des eigenen Lebens – das ist es, was wir bisher sicher erkennen konnten. Aber ein Staat ist nicht zu sehen, der dies alles veranlaßt hat, und keine der bekannten politischen Organisationen.

Also eine »Privatisierung« des Krieges? Aber warum? Zu welchem Ende? Cui bono?

Gewiß ist: Bisherige Sicherheitsmodelle von Staaten sind obsolet geworden. Kein nach außen gerichteter Raketenschutzschild hilft

gegen regulär im Landesinneren gestartete und in der Luft in Bomben verwandelte Passagierflugzeuge. Kein Radarsystem vermittelt genaue Kenntnis darüber, ob ein Flugzeug gezielt oder aus Gründen technischen Defekts von der vorausberechneten Linie abweicht. Aber wo ist der Ausweg?

»Gewißheiten« hinsichtlich der Täterschaft muß zutiefst mißtraut werden. Es gibt heute, am 12. September, trotz vieler von den Medien verbreiteter Vermutungen in Richtung der islamischen Welt keinerlei Beweise. Wird es trotzdem »Vergeltung« geben? Gegen Länder und Völker dort? Aber wem nützt es? Gewiß ist doch: Eine Spirale der Gewalt hat den Frieden noch niemals sicherer gemacht.

Und Mißtrauen ist auch angebracht gegenüber jenen »Gewißheiten«, in denen noch immer ein Teil der politischen Linken Zuflucht sucht. Es gibt sie nicht – eine zur »Erklärung« heranziehbare Verbindungslinie zwischen dem Elend von Millionen Menschen in der Dritten Welt und dieser nun erlebten Form hochtechnisierten und in der Vorbereitung und Durchführung viele Millionen an Dollar verschlingenden Terrors.

Aber welche Linien gibt es dann? Wie sind sie bekämpfbar, die Ursachen des Terrorismus, wenn sie sich einem »linearen« Verständnis immer weiter entziehen?

Besinnung ist notwendig. Damit Weisheit, Klugheit und Besonnenheit eine Chance erhalten. Es ist Trauer heute, an diesem 12. September, die sich sehr heftig mit dem Wunsch zu solcher Besinnung paart. Weil plötzlich so unerhört viel Zerbrechlichkeit ist.

WOLFRAM ADOLPHI

HELGA GREBING

Was geht uns Berlin an?

Ich bin in den letzten Tagen mehrfach gefragt worden, was mich bewogen hat, an diesem Ort und eingeladen von der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu sprechen; offensichtlich vermutete man einen Zusammenhang mit den gegenwärtigen politischen Turbulenzen in Berlin. Letzteres wäre eine Fehleinschätzung: So schnell sind wir denn doch nicht. Aber als wir im Februar die heutige Veranstaltung absprachen, habe ich meine Zusage gegeben, weil mir die Zeit gekommen schien – nach zehn Jahren –, die Kommunikation mit den auf Sacharbeit konzentrierten, zivilgesellschaftlich-demokratisch orientierten Teilen der PDS zu entkrampfen. Die Brücke dazu bildete für mich die Stellungnahme zur Zwangsvereinigung, und ich hoffe, diese Brücke betreten noch mehr.

Und warum ein Vortrag vor der Rosa-Luxemburg-Stiftung? *Rosa Luxemburg* gehört bekanntlich niemandem; aber sie gehörte die längste Zeit ihrer politischen Arbeit in Deutschland zur Sozialdemokratischen Partei. Diese hat dies zwischendurch über weite Strecken ihrer Geschichte vergessen. Bei KPD und SED hat *Rosa Luxemburg* mit Unterbrechungen allerdings auch keine Akzeptanz und manchmal sogar wütende Ablehnung gefunden. Das änderte sich dann, und die PDS konnte wenigstens *Rosa Luxemburg* betreffend, ein gutes Erbe antreten. Und irgendwie stimmt es dann, wenn Arbeitnehmer in Ost und West, heute befragt, gemeinsam die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung durch *Rosa Luxemburg* und *Willy Brandt* personifiziert sehen.

Als ich 1995 das ›Göttinger Sudelblatt‹ »Was geht uns Berlin an?« veröffentlichte, war es meine auch so ausgesprochene Absicht, scharf, dennoch gegenüber meiner Vaterstadt nicht ganz unliebenswürdig, »die traditionalistische Gestaltung unserer Hauptstadt« zu kritisieren. Mich ärgerte die Geschichtsblindheit, das heißt die Ahnungslosigkeit der beauftragten, ernannten oder sich selbst ernennenden Bauherren jedweder Herkunft gegenüber den besseren Traditionen der Deutschen. Die krampfhafteste Identitätssuche für eine angeblich neue oder doch erneuerte Republik, die sich die ›Berliner‹ in Abgrenzung von der ›Bonner‹ nennen sollte, schien mir in Richtungen zu weisen, die diesen besseren Traditionen nicht entsprachen, ja die mühsam erarbeitete historisch-politische Substanz der sogenannten Bonner Republik gefährden konnten. Heute wie damals nehme ich nicht in Anspruch, etwas von Architektur und Baugeschichte zu verstehen, heute wie damals treibt mich vielmehr von einem kultur- und emanzipationsgeschichtlichen Ansatz die Sorge um, die Bundes-

Helga Grebing – Jg. 1930 in Berlin, emerit. Professorin für Geschichte mit dem Schwerpunkt Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, lebt als Publizistin in München, bis 1995 Leiterin des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung der Ruhr-Universität Bochum; Lehr- und Forschungsschwerpunkte: Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung, Kulturgeschichte des 20. Jahrhunderts, letzte größere Publikation: *Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland* (Hg. und Mitautorin), Essen 2000.

hauptstadt werde einseitig historisiert, und dies könne die demokratische Identität der Republik beeinträchtigen.

Die falschen Richtungen schlugen sich meines Erachtens ach so sinnlich nachvollziehbar in der Beflissenheit nieder, Architektur als Gestalterin, wenn nicht gar Herstellerin von Herrschaft zu nutzen, wobei nicht unterstellt werden soll, daß diese selbst sich gerne so beneutzen läßt; aber abwegig ist es wohl nicht, so zu denken. Es gibt ja viele Beispiele, alte, urälteste und ganz neue für die Herrschaft legitimierende oder auch delegitimierende Funktion von Architektur. Da wir wissen, daß auch Demokratie Herrschaft ist, muß man diese Wasserträger-Funktion der Architektur nicht nur in Diktaturen oder diktaturnahen Herrschaftsformen angesiedelt sehen. Es ist schon viel darüber geredet worden, wie das denn geht: »Demokratie als Bauherrin«? Der Triumphbogen in La Defense des *François Mitterrand* vermochte nur dem Schein nach Herrschaft, Demokratie und Architektur zu einer überzeugenden Synthese zu bringen: *Mitterrand* war eben viel zu sehr der Repräsentant elitärer Herrschaft in quasi demokratischer Behausung.

Da könnte Berlin ein besseres Beispiel abgeben, oder muß man sagen: hätte abgeben können? Fünf Jahre nach Erscheinen des ›Sudelblattes‹ habe ich, angefragt und angeregt von den Veranstaltern dieses Symposions, die Fragestellung wieder aufgenommen, wiederum halb neugierig, halb besorgt wie damals (und ich zitiere mich): »Warum so skeptisch? ›Die Welt blickt auf diese Stadt‹ und sieht – projiziert in die konkrete Zukunft: Dome, Kirchen, Hotelpaläste, Armeegenerals- und Fridericus-Rex-Denkmäler, Regierungs- und Unternehmenskathedralen und andere Prunkbauten der noch nicht definierten allerneuesten Moderne. Wo aber findet die Welt die Stätten und Stützen demokratischer Zivilisation? Eben darum skeptisch. Aber auch hoffnungslos?«

Die alte Frage gibt fünf Jahre später neue Fragestellungen auf: »Wieviel Vergangenheit brauchen die Deutschen aus Ost und West für ihre vereinte Zukunft?« hat *Bruno Flierl* gefragt, »wieviel durch Krieg und Nachkriegsaufbau verlorengegangene Vergangenheit in der DDR und wieviel gebaute Vergangenheit aus der Zeit der DDR?« Wieviel aber auch von den Beständen der sogenannten Bonner Republik – so schnörkellos und schlicht sie gewirkt haben mag, aber auch angehaucht von der aus Richtung Köln hinüberwehenden Leichtigkeit des linksrheinischen Seins, gelegen am Rhein, dem breiten europäischen Strom; da roch es dann doch schon in den Bonner Gassen nach Bürgerlichkeit, Freiheit, Demokratie, Liberalität, vielleicht sogar ein wenig nach Revolution, und sei es nur dann, wenn der Wind aus dem Westen kam.

Aber wäre das nicht *die* Chance für Berlin, die Stadt mit den prägnanten und eklatanten Zeichen für Ungleichzeitigkeiten in der Gleichzeitigkeit vom Beginn seiner Geschichte an bis heute: für unterschiedliche Erfahrungen und gegensätzliche Vorstellungen – Preußens Gloria, die Goldenen Zwanziger, ›Reichshauptstadt‹ der verbrecherischen nationalsozialistischen Diktatur, einer der Hauptorte der deutschen Arbeiterbewegung als reale Alternative für ein zukünftiges anderes, besseres Deutschland, dann gespalten in ein zwar westgebundenes, in manchem amerikanischer als Amerika aus-

sehendes, dennoch immer kleinkariert werdendes, vom Rest der Welt trotz *Willy Brandt* fast abgeschottetes Insulanercamp und in ein stechschrittartig formiertes, sich balkanisierendes, ›ostweltmuffiges‹ Vorwerk des Spätstalinismus. Wer wundert sich da noch über den Mangel an zukunftsbezogenem, konsensfähigem historischen Bewußtsein in dieser unserer Berliner Republik? Aber dennoch sei noch einmal der Fairneß halber nachgefragt: Berlin hat seit zehn Jahren seine Chance gehabt, hat es diese wahrgenommen oder ist es wenigstens dabei, es zu tun? Was? Die Antwort kann kurz sein: Symbolkraft zu gewinnen für die deutsche Republik des Jahres 1990.

Um dies feststellen zu können, bitte ich, mir auf einem neuerlichen bundesbürgerlichen Spaziergang durch Berlin, genauer zu einigen Objekten und Orten, in denen oder an denen ein neues Berlin zu betrachten sein könnte, zu folgen.

Der *Reichstag* – zugegeben: Heute würde ich nicht mehr sagen, daß der von *Christo* und *Jeanne Claude* verhüllte Reichstag als der mir schönste erscheint, mag er auch eine Kuppel bekommen haben, die man immer noch spöttisch ein flottes Käppi nennen kann. Aber gerade das ist es ja, was das Gebäude um soviel ziviler macht: In langen Schlangen lustwandeln die Bürger und Bürgerinnen nach oben; keine Treppe fordert sie zu der Einsicht oder bloß Anschauung auf, Treppen seien ein Mittel herrschaftsgewohnter oder -beflissener Politik; im Gegenteil: den Volksvertretern wenn nicht real, so doch vorstellbar auf den Kopf spucken zu können, ihnen zurufen zu können: Seht nach oben, wir sind das und sogar ein Volk, ist mehr als ein Spaß, kann die Vorstufe zum zivilgesellschaftlichen Ernst sein.

So weit, so wirklich gut. Aber man fragt sich schon, warum das Neu-Sein der Republik sich nur oder doch überwiegend an alten Plätzen zurückliegender Zeiten, mit denen wir doch nichts mehr zu tun haben sollten, zeigen mag. Der Bundestag im Reichstag, nahe der Wilhelmstraße, an den Ministergärten – alles klingende Namen früherer überlebter Gesellschaftssysteme. Doch hat die Republik noch Glück: von einem Bismarck-Denkmal, wie es vor einiger Zeit *Rolf Hochhuth* sich vor dem Reichstag gewünscht hat, sind wir verschont geblieben.

Wenn es wenigstens noch ein überzeugender Arbeitsort für die Abgeordneten wäre: Der Plenarsaal ist viel zu klein, und eng erst recht die Sessel, so daß es sich noch nicht einmal bequem Zeitung lesen läßt, die großen überregionalen schon gar nicht. Die Tribüne für das Volk führt halsbrecherisch und schwindelerregend abwärts. Viel zu viele Potentiale, die ein modernes Parlament braucht, scheinen dezentral ausgelagert. Und noch nicht einmal ein Haus kann der Bundestag des vereinten Deutschland sein eigen nennen, repräsentiert er doch als Bundestag im Reichstag sitzend, wie es heißt, das Volk! Daran ändert auch nichts, daß genau dem Bundeskanzleramt gegenübergestellt wuchtig-trutzig das Paul-Löbe-(Abgeordneten-) Haus, an dessen Frontseite aus Glas sich das Bundeskanzleramt spiegelt, seinen Platz beansprucht, so als würde es das Kanzleramt herausfordernd fragen: ›Wer ist – nein – nicht die Schönste, die Stärkste im Land?‹

Dafür haben wir – die Bürger und Bürgerinnen – ein Haus für unseren Bundeskanzler, das in seiner Ausdehnung, nicht in seiner

Nutzfläche das größte Regierungsgebäude der Welt ist, neben dem das Weiße Haus in Washington wie – so fand ein Betrachter – »die Hütte eines verarmten Baumwollpflückers« wirkt, und der Elysee-Palast, so sah es ein anderer, wie ein »Wochenenddomizil«. Ich will nicht, Sie langweilend, wiederholen, was in den letzten Wochen mehr Kritisches denn Wohlwollendes über das *Bundeskanzleramt* geschrieben worden ist. Sollte es wirklich der mit Wagnerscher Musik audiovisuell unterlegte »Gipfel der Macht, in Beton gegossen« sein, dann reflektiert er hoffentlich nicht »das konkrete Bild der Deutschen Republik« (wie es der Architekt angesagt hat), sondern wäre ein »monumentales Mißverständnis«, bestenfalls »ein wunderschöner Bau für den falschen Zweck«. So sehr der amtierende Bundeskanzler ebenfalls ein Machtmensch zu sein scheint wie sein Vorgänger, so sehr weiß er im Unterschied zu diesem, daß auch ein noch so perfekt wirkender architektonischer Zuschnitt für medienorientierte Politik delegitimierend wirken kann, wenn die Dimensionen nicht mehr stimmen: die Steine und Mauern die Menschen merkwürdig zwerghaft erscheinen lassen.

Tröstlich könnte da allenfalls wirken, daß wir es beim Anblick des Bundeskanzleramtes nicht mit einer der belasteten Traditionslinien der deutschen Geschichte zu tun bekommen, schon gar nicht mit einer Art Bestätigung genuiner NS-Architektur wie beim neu-alten Auswärtigen Amt (*Tilman Buddensieg*). Da waren beim Architekten des Bundeskanzleramtes andere Welten im Spiel: geschöpft, heißt es, aus fünf Jahrtausenden Welt-Bau-Kunst. Von der etwas miefigen Bescheidenheit des Bonner Ambientes hat es wirklich nichts mehr.

Das Bundeskanzleramt, apostrophiert als »Gotteshaus der Macht« und »Kathedrale der Kanzlerdemokratie«, steht nun da als Ausdruck des viel berufenen »Endes der Bescheidenheit«. Um dieses zu relativieren, ruft man nach dem bereits ad acta gelegten »Bürgerforum«. Doch so richtig weiß keiner, was das soll, denkt man doch wieder an Cafés, Museen, Dokumentationsstellen, von denen es in ganz Berlin bereits ausreichend gibt. Vielleicht doch besser, setze ich deshalb frech hinzu, ein Fußballstadion – da könnten Volk und Kanzler beim fröhlichen Spiel sich treffen. Sollte denn nicht, frage ich nun ernsthaft, die Stadtmitte das zivilbürgerliche Leben ausfüllen? Gibt es von diesem Leben nicht Vieles und Ansehnliches bereits in ganz Berlin, wie es der Freizeit- und Spaßgesellschaft gut zu Gesicht steht? Da hat einer die Idee, der nächste 1. Mai sollte vor dem Bundeskanzleramt gefeiert werden und er meint dies ernst im Sinne der Ernsthaftigkeit der Bürgergesellschaft. Aber der 1. Mai in seiner klassischen Bedeutung hat ja schon lange keine Konjunktur mehr, gehört, teilweise jedenfalls, zum Instrumentarium der noch nicht einmal gehobenen Spaßgesellschaft. Und dies gegenüber dem Bundeskanzleramt – das sähe aus wie Politik, Brot und Spiele.

Ach, warum mußte man denn – immer wieder, es ist wie ein Sog, wie ein Wiederholungszwang, wie eine Angst, Neues zu definieren – zurückkehren wollen in den diskreditierten Glanz des Wilhelmissmus, in die angeblich Goldenen Jahre der Weimarer Republik und löscht dabei noch nicht einmal radikal die Spuren der Nazi-Hauptstadt, die ja Berlin auch einmal gewesen ist. Nun haben wir das Bundeskanzleramt, aber stolz sollten wir nicht darauf sein, höch-

stens froh darüber, daß aller Voraussicht nach nicht eines Tages »Café Größenwahn« über der Eingangstür stehen wird.

Wäre da nicht der *Potsdamer Platz* geeignet, das Defizit an demokratischer Bürgerlichkeit anderswo auszugleichen? Der Platz ist mehreres in einem: Er ist der Platz des Sieges des Kapitalismus in Gestalt der Hochhäuser des Kommerz, von denen jedoch keines in Analogie zu New York oder Pittsburgh und anderen Betrachtungsobjekten so recht überzeugen kann – mal hier ein glänzendes Teilstück, dort ein anregender Durchblick, im ganzen eher eine Mustermesse mit Zitaten aus der europäisch-amerikanischen Architektengemeinde. Und er ist der Platz des Konsums mit Kaufkasernen, die man anderswo in Berlin genauso oder sogar gediegener finden kann, und tollen Kinos. Man sieht: Hier gibt es Brot und Spiele satt – nur mit dem Unterschied zu den klassischen Modellen, daß sich das dumme Volk beides selber kaufen muß.

Schließlich soll der Potsdamer Platz offensichtlich eine Erinnerungsstätte sein; aber die Namen von *Marlene Dietrich*, *Fritz Lang* und *Bertolt Brecht* und all der anderen, die die Straßen schmücken sollen, machen das Berliner Mittelmaß auch nicht weltstadtvermutbarer. Der Battery Park von Manhattan, die Londoner Docklands, La Defense in Paris lassen noch nicht einmal von weitem grüßen.

Wenden wir uns der Stadtmitte beziehungsweise der Spreeinsel zu: das alte *Stadtschloß* steht uns da virtuell drohend im Wege. Wer je als Kind durch dieses Gebilde filzlatshengedämpft marschiert ist, freut sich kindisch zu hören, daß sich das Schloß aus baugeschichtlichen, bautechnischen, funktionellen und finanziellen Gründen nicht wiederherstellen läßt. Ich habe nie verstanden, warum es so viele Anhänger der Idee, das Schloß irgendwie wiederherstellen zu wollen, auch unter den Repräsentanten dieser Republik gibt. Sich das Schloß wiederhergestellt zu wünschen, erscheint mir als der Gipfel der Geschichtslosigkeit. Und ich kann mir ebensowenig vorstellen, daß es ästhetische Gründe für diese Vorliebe geben kann, zumal das quergesetzte Schloß die ganze historische Altstadt abriegelte, Herrschaft und Bürger faktisch und symbolisch voneinander trennte. Dom, Zeughaus, Humboldt-Universität, Neue Wache, Friedrichs Reiterstandbild und dergleichen noch einiges – all das reicht zu einer vernünftigen Traditionspflege; denn ja auch Preußen gehört zu unserer Geschichte, und nicht zu knapp.

Mit Macht soll das Schloß, in welcher (Ver-)Fassung auch immer, in den Rang des gesamt-deutschen Symbols versetzt werden. Man kann es nicht fassen, daß dies ernst gemeint sein soll. Laßt das Schloß doch das Symbol für ein anderes, vergangenes, überholtes, uns absolut fremd gewordenes Gesamtdeutschland preußischer Herkunft gewesen sein! Manchmal könnte man meinen, die Schloß-Befürworter wissen nicht, was sie fordern und würden dies vielleicht nicht tun, wenn sie wüßten, daß die einzige Beziehung des Schlosses zu anderen Strömungen der deutschen Geschichte als der preußischen in die Revolution von 1918/19 verweist: Am 9. November 1918 rief *Karl Liebknecht* vor dem Stadtschloß die ›Sozialistische Republik Deutschlands‹ aus (*Philipp Scheidemann* war ihm im Reichstag mit der Proklamierung der ›freien deutschen Republik‹ zuvorgekommen); Weihnachten 1918 gab es die ersten blutigen

Kämpfe, als die revolutionäre Volksmarinedivision sich weigerte, das von ihr besetzte Schloß zu räumen, und dieses dann durch von *Friedrich Ebert* herbeigerufene Truppen mit Artillerie beschossen wurde.

Auch funktional scheint das Schloß überflüssig zu sein, da es inzwischen zwar den einen oder anderen Vorschlag gibt (›Wissenschaftsmuseum‹, ›Deutsche Nationalbibliothek‹), aber kein wirklich überzeugendes Nutzungskonzept. Auf der gleichen Linie der Anpassung an frühere Zeiten liegt die Gestaltung der Museumsinsel, die ja ein deutscher Louvre zu werden anstrebt und als »geistige Mitte unseres Staates« akzeptiert werden möchte. »Unseres Staates«? Für den kann doch das 19. Jahrhundert nicht das Maß aller Dinge sein!

Nein, danke, so nicht. Deshalb ist die Gestaltung der Stadtmitte vom einstigen Lustgarten bis hin zum Fernsehturm die letzte Chance für und in Berlin, der Welt das demokratische Gesicht unserer neuen, sich vielleicht dauerhaft nach Berlin nennenden Republik zu zeigen. Und dazu gehört der Palast der nicht mehr real existierenden Republik. Bereits 1995 bin ich für seine Erhaltung eingetreten und darf mich deshalb an dieser Stelle zitieren: »Man sollte den Palast erhalten. Wir haben es hier zu tun, ob wir es nun wollen oder nicht, mit einem durchaus ansehnlichen Ausdruck eines Teiles unserer nun gemeinsamen Geschichte, und die muß auch unsere gemeinsame Akzeptanz finden.« (S. 20)

Es ist ein tristes Zeichen für unsere gemeinsame Befindlichkeit, daß nun, fünf Jahre später, dem Palast einerseits immer noch der Abriß droht trotz Asbest-Sanierung, und andererseits ein beflügelndes Nutzungskonzept immer noch auf sich warten läßt. Eines sollte sich inzwischen allerdings herumgesprochen haben: »Erichs Lampenladen« war keine Stätte der Herrschaft, kein Ort der Machtausübung, sondern eher ein Volkshaus, eine Veranstaltungs-, Kongreß- und Kulturhalle, ein Ort, den auch Menschen aus dem Westen gerne aufsuchten, wenn sie dem real existierenden DDR-Volk aufs Maul schauen wollten.

Noch sind nach der Asbestsanierung 50 Prozent des Gebäudewertes erhalten, und wer will, kann darüber nachdenken, ob dies nicht ein Anstoß sein könnte, den ehemaligen Palast der ehemaligen Republik zum Kern des bürgerschaftlichen Gegenstücks zu den Sitzen von Parlament und Regierung als eine den Bürgern der Republik ›gehörende‹ Mitte zwischen Staatsratsgebäude und Lustgarten zu gestalten. Dazu würde es passen, wenn ich meinen Vorschlag von 1995 wiederhole: den Palast der Republik zumindest teilweise zum Haus der Geschichte der freiheitlich-demokratischen Bewegungen in Berlin umzuwidmen, damit er endlich das werden kann, was er nie sein konnte, obwohl sein Name dies verhielt: ein Ort der nachholenden Begegnung mit jenen Generationen vor den jeweils Lebenden, die für Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit einstanden. Für das Zurückholen von Geschichte ins öffentliche Bewußtsein könnte ein solches Projekt viel lernen vom Haus der Geschichte der Bundesrepublik in Bonn und vom Zeitgeschichtlichen Zentrum in Leipzig: wie Ernsthaftigkeit zum Vergnügen werden kann, und Vergnügen sich mit Ernst zu verbinden weiß.

Nach zehn Jahren haben wir vereinten Bundesbürger es immer noch schwer, einfach und unverkrampft mit unserer Hauptstadt umzugehen. Die einen putzen sich bei jeder sich bietenden oder auch nicht bietenden Gelegenheit als emphatische New Berliner heraus, obwohl sie sächsisch, rheinisch, schwäbisch, Ruhr-Deutsch oder irgendein Hochdeutsch sprechen (bayerisch findet man selten); andere laufen wie melancholisierte Bedenkenträger herum in der Furcht vor der Rückerinnerung, daß Berlin ja auf Sand gebaut worden ist. Die verbreitete Unsicherheit darüber, was man als Bürger dieser Republik, die sich so gerne die ›Berliner‹ nennen möchte, von Berlin erwarten kann, hängt damit zusammen, daß Berlin nach 1990 so vielerlei angedient worden ist, was es werden und einmal sein könnte: Visitenkarte des vereinten Deutschland (wie Exkanzler *Kohl* meinte), New Berlin nach postmoderner Machart oder sogar Global City.

Spiegelverkehrt zu den Erwartungen fielen die Befürchtungen aus. Warum denn so angestrengt zurückkehren zu dem angeblichen Glanz von Gründer- und Goldenen Jahren, und warum so anhaltend eine Tradition erfinden wollen, die doch wie Preußen keine mehr für uns sein dürfte, und warum immer wieder im 19. Jahrhundert die vermeintlich besseren Zeiten suchen? Das alles reflektiert die Uneindeutigkeit des politischen Selbstverständnisses der erweiterten Republik, noch keine wirklich vereinte zu sein, und manchmal erscheint einem die Identitätssucherei bereits als ein Akt der Verzweiflung. Da kommt es denn auch zu beinahe unvermeidbaren Schiefwegen, wenn eine Art ›Goldenes Zeitalter‹ Berlins entworfen wird, das es nie gegeben hat; denn kulturell manifestierte sich die goldene Zeit nach Vorläufen im Kaiserreich nach der Wende zum 20. Jahrhundert in der Weimarer Republik, und architektonisch ist sie wohl im Preußen des 18. und 19. Jahrhunderts zu finden. Bei solcher Suche nach Möglichkeiten des Andockens an frühere historische Welten bleibt wieder einmal außen vor, daß es auch eine andere Geschichte, nämlich die des anderen Deutschland gibt: Aufklärung, Klassik, Humanismus, emanzipatorische Philosophie und demokratische Freiheitsbewegungen, nicht zuletzt die, welche die Kultur der Arbeiterbewegung historisch manifest gemacht hat. Wer so eindimensional mit der Geschichte umgeht, die so vieles, was in Berlin gebaut wurde und noch wird, vermittelt, darf sich nicht wundern, daß das betriebsame Baugeschehen im Vereinigungsboom keine wirklich neue kulturelle Dimension hervorgebracht hat, wie kein Geringerer als *Daniel Libeskind* bemerkt hat.

Vielleicht wäre es sinnvoller und realistischer, sich nicht einzubilden, Berlin könnte eine der Kapitalen des 21. Jahrhunderts werden, sondern es sich als eine ganz gewöhnliche Hauptstadt zu denken, eine Hauptstadt, die noch dazu in der Lage ist, sich nach Westen geneigt zu einem bedeutenden Wissenschafts- und Kommunikationsstandort zu entwickeln, und nach Osten blickend zu einer ebenso bedeutenden Blaupausenagentur. Schließlich vermag Berlin mehr und intensiver als jede andere deutsche und manche europäische Großstadt sich als ein sozio-kultureller Schmelztiegel zu bewähren, zählt man die Häupter seiner Türken, Polen Russen usw. Und so gesehen, könnte von Berlin ausgehend die Hauptfrage nach unserer nationalen Identität zu einer Nebensache werden. Die Zeitalter der

Nationalstaatsbildungen sind vorbei. Letztmals zu einer verspäteten Nation uns zu bilden »Ihr hofft es, Deutsche, vergebens. Bildet, Ihr könnt es, desto freier zu Menschen Euch aus«, so rieten Goethe und Schiller 1797 in den Xenien des Musenalmanachs.

Vielleicht gelingt ja das Ausbilden der Deutschen zu Menschen hier – in Berlin, mit Berlin, durch Berlin?! Seit 1989/90 sind die Deutschen auf der Suche nach einer neuen nationalen Identität. Die anfängliche Befürchtung, daß Deutschland mit Berlin in eine Art Größenwahn verfallen könnte, hat sich gelegt. Die Hoffnung, daß die politische Klasse sich in Berlin weltoffener und intellektueller geben, und die Deutschen sich in ihrem Verhältnis zueinander, untereinander und gegenüber anderen entkrampfen würden, hat sich ein Stück weit als berechtigt erwiesen. Jedenfalls scheint zum Beispiel die Bonn-übliche Abschottung nach Gaststätten (wie einst 1848), denen man/frau sich zuordnen durfte, überwunden; man/frau aus Politik, Medien, Wissenschaft und Kultur reden bei ständig sich häufenden Gelegenheiten wieder miteinander; die demokratische Gesellschaft wird offen; bedenklich wäre nur ein Verlust an Bindekraft für die politischen Institutionen – die Bemerkung eines Journalisten über *Schröders* Räterepublik war ja mehr als bloß ein guter semantischer Treffer.

Die zunächst irritierende Suche nach neuen historischen Zäsuren: 1989/90, das Jahr der ›friedlichen Revolution‹ und der deutschen Vereinigung statt 1933 oder 1945 scheint überholt. Fast wie erlöst hatten ja einige Historiker und Publizisten den Beginn der deutschen »Normalität« verkündet; einige hatten sogar gemeint, man könnte – wiederum endlich – von Auschwitz »wegsehen«. Wer deswegen einige Bedenken hatte, dem half *Kurt Sontheimer* mit der Feststellung, daß noch bestehende Unterschiede zwischen den Deutschen und ihren Nachbarn »doch überwölbt (werden) von einer gemeineuropäischen modernen Normalität, in der nun endlich auch die Deutschen ihren Platz und ihre Rolle gefunden haben.«

Vor allem *Jürgen Habermas* hat darauf beharrt, daß es keine deutsche Normalität geben kann, daß 1933 und 1945 *die* Zäsuren für den deutschen Zivilisationsbruch bleiben. Aus dieser Sicht kann eine deutsche ›Normalität‹, sich symbolisch verdichtend in dem Begriff der ›Berliner Republik‹, nur entstehen im Lichte der Singularität der Geschichte Deutschlands. Aus dieser Sicht gewinnt dann das Mahnmal zum Gedenken an die ermordeten europäischen Juden, mag es ohne Anbindung an einen historischen Ort sein und ohne Beziehung zu anderen Orten des Gedenkens errichtet werden, seine eigenständige Historizität: Es könnte sich »wie eine Art Kainsmal in die Züge der Berliner Republik einprägen« (*Frank Brunssen*).

Wenn es wirklich so ist, und manches spricht dafür, daß heute viele Deutsche vorwärts schauen wollen, ohne die Vergangenheit zu vergessen, hätten sie die Sackgasse Nationalstaat, die *Ralf Dahrendorf* nicht müde wird, als Grundlage auch des neuen Europa anzupreisen, vermieden, und es gäbe Grund, die Weigerung, ›stolz‹ auf Deutschland sein zu sollen, aufzugeben. Dann mag man sich auch darüber beruhigen, daß der sogenannte rheinische Kapitalismus wie der real existierende Sozialismus an sein Ende gelangt ist – jenes sozialstaatlich abgefederte Bündnis von Politik, Industrie und Banken,

und es auch das »kleine praktische Westdeutschland mit dem Arbeitnehmer als Lichtgestalt eines beispielgebenden Modernisierungspfad« (wie sich *Heinz Bude* ausdrückt) nicht mehr gibt. Globalisierung zumindest der Finanzmärkte und der EU-Binnenmarkt nötigten den langen Abschied auf, und die Hinwendung zu neuen Strukturen.

Dazu gibt es offensichtlich schon die ›Macher‹: nicht mehr die nun schon uralte Aufbaugeneration, auch nicht mehr die bedenkenträgerrische Auschwitz-Generation, ebenfalls nicht mehr die 68er-Protestgeneration, die die Chefs von heute stellt, sondern die »Generation Berlin«, wie *Bude* sie beschreibt. Das sind die unternehmerischen Wirklichkeitsmenschen zwischen Ende Zwanzig und höchstens Anfang Vierzig, die jetzt innerhalb der Spanne ihres Lebens etwas schaffen wollen, denen jede Metaphysik und alle Ethik-Debatten nichts sagen, deren Pragmatismus jedoch nicht unreflektiert daherkommt. Interessant ist zum Beispiel, folgt man *Bude*, die alte Bundesrepublik (West) als ›Pufferstaat‹ zu verstehen, »der eine zivilisatorische Distanz zur nationalsozialistischen Vergangenheit schafft«. Diese Vergangenheit ist folglich nicht der Vergessenheit anheimgegeben; zwar ist die Auseinandersetzung mit ihr kein politisches Gestaltungsmoment mehr, wird aber zukunfts politisch gewichtet.

Nehmen wir an, daß diese »Generation Berlin«, die die Berliner Republik gestalten will, kein gedankliches Konstrukt ist, sondern Realitätsgehalt besitzt, dann stellt sich die für Berlin äußerst beunruhigende Frage, was wird, wenn die »Generation Berlin« weiterzieht in Richtung Mitte Europas, nach Düsseldorf, Brüssel, London? Was wird dann aus Berlin, das dann an der Peripherie des Herzens von Europa liegt?

Literatur

- Brunsen, Frank: Das neue Selbstverständnis der Berliner Republik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament« 1-2 (12. Januar) 2001.
- Bude, Heinz: Generation Berlin, Berlin 2001.
- Buddensieg, Tilmann: Staatsgestalt und Baugestalt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. 5. 2001.
- Dieckmann, Christoph: Der sterbende Schwan, in: Die Zeit vom 19. 4. 2001.
- Flierl, Bruno: Berlin baut um – wessen Stadt wird die Stadt? Berlin 1998.
- Flierl, Bruno: Gebaute DDR. Über Stadtplaner, Architekten und die Macht, Berlin 1998.
- Grebing, Helga: Was geht uns Berlin an? Eine Kritik der traditionalistischen Gestaltung unserer Hauptstadt. Göttinger Sudelblätter, herausgegeben von Heinz-Ludwig Arnold, Göttingen 1995.
- Höfer, Max A.: Die »Berliner Republik« als Kampfbegriff, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament« 6-7 (2. Februar) 2001.
- Libeskind, Daniel: Die Bosheit des Banalen, in: Süddeutsche Zeitung vom 15./16. 1. 2000.
- Pau, Petra/Freundl, Carola/Flierl, Thomas: Von der Stadtmitte zum Bürgerforum. Thesen zur zukünftigen Entwicklung und Gestaltung der Spreeinsel zwischen Staatsratsgebäude und Lustgarten und zum Umgang mit dem Palast der Republik. Manuskript des Pressegesprächs vom 18. 4. 2001.
- Scharenberg, Albert (Hrsg.): Berlin: Global City oder Konkursmasse. Eine Zwischenbilanz zehn Jahre nach dem Mauerfall, Berlin 2000.
- Sontheimer, Kurt: Berlin schafft keine neue Republik – und sie bewegt sich doch, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament« 1-2 (12. Januar) 2001.
- Welch Guerra, Max: Hauptstadt Einig Vaterland. Politik und Planung zwischen Bonn und Berlin, Berlin 1999.

DIETHER DEHM

Drei Brücken über programmatische Mauern



Diether Dehm – Jg. 1950; Dr., Medienmanager und -berater sowie Autor beziehungsweise Co-Autor diverser Rock- und Kabarett-Künstler, trat 1966 in die SPD ein und 1998 wieder aus, unter anderem wegen der SPD-Strategie, die PDS aus dem Bundestag zu drängen, seit 1999 Stellvertretender Vorsitzender der PDS.

Für Mitarbeit und Anregungen dankt der Autor besonders Sabine Kebir, Margit Brandstetter, Halina Wawzyniak, Rolf Kutzmutz, Klaus Höpcke, Horst Heininger, Kurt Neumann und Rouzbeh Taheri.

In der Linken geraten Programmdiskussionen meist zum Spielfeld von ›Verkündern‹. Die (Wahlkampf)Praxis bleibt dagegen eine Sammelstelle für antiintellektuelle Totschlagsargumente. Im folgenden will ich durch Überlegungen zur theoretischen Einordnung und zur praktischen Relevanz dreier ausgewählter Themen versuchen, jeweils einen konkreten Formulierungsvorschlag zu unterbreiten, um zumindest unfruchtbaren programmatischen Streit überwindbar zu machen.

Sozialismus und Individualität

Karl Marx nahm schon für den Kapitalismus an, daß das Kapital die Lohnarbeit über die Grenzen ihrer Naturbedürftigkeit hinaus treibe und so die materiellen Elemente für die Entwicklung der reichen Individualität schaffe, die ebenso allseitig in ihrer Produktion als auch Konsumtion ist. Seiner Auffassung nach brauchte der Sozialismus hier nicht zurückzustecken. Im Gegenteil: Durch die Vergesellschaftung der bislang zerstörerischen Produktionsmittel entstünde die Möglichkeit, daß sich Individualität bei allen herausbilden könne, ohne daß Uniformität entstünde. Und *Brecht* notierte im *Me Ti* sinngemäß, daß erst wenn alle auf der gleichen Höhe stünden, die verschiedenen Formate der Menschen sichtbar würden. Dafür gab es im realversuchten Sozialismus allerdings kaum ökonomische und politische Voraussetzungen.

Im entwickelten Kapitalismus bleibt bei aller Individualisierung der Lebenskonzepte dennoch ein hohes Maß an struktureller und an persönlicher Abhängigkeit der Individuen untereinander – die sich bei weiterer Ausdünnung der gesellschaftlichen Solidarsysteme auch vergrößern kann – bestehen. Vor diesem Hintergrund in bezug auf den real existierenden Sozialismus ausschließlich als von etwas Gescheitertem zu sprechen ignoriert, daß er eben keine bürgerliche Ausgangsbasis hatte, in der die Lohnarbeit über die Grenzen der Naturbedürftigkeit hinaus getrieben war. Es ist also angemessener, von einem verzweifelten Versuch der Abkopplung vom Weltkapitalismus zu sprechen. Für einen ›tatsächlichen‹ Sozialismus fehlten die entscheidenden Voraussetzungen. Vor allem fehlte die vorherige Herausbildung einer bürgerlichen Demokratie, aus der heraus eine weitergehende, proletarische, hätte entwickelt werden können. Anders gesagt, das, was es an Sozialismus in der Sowjetunion trotz unzureichender Voraussetzungen gegeben hat, wurde für entwickelte Verhältnisse, wie sie im Westen herrschten und herrschen, kaum relevant. So wenig wirkungsvoll es damals war, wenn Kommunisten Linke im Westen auf

die Sowjetunion und das Leninsche Konstrukt einschwören wollten, statt sich auf Solidarität zu beschränken, so anachronistisch ist es heute, wenn ihre Nachfolger (teilweise dieselben Personen, nur auf andere Mächte fixiert) ihre feindselig-antithetische Fixierung an das sowjetische Modell wieder zur einzig wahren Richtschnur, auch für Westlinke, machen wollen.

Wir entscheiden heute, ob die Sowjetunion morgen als gescheitertes finsterkriminelles System oder als legitimer antikapitalistischer Versuch im Bewußtsein der Menschheit bleibt. Diejenigen, die eine brutale Diktatur des transnationalen Monopolkapitals als alternativlos hinstellen, dürfen natürlich keine ermutigende Geschichtsschreibung des Aufbegehrens zulassen. Sie wollen, daß allein das Scheitern wahrgenommen wird, damit jedes Aufbegehren auf ewig entmutigt bleibt. Aber nicht nur darum haben die heutigen, als sachliche Mächte entmenschten Finanzmärkte etwas mit der Geschichtsschreibung seit der Oktoberrevolution zu tun. Denn in allen noch nicht ausgehöhlten Tarifverträgen und Sozialstandards, in parlamentarisch demokratischen Rechten wie auch im Grundgesetz wirkt der versuchte Sozialismus antipodisch fort, weil selbst westdeutsche Kapitalherrschaft sich einst, gleichsam vorbeugend, auf derartige Zugeständnisse einlassen mußte. Deshalb ist der Streit um eine ›wahrhafte‹ Geschichtsschreibung mit den aktuellen Kämpfen für soziale Gerechtigkeit verbunden.

Der emanzipative Aufbruch der Oktoberrevolution konnte nicht stabilisiert werden. Da die ökonomische Konkurrenz mit dem seiner Natur nach dynamischeren kapitalistischen System nicht zu gewinnen war, hätte auf die Dauer (zumindest über mehrere Generationen) eine Stabilisierung nur mittels einer *wirklichen Demokratisierung* erreicht werden können. Hier ist also umgekehrt zu argumentieren als in der frommen Lüge, durch mehr Demokratie (etwa mehr betriebswirtschaftlicher Transparenz) wäre der Wettbewerb der Gesellschaftsmodelle auch *ökonomisch* gewonnen worden. Die ökonomische Unterlegenheit der Sowjetunion gegenüber den USA – oder der DDR gegenüber der BRD – wären durch *mehr Demokratie* allenfalls partiell ausgeglichen und damit aushaltbarer geworden. Insofern war der von *Ulbricht* geprägte Slogan »überholen ohne einzuholen« nicht das Dümme aus den Führungskommuniqués des sozialistischen Lagers. Dahinter verbirgt sich nämlich die (mutige) Einsicht, daß der ›Systemwettbewerb‹ gemessen an technologischen Parametern gar nicht zu gewinnen war. Die solidarischeren Gesellschaften hätten durch mehr Demokratie, ein besseres Gesundheitssystem – und vor allem durch einen ganz anderen Glücksentwurf – verteidigt und weiter entwickelt werden können.

Das ist eine wichtige Feststellung, weil viele Entwicklungsländer heute eigentlich auch keine andere Perspektive haben, als sich abzukoppeln. Die Sowjetunion ist aus dieser Sicht am vollkommen weltfremden Wahn ihrer Führer untergegangen, den Westen technologisch einholen zu wollen. Ob beispielsweise der Rüstungswettlauf notwendig war, muß eine offene Frage bleiben. In Zukunft muß Rußland jedenfalls ohne dieses ›Ventil‹ auskommen. Ob das möglich und gut ist, wird sich erst noch zeigen.

In der historischen Aneignung der Oktoberrevolution lebt das Verhältnis der Linken in entwickelten zu der in ärmeren Ländern als So-

Es bleibt nach wie vor eine tragische, aber in gewisser Hinsicht auch aktuelle Fragestellung, ob die stalinistische Primärakkumulation (mit einer noch größeren Brutalität als in England) vermeidbar gewesen wäre und ob die Sowjetunion unter Bucharins Führung bei entschleunigter Wirtschaft der deutschen Wehrmacht hätte standhalten können.

Die Sowjetunion bleibt aber der erste, große – wenn auch verzweifelte – Versuch, sich vom Weltkapitalismus zu lösen; auch wenn es für Sozialismus kaum entsprechende Voraussetzungen gab, zum Beispiel keine bürgerliche Demokratie, aus der heraus eine weitergehende, proletarische, hätte entwickelt werden können. Wenn uns die Errungenschaften der Oktoberrevolution und der jungen DDR zwar nicht nachahmens-, aber mutig verteidigungswert erscheinen, so auch, um die heutige Ausbreitung einer transnationalen Diktatur eines vom Monopolkapital bestimmten »way of life« nicht länger widerstandslos hinzunehmen.

»Monopol«, darauf hat *Horst Heining* mehrfach hingewiesen, ist ein *kapitalistisches Enteignungsverhältnis*. Populär gewendet könnte man sagen, daß sämtliche kommunistischen Parteien in ihrer Geschichte insgesamt nicht annähernd so viel unternehmerischen Besitz enteignet haben, wie die transnational agierenden Monopole in nur wenigen Jahrzehnten. *Harald Werner* hat kürzlich vorgerechnet, wie viele hundert Millionäre zum Beispiel *täglich*, durch den jüngsten Börsen einbruch enteignet worden sind.

lidarität fort. Eine allzu gedankenlose Distanzierung vom Mauerbau könnte in Zukunft das Verständnis dahin dogmatisch versperren, wo eine ökonomisch unterentwickelte Region – um mehr Demokratie, mehr Ökologie, mehr Kulturausgaben, mehr Soziales zu wagen – sich abschottet oder etwa die Abwerbung der vom Monopolkapital bevorzugten Kräftigen, Jungen, teuer Ausgebildeten verhindern wollte.

Als Textbaustein für einen entsprechenden Abschnitt des PDS-Programms käme also folgendes in Betracht: Der realversuchte Sozialismus hat das Bild eines erzwungenen Konformismus hinterlassen, das oft nicht weit von den Klischees seiner Feinde entfernt war. Dies lag auch daran, daß er sich vor allem in jenen Teilen der Welt herausbilden konnte, in denen noch kein Kapitalismus »die Lohnarbeit über die Grenzen ihrer Naturbedürftigkeit hinaus« (Marx) getrieben hatte und in denen auch die politische Emanzipation der Individuen noch unentwickelt war. Der zentralstaatlichen, von Bürokraten gesteuerten Massenproduktion entsprach eine gewisse Entmündigung der Citoyens in politischer und kultureller Hinsicht. Da in den Jahren zwischen 1917 und 1989 aber enorme Fortschritte in der Bildung und Ausbildung der Menschen erzielt wurden, vergrößerte sich unablässig ein Widerspruch zwischen immer mehr gewußter, potentieller, aber immer weniger real lebbarer Individualität. Dennoch wäre es falsch zu behaupten, daß es im versuchten Sozialismus keine Entwicklung der Individualität gegeben hätte. Alle Bürgerinnen und Bürger hatten durch ihre Arbeit einen weitgehend legitimen Anteil am Sozialprodukt. Wenn dieses auch gering gewesen sein mochte, so war doch immerhin gewährleistet, daß es keine existentiellen Abhängigkeiten zwischen den Individuen gab, so zum Beispiel auch nicht zwischen Mann und Frau. Dies ermöglichte auf bescheidener materieller Basis eine individuelle Lebensgestaltung und praktische Solidarität mit all jenen, die nicht arbeiten können – wie Kinder, Rentner und Kranke. Die rigorose Abschottung durch ein brutales Grenzregime erschien als politischer Preis.

Profitudinanz, Stamokap und Genua

Seit den siebziger Jahren dauert der durch labiles Wachstum, niedrige Akkumulation und Massenarbeitslosigkeit gekennzeichnete strukturelle Umbruch des Kapitalismus an. Die mit den modernen Kommunikations- und Informationstechnologien zusammenhängenden Veränderungen eröffnen erhebliche Potentiale zur Produktivitätssteigerung, die unter kapitalistischen Bedingungen allerdings zu massiver Arbeitsplatzvernichtung führen und Konzentrationsprozesse verstärken.

Eine Deregulierung der Arbeitsmärkte leistet der Herausbildung von Billiglohnsektoren sowie der Ausbreitung ungesicherter Arbeitsverhältnisse (jeder sechste in Europa ist inzwischen befristet), dem schrittweisen Abbau des »Sozialstaats« und der Umverteilung der Einkommen von unten nach oben in einem bisher für Europa ungekannten Ausmaß Vorschub. Sie geht einher mit einer Umorientierung auf kurzfristigen Gewinn aus Aktien- und Börsengeschäften. Das Monopolkapital weitete in den neunziger Jahren durch eine Fusions- und Übernahmewelle seinen transnationalen Aktionsradius aus und drückt andere nichtmonopolistische Unternehmen immer tiefer unter sich. Die Spaltung der Wirtschaft in marktbeherrschende Konzerne und

Großbanken einerseits sowie in kleine und mittlere Unternehmen auf der anderen Seite vertieft sich täglich. Während letztere sich zumeist in einer ruinösen Niedrig-Preis-Konkurrenz behaupten müssen, stehen ihnen transnational operierende Monopole gegenüber, die in strategischen Allianzen kooperieren, den Zulieferern und Abnehmern die Preise diktieren und über massiven politischen Einfluß verfügen, der vor allem dazu verwandt wird, der heutigen Gesellschaft wie auch künftigen Generationen ihre Vor-, Ent- und Nachsorgekosten aufzubürden. Gewinnrekorde des Monopolkapitals gehen mit jährlich steigenden Insolvenzzahlen bei Kleinhändlern und -produzenten einher. Stehen den Großkonzernen hochliquide internationale Kapitalmärkte als günstige Finanzierungsmöglichkeit zur Verfügung, so sind die mittelständischen Unternehmen weitgehend auf die Kreditkonditionen einer immer kleineren Zahl von Geldinstituten angewiesen.

Ein beherrschender Grundzug der jüngsten Entwicklung des Kapitalismus ist die außerordentliche Beschleunigung der Internationalisierung von Wirtschaftsprozessen («Globalisierung»). Die Entwicklungsländer – vor allem auf dem afrikanischen Kontinent – bleiben Rohstofflieferanten und werden weiterhin durch den Schuldendienst ausgeplündert. Die Kluft zwischen dem ärmsten und dem reichsten Fünftel der Weltbevölkerung hat sich in den zurückliegenden vierzig Jahren verdreifacht. Allerdings konzentriert sich die wachsende Internationalisierung vor allem auf die drei Machtzentren USA, Europäische Union, Japan.

Die internationalen Finanzmärkte sind Teil dieser kapitalistischen Internationalisierungsprozesse – mit wachsendem Eigengewicht und Eigenleben. Hohe Profite, wegen stagnierender Massenkaufkraft mangelnde Rentabilität von produktiven Investitionen sowie die wachsende Einkommenskonzentration in den Industrieländern versorgen sie mit immer neuer Liquidität. Auf diesem Weg ist eine beispiellose Pyramide fiktiven Kapitals entstanden, das dem internationalen Wirtschaftsleben seine Logik aufzwingt. Institutionelle Finanzgiganten, deren disponible Vermögen selbst die Haushalte großer Industriestaaten übertreffen, beherrschen das weltweite Geldgeschäft. Obgleich diese Vermögenswerte als solche rein virtuell sind, konzentrieren sie Macht in den Händen ihrer monopolkapitalistischen Dirigenten (Großbanken, Brokerhäuser, Fonds, Versicherungen, Großkonzerne der verschiedenen Branchen). Abrupte Umschichtungen aus Wertpapierfonds und Währungen können verheerende realwirtschaftliche Folgen haben, indem sie Unternehmen und ganze Volkswirtschaften in die Zahlungsunfähigkeit treiben, wie die Krisen in Südostasien, Brasilien und Rußland gezeigt haben und wie sich in der Türkei gerade zeigt. Die globale Schulden- und Vermögenspyramide mit ihren eingebauten Selbstverstärkungsmechanismen ist eine ständige Quelle von Instabilität und birgt die latente Gefahr einer globalen Finanzkrise mit den entsprechenden realwirtschaftlichen Auswirkungen in sich. Wer auf diese unberechenbaren Börsenbewegungen seine Rentenreform gründet, baut wissentlich auf spekulativem Sand.

Der transnationale Aktionsradius der Konzerne und die Möglichkeit von unregulierten globalen Kapitaltransfers konstituiert eine politische Macht, die noch nie dagewesene Züge einer globalen Diktatur aufscheinen lassen. Wer Standorte gegeneinander ausspielen kann,

Vier kubanische Wirtschaftswissenschaftler (*R. Cervantes Martínez, F. Gil Chamizo, R. Regalado Alvarez, R. Zardoya Lourda*) haben jüngst die von zahlreichen Linken in Lateinamerika mitgetragene Position vertreten, daß die EU, die immerhin »ein Abkommen mit dem Mercosur unterzeichnet hat«, den Zweck habe »der Macht des USA-Imperialismus Widerstand zu leisten« (*Transnacionalización y Denacionalización*, Habana 2000, S. 101; deutsch unter dem Titel *Imperialismus heute* im Neue Impulse Verlag erschienen). Von ihnen wird die Auffassung begründet, daß die Nationalstaaten gegen die sogenannte Globalisierung der transnational agierenden Monopole gestärkt werden müssen. Siehe dazu auch meine Rezension *Über die Regierbarkeit der Monopole – Ein Buch aus Kuba wirbt für nationalen Internationalismus*, in: Freitag vom 12. Januar 2001.

wer darüber entscheidet, wo Betriebe ausgebaut oder geschlossen, wo Arbeitsplätze erhalten oder vernichtet werden, welche Währung steigt und fällt, wo Tropenwald zur Wüste wird, welche Regionen durch Hunger, Bürgerkrieg oder Seuchen entvölkert werden, hat eine starke politische Position, um die eigenen Interessen durchzusetzen. Dem kommt die enge Verflechtung von staatlichen und wirtschaftlichen Institutionen entgegen. Lobbyisten großer Konzerne beeinflussen maßgeblich die Arbeit der EU-Gremien in Brüssel wie auch die der einzelnen nationalen europäischen Parlamente. Von ihnen geht ein erpresserischer Privatisierungsdruck auf Staatsbetriebe, öffentliche Sparkassen und andere demokratisch mitbestimmbare Unternehmensformen aus. Die Internationalisierung des Wirtschaftslebens hat nationalstaatliche Politik nicht machtlos gemacht; sie hat aber eine Re-Regulierung der Tätigkeit der transnational operierenden Monopole erschwert. Um Spielräume auszuschöpfen, bedarf es einer Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse durch Auf- und Ausbau von Gegenmacht. Grundlegend andere politische Prioritäten werden sich allerdings nur durchsetzen lassen, wenn theoretisch-programmatisch exakt die Widersprüche, selbst die kleinsten Risse mit und zwischen dem Monopolkapital und anderen Formen des Kapitaleigentums gefunden – und genutzt – werden.

Zu den Faktoren, die das Scheitern des realen Sozialismus begünstigten, werden heute die Anfang der siebziger Jahre in der DDR vollzogene Verstaatlichung von Versorgungswirtschaft, Handwerk und Handel, wie sie im Grunde schon in der *Neuen Ökonomischen Politik* und vor allem im *Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung* widerlegt waren, gezählt. Aber auch die Linke im Westen hat im Umgang mit kleinen und mittleren Unternehmen zumeist alte Ängste nicht abgebaut und neue Ängste verstärkt. Um aber weltweit die Macht der ›Transnationalen‹ einzudämmen, bedarf es in den einzelnen Staaten einer breiteren Massenbasis, als sie die Linke je hatte. Die besonders in der Jugend wachsende Bewegung der »Globalisierungsgegner« kann, anknüpfend an die Interessen von Gewerkschaften und kleineren Unternehmen, eigene Gewichte setzen gegen die Entmarktung, Entmachtung und Enteignung nichtmonopolistischer Unternehmen und Selbständiger durch große Konzerne und Banken. Daraus kann eine internationale »Unidad Popular« wachsen.

Die PDS muß einen programmatisch-theoretischen Ansatz finden, mit dem eine »antimonopolistische Mittelstandsoffensive von links« eingeläutet werden kann, aus dem heraus der historische Schnitt in die Bourgeoisie unterhalb des Monopolkapitals gelingen kann. Dabei geht es zuallererst um die Förderung von Kleinunternehmen, aber auch darum, ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen der Linken und solchen mittleren Unternehmen auf lange Sicht zu etablieren, die der deutschen staatsmonopolistischen Politik jährlich über 40 000 Konkurse und Insolvenzen »verdanken«. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die nach der Definition der EU-Kommission bis 250 Mitarbeiter und bis 20 Millionen Euro Jahresumsatz haben können, erzeugen in Deutschland die Mehrheit der Wertschöpfung und bieten die meisten Ausbildungs- und Arbeitsplätze.

Es ist also gleichermaßen links wie auch modern, an die große Debatte der französischen Linken Mitte der siebziger Jahre anzuknüpfen.

Sicher ist es auch verdienstvoll, die aktuelle Debatte um »demokratische Zugänge« (Jeremy Rifkin: *Access – Das Verschwinden des Eigentums*, Frankfurt/New York 2000) in die PDS zu öffnen. Warum aber soll das Eigentum – etwa an strategischen Produktionsmitteln oder an Grund und Boden – auf ewig privat und undemokratisch und nur partiellem Zugang geöffnet werden? Wenn es auch umgekehrt geht: das Eigentum an solcherlei schicksalsentscheidenden Existenzmitteln würde demokratisiert, und der Zugang privaten Nutzern, etwa durch Erbpacht, geöffnet. Mit der Zunahme des – durch Neoliberalen – privatisierten Eigentums hat sich jedenfalls die Profitdominanz auch im »außerökonomischen« Alltag dramatisch verschärft, was den Zusammenhang von Profitdominanz und Privateigentum bis in die Fußballübertragungen im Fernsehen spürbar macht.

Sozialisten und Kommunisten hatten sich damals auf eine gewisse Mindestanzahl von Konzernen und Großbanken verständigt, deren Enteignung die nationale und transnationale »Dominanz des Profits« perspektivisch überwinden helfen kann, ohne dabei generell den Gewinn als Stimulanz für privatwirtschaftliche Effizienz auf einem demokratisch gerahmten Markt zu diskreditieren. Die Idee des maßgeblich von den Gebrüdern *Brie* und von *Dieter Klein* verfaßten Programmentwurfs, die Profitdominanz zu überwinden, ohne den Gewinn durch generelle Verstaatlichung zu eliminieren, ist dann richtig, wenn Profitdominanz mit konkreten kapitalistischen Eigentumsverhältnissen korrespondierend, aber nicht neben oder über diesen gesehen wird.

Mit einem solchen programmatischen Ansatz des transnationalen Monopolkapitalismus lassen sich die für eine tiefgreifende Reformpolitik zu vergesellschaftenden Kapitalien auf ein strategisches, vom Grundgesetz (Artikel 14 und 15) gedecktes Mindestmaß einengen. Der ewigen Platitüde, Vergesellschaftung sei gleich Verbeamtung, kann konkret widersprochen werden. Viele öffentlich rechtliche Anstalten (etwa die ARD, Sparkassen usw.) haben parlamentarisch kontrollierbare Aufsichtsräte und sind dennoch betriebswirtschaftlich effizient. Wenn die PDS fordern würde, daß in ARD-Aufsichtsräten althergebrachte Institutionen wie zum Beispiel *Hochstift* gegen neuere wie *Greenpeace* oder *Amnesty International* ausgetauscht würden, kann dies eine interessante öffentliche Debatte über Wirtschaftsdemokratie eröffnen. Warum soll die Deutsche Bank nicht auch öffentlich rechtlich kontrollierbar sein? Im übrigen muß der Staat unternehmerischer werden, wo Unternehmen verstaatlicht werden sollen.

Die Angst vor Enteignung kleinen und mittleren Eigentums müssen wir aus der Gesellschaft herausnehmen. Dies ist nicht nur nötig, um Wahlen zu gewinnen und außerparlamentarisch breit gegen den Neoliberalismus zu mobilisieren, sondern auch, um eine glaubwürdige, völlig neuartige Konzeption zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft verbreiten zu können. Dies wird nur machbar durch einen von links zu denkenden und bündnispolitisch zu praktizierenden *historischen Schnitt* ins Unternehmertum, der zwar das Gewinninteresse noch für lange Zeit als Motiv für Kreativität, »check and ballance« und betriebswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Ermittlung anerkennt, gleichzeitig aber jenes Monopolkapital, das notwendigerweise aufgrund von Tätigkeitsfeld und strukturell vorgegebener Strategie an Hunger, Krieg, Klimaveränderung und Massenarbeitslosigkeit profitiert, in historischer Perspektive zu enteignen vorsieht.

Einige Positionen zu kleinen und mittleren Unternehmen, die im Rahmen der Programmdebatte relevant sind und schon bei OWUS und in der PDS diskutiert werden, sollen hier angemerkt werden. Zu Problemen der klassischen Klein- und Mittelbetriebe treten die Probleme der sogenannten Scheinselbständigen, die zwar vor dem Steuerrecht selbständig sind, aber in Monobeziehung zu einem Betrieb (meistens ihrem früheren Arbeitgeber) stehen. Die PDS muß für Selbständige den freiwilligen Zugang zu einer staatlichen Arbeitslosenversicherung und generell eine Rentenversicherung auf der Basis der Wertschöpfung fordern. Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, mittels atypisch-stiller Beteiligung für Existenzgründer-Darlehen zu bürge, besonders wenn das Unternehmen regional von

hoher beschäftigungspolitischer und generell von hoher ökologischer Bedeutung ist. Die PDS fordert zudem die Wiedereinführung der kommunalen Investitionszuschüsse (drei Milliarden DM) für strukturschwache Regionen. Die Länder haben die öffentlich-rechtlichen Sparkassen ausdrücklich für diese Rolle zu stärken, statt sie, wie in Berlin und anderswo, zum Abschluß freizugeben. Den geplanten Rating- und Ranking-Agenturen (Basel II), die künftig weltweit und computergestützt vom »global-player-Standpunkt« die Kreditwürdigkeit kleiner Unternehmen festlegen, sind regionale, öffentlich-rechtliche Förderagenturen entgegenzusetzen, in denen auch nach gesellschaftlichem, ökologischem, kulturellem und volkswirtschaftlichem Nutzen entschieden wird. Für Existenzgründer sollte die Kammermitgliedschaft in den ersten drei Jahren gebührenfrei sein. Die PDS fordert darüber hinaus die (Umsatz- und Körperschafts) Sollbesteuerung erst bei Zahlungseingang und nicht schon mit Rechnungsstellung. Für lohnintensive und ökologisch wichtige Handwerks- und mittelständische Betriebe wäre die Mehrwertsteuer zu halbieren oder ganz zu streichen. Die von der PDS ohnehin geforderte Ausbildungsumlage als auch die Umstellung des Arbeitgeberanteils von Bruttolohnbezogenheit auf Wertschöpfung sind Instrumente zur Stärkung von kleinen und mittleren Firmen und zur Mehrbelastung monopolkapitalistischer Unternehmen. PDS-Politiker engagieren sich auf allen Ebenen für genossenschaftliche Vernetzung von KMU. Da die Gemeinden Verfügungsberechtigte von Werbeflächen sind, werden sie Netzwerken kleiner und mittlerer Unternehmen kostenarm angeboten. Bei Ausschreibungen müht sich die PDS um einen Vorrang regionaler Anbieter-Netzwerke.

Mit einer modernen marxistischen Theorie des Monopolkapitals könnten kleinbürgerliche Ängste abgebaut werden. Gleichzeitig wird die Strategie der Demokratisierung von Wirtschaft zunächst auf sehr großes Kapital konzentriert. Der politische Einfluß der Deutschen Bank, einiger Konzerne wie Daimler Chrysler und BMW etc. kann gleichzeitig zurückgedrängt, das Depotstimmrecht gekippt (was zum Teil die Bankenübermacht bewirkt), die Aufsichtsratsposten in Richtung Null reduziert und das »Universal-Banking«, das das deutsche Bankensystem von nahezu allen in der Welt unterscheidet, überwunden werden. Gleichzeitig müssen solche Kreditinstitute gestärkt werden, die tatsächlich Risikokapital, Existenzgründerdarlehen etc. gewähren. Eine solche dialektische Doppelstrategie einer sozialistischen Partei kann einen populären Antikapitalismus mit einer Offensive zugunsten der kleinen und mittelständischen Firmen zu einem attraktiven Alleinstellungsmerkmal unter den anderen Parteien ausbauen. Deswegen hat die theoretisch-programmatische Diskussion durchaus auch für Kommunalpolitiker, Gewerkschafter und Parlamentarier einen sehr praktischen Nutzen.

Als Textbaustein für einen entsprechenden Abschnitt des PDS-Programms käme daher folgendes in Betracht: Mit der Herrschaft der Monopole durchdringt die Profitdominanz heute auch alle nichtökonomischen gesellschaftlichen Bereiche. Sämtliche kommunistischen Parteien der Welt haben weniger kleines und mittleres Privateigentum enteignet als das Monopolkapital. Waren diese Kleinunternehmen weitgehend auf Binnenkaufkraft, Einhaltung von Tarifverträgen, na-

tionale Abgabe- und Sozialverordnungen angewiesen, so bedeutete ihre Verdrängung durch das Monopolkapital eine weitere Entsozialisierung von Eigentum, das heißt, es gibt immer weniger Menschen mit ökonomisch verwertbarem Eigentum. Diese Profitdominanz zurückzudrängen heißt, die Privatisierungen zu stoppen und größtenteils rückgängig zu machen, kann aber auch die Stärkung der Gewinne kleiner und mittlerer Unternehmen bedeuten. Eine Überwindung der Profitdominanz zielt auf die vollkommene Demokratisierung des Eigentums jener übermächtigen ökonomischen Akteure an Ressourcen, Produktionsmitteln und Gütern, die für die künftige Entwicklung einer zivilisierten Menschheit von strategischer Bedeutung sind.

Gegen die enteignende Macht des transnationalen Monopolkapitals steht die PDS bei den Arbeitenden und Arbeitslosen, bei den Kleinunternehmen und Genossenschaften, bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten und sozial zu sichernden Selbständigen für starke staatliche Unternehmen und einen sozial verantwortlichen unternehmerischen Staat – mit einem Wort: für eine plurale, bunte Wirtschaft und gegen die graue Macht des großen Geldes.

Opponieren und Mitregieren nach dem italienischen Desaster

Auch wenn es ums Mitregieren geht, stößt man im linken Lager seit jeher auf eine Mauer, die modern überbrückt werden muß. Sowohl die Kritiker des Parlamentarismus von vermeintlich weit links müssen aus ihrer Verweigerungshaltung geholt werden, wie auch allzu blauäugige Befürworter und Nutznießer von Mitte-Links-Regierungen zu einer neuartigen linken Kultur im Amt gelangen müssen. Die Dialektik, die uns auf die Spur einer Lösung führen kann, klingt schon beim italienischen Kommunisten *Palmiro Togliatti* an, der »die Wende von Salerno« der Kommunistischen Partei Italiens und seinen Eintritt in die mit Mussolinis Inhaftierung 1943 vom faschistischen Großrat gesetzte Regierung unter Badoglio, dem »Schlächter von Abessinien«, 1944 mit einer neuen Qualität der Widerstands- und Partisanenbewegung begründet hatte, nämlich »aus der Regierung zu opponieren und zu regieren aus der Opposition«. Die Strategie *Togliattis* ist lehrbuchreif: sie folgte eben nicht der naheliegenden jugoslawischen Partisanenlogik, wie es die Griechen unter riesigem Blutzoll taten, sondern zielte »im Westen Jaltas« auf neue Breite und nicht auf sofortigen, kommunistischen Umsturz.

Während »Regieren aus der Opposition« durchaus vorstellbar ist, läßt sich »Opponieren aus der Regierung« schon schwieriger deuten. Eines bedeutet es jedenfalls nicht. Die Übernahme jener sozialdemokratischen Grundtendenz, die darin beruht, aus den Ämtern heraus zu demobilisieren und mit einem Regierungseintritt alle Optionen hinter den Parlamentarismus und seine Ausschußtüren zu sperren. Die allgemeine demobilisierende Grundtendenz der SPD geht einher mit einer derart tiefen Einbindung ins jeweilige Regierungsamt, mit einer so verinnerlichten Überidentifikation mit den neuen privilegierten Visitenkarten, daß jede unpopuläre Maßnahme populär geredet, jeder soziale Einschnitt in den Alltag der Regierten schön gemalt, jedes Haushaltsloch hinter verschlossenen Türen einem Deckungsvorschlag, also dem Aufreißen neuer Etatlücken zugeführt wird. Diese offensichtlich spontan aus Amt und Funktion strömende, die Persönlichkeit for-

Wie »aus der Opposition regiert« werden kann, haben die italienischen Kommunisten vor ihrer Umbenennung in *Partito Democratico della Sinistra* (PDS) und ihrem nachfolgenden Niedergang jahrzehntelang bewiesen. Nirgends hat sich in größeren Ansätzen eine kulturelle Hegemonie mit antimonopolistischen Zügen derart in Volksfesten und Massenmobilisierungen gezeigt, wie ausgerechnet in dem Land, in dem der Papst wohnt. Die Grünen in Deutschland haben ebenfalls mehr Einfluß auf große Apparate und selbst auf gegnerische Parteien gehabt, als sie noch opponierten.

mende, Leidenschaft absorbierende Tendenz, von der *Karl Krauss* einst sagte, die Sozialdemokratie sei »eine staatlich lizenzierte Anstalt zum Verbrauch revolutionärer Energien«, gipfelt im Verzicht auf außerparlamentarische Aufklärung und Druck. So wie die Regierenden von den neuen Ämtern einvernommen wurden, trachteten sie darauf, ihre Basis einzuvernehmen. Dies aber führte zum Exitus zahlreicher Mitte-Links-Regierungen.

Die italienische Linke, allen voran die aus der Kommunistischen Partei stammende *Partito Democratico della Sinistra* (Partei der Demokratischen Linken – PDS; im Februar 1998 umbenannt in *Democratici di Sinistra*, Linke Demokraten – DS), entschied sich überwiegend für diesen sozialdemokratischen Weg. Sie exekutierte den NATO-Überfall auf Belgrad, schuf dafür sogar die Akzeptanz der linken Gewerkschaft CGIL, stellte die Bildungsfinanzierung zu einem Großteil auf Privatschulen um, brach dann durch den Ausbau befristeter Arbeitsverhältnisse, Steuersenkungen und Abbau sozialer Sicherungen auch mit gemäßigten Gewerkschaften und verhedderte sich – von rechts getrieben – restlos in der Arbeitgeberdemagogie von der Lösung des Staats »aus jeder Einmischung in die Wirtschaft«. Deshalb hat, wie es die populäre Marxistin *Rossana Rossanda* beschreibt, »die Linksregierung das größte Staatsvermögen des gesamten Kontinents verkauft, oftmals sogar verramscht« (Neues Deutschland vom 31. Mai 2001). Der italienische Kommunistenchef *Fausto Bertinotti* (Rifondazione Comunista) ist eine der ganz wenigen charismatischen Persönlichkeiten, die einen Gestaltungsanspruch der Hunderttausenden Globalisierungsgegner (auch der nicht- und anti-kommunistischen!) verkörpern. Er hat diese erhebliche Bedeutung in der italienischen Gesellschaft kurioserweise dadurch erreicht, daß er aus der Mitte-Links-Regierung austrat. Schließlich ging die *Rifondazione Comunista* als einzige linke Kraft gestärkt aus den Wahlen hervor. Auch die Regierungsmitwirkung der Kommunisten in Spanien und Frankreich hat zu Wahleinbrüchen und zu einer scharfen Auseinandersetzung um eine »neue Regierungskultur« geführt.

Auch die Mitwirkung der bundesdeutschen PDS in nordöstlichen Länderregierungen dürfte auf Dauer nicht frei bleiben von entsprechenden Gefährdungen. Die Mitte-Links-Option, wie sie in Cottbus beschlossen wurde, muß nach diesen negativen Erfahrungen anderer europäischer Länder geläutert werden, wenn sie Bestand haben will.

Es gilt, programmatische Richtlinien für ein neues Regierungshandeln zu entwerfen und einzuüben, die eine neue Form der Mitgestaltung und gesellschaftlichen Opposition in dialektischer Einheit zu begründen vermögen. Regieren, politisches Gestalten in der Regierung, unterliegt Beschränkungen, zumal auf der Landesebene. Übergeordnete Instanzen und Koalitionspartner, aber vor allem ein monopolkapitalistisches Umfeld bedingen Kompromisse. Konkretes Regierungshandeln beinhaltet nicht nur, was (schon) durchgesetzt, sondern auch, was (noch) nicht erreicht wurde und weiteres Opponieren erfordert.

Der Logik linkssozialistischer Regierungsverweigerer folgend, darf die PDS vor allem dort nicht mitregieren, wo besondere Haushaltsknappheit vorherrscht. Dies würde bedeuten, daß Sozialisten speziell in Regionen großer Armut, mit besonderer Kraft darauf hinwirken müßten, daß Kräfte rechts von ihr regieren, weil der Verteilungsspiel-

Der Cottbuser Leitantrag sagt für die Bundesebene unmißverständlich: »Unsere Ziele bei den Wahlen 2002 sind eindeutig: Der Deutsche Bundestag braucht eine starke linke Opposition! ... Deshalb wird die Partei des Demokratischen Sozialismus in den Wahlkampf 2002 auch mit der klaren Aussage gehen, daß sie sich als gesellschafts-politische und parlamentarische Opposition zur ›Neuen Mitte‹ und deren marktliberaler Politik versteht.« Gleichzeitig hat der Leitantrag den Weg bestätigt, auf regionaler Ebene mitzuregieren. Der Leitantrag will aber dieses Mitregieren auch als einen Auftrag verstanden wissen, ein besonders hohes, für die PDS charakteristisches Maß an Transparenz, mit Einbeziehung der Wählerinnen und Wähler auch während der Legislatur und besonderer Verbindung zu außerparlamentarischer Bewegung.

raum zu eng wäre, der Linken keine Entfaltung in Regierungen ermögliche. Die Angst der linken Regierungsgegner besteht darin, daß bei großen Haushaltsdefiziten ihre »Genossen Regierungssozialisten« hernach mit außerordentlich großen Hoffnungen gewählt werden, dann aber entsprechend kleine Erfolge besonders schön reden und so am Ende besonders große Enttäuschungen nach sich ziehen.

Ein Konzept, das ein Mitgestalten von links ermöglicht, muß also auch auf defizitäre Haushaltssituationen hin gedacht sein. Wie wäre aus dieser Zwickmühle herauszukommen? Zunächst einmal durch das Einfache, das so schwer zu machen ist. »Wie Lassalle sagte, ist und bleibt die revolutionärste Tat, immer das laut zu sagen, was ist« (*Rosa Luxemburg*). Die Ursachen von Haushaltsdefiziten, die von übergeordneten Ebenen heruntergereicht werden, die großen Banken und Konzerne, die an diesen Defiziten durch übermarktmäßige Zinseinnahmen profitieren, die Verweigerung potentieller großer Steuerzahler im Süden Deutschlands offen zu erwähnen – alles das zählt zum »Opponieren in der Regierung«.

Fallbeispiele dafür sind rar, aber es gibt sie. Der Hannoveraner Oberbürgermeister *Schmalstieg*, eine ansonsten nicht sonderlich mitreißende Persönlichkeit, hatte in seinen ersten Amtsperioden immer wieder linke Traditionswähler mobilisiert, indem er unter anderem seine Stadt zur Partnerstadt von Hiroshima machte und mit Manifesten gegen Atombewaffnung ausstattete. Die linkssozialistische hessische SPD hatte mit ihren kühnen Reformen »gegen Bildungsprivilegien« eine perspektivische Duftmarke gesetzt, die ihr fast 30 Jahre lang entsprechende eigene Wählermobilisierung besonders in Stammbezirken sozial Benachteiligter mit absoluten Mehrheiten brachte, welche erst mit dem Ende des Reformzeitalters zusammenbrachen. Der Bürgermeister von Porto Allegre läßt – als Modell partizipativer Parlamentsarbeit – über die wenigen verfügbaren Mittel in Stadtteilversammlungen mitbestimmen – und genießt breite Popularität. *Fidel Castros* auch unter kargen Lebensumständen in Kuba unverminderte Beliebtheit rührt auch aus einem guten Stück »Opponieren aus der Regierung«. *Castro* stand von Anfang an an der Spitze einer Bewegung gegen die Überschuldung der ›Dritten Welt‹ und gegen die deregulierten Finanzmärkte. Es ist also kein ehernes Gesetz, daß linken Regierungen immer mittelfristig der Unmut der Regierten um die Ohren fliegen muß, wenn sie ehrlich und verständlich auf die wahren überregional, national und transnational erzeugten Ursachen hinweisen.

Bisherige Regierungsverweigerer und bisherige Regierungsbefürworter sind gemeinsam aufgerufen, beim Projekt »Regieren aus der Opposition – Opponieren aus der Regierung« kreativ zusammenzuwirken, um aus der Zwickmühle zu kommen, in der die Wähler zwar einerseits nicht Sozialisten in Regierungen wählen, um sie dort mit besonderen Privilegien auszustatten und am Ende besonders enttäuscht dazustehen, andererseits sie aber auch nicht wählen, damit dem Hungernden nur die Speisekarte vorgehalten wird, ohne daß wirklich zur Mobilisierung und zum Einmischen in die eigenen Angelegenheiten aufgerufen wird. Die sozial Betroffenen wählen Linke nicht nur nach oben, damit die nur irgendwie regieren. Sie wählen diese aber auch nicht, damit sie sich nur irgendwie verweigern. Beides hinterläßt ähnliche Enttäuschungen und beides hat in der

Es ist Sozialisten in Regierungen anzuraten, in Partnerschaft mit Künstlern, Wissenschaftlern etc. Symposien, Kundgebungen, kulturelle Veranstaltungen und ähnliches durchzuführen, mit Plakaten auf die Kinderbetreuungsplätze gut nachgerechnet hinzuweisen, die finanzierbar wären, wenn Daimler Chrysler, Deutsche Bank und BMW endlich einmal anfangen würden, wenigstens ein paar Steuern zu zahlen.

Geschichte der europäischen Linken zu ähnlichen dramatischen Wählereinbußen geführt. Die systematische Einbeziehung einer außerparlamentarischen Bewegung ist also das ›missing link‹, das bei einer geläuterten Mitte-Links-Strategie aus dem bisherigen Scheitern grundlegend neue Schlüsse zieht und innovativ und kreativ das bisherige Regierungshandeln von Sozialistinnen und Sozialisten mit neuen Instrumenten ausstattet; selbst dann, wenn die Haushaltslage nur eine kleine Verfügungsmasse ›hergibt‹.

Es ist im übrigen so real wie grotesk, daß gerade in sozialen Brennpunkten und Notbezirken die Mobilisierung der Betroffenen erst dann verstärkt wird, wenn die mit Lethargie gepaarte Ängstlichkeit überwunden ist. Zum Mitmachen bei Demonstrationen können Parlamentarierinnen und Parlamentarier, Landräte, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der PDS ermutigen!

Als Textbaustein für einen entsprechenden Abschnitt des PDS- Programms bietet sich also folgendes an: Regieren – auch verstanden als (in kleinen Schritten) gestaltetes Opponieren gegen eine undemokratische Weltwirtschaftsordnung – sowie der Ausbau außerparlamentarischer Bewegung gegen die Profitdominanz – auch verstanden als Anspruch auf Mitgestaltung und Umbau der Macht – sind für uns die zwei untrennbaren Seiten einer Partei, die den Auftrag unseres Grundgesetzes zur demokratischen Willensbildung und zum Werben für echte Alternativen in der Bevölkerung ernst nimmt. Sozialistinnen und Kommunisten, aber auch Grüne in Westeuropa haben jahrzehntelang demonstriert, wie kämpferisch und kreativ aus der Opposition in mächtige Institutionen »hineinregiert« werden kann. Direkte Regierungsbeteiligungen haben dann aber oft an ihrer Kraft gezehrt, weil die Ursachen von Haushaltszwängen und finanziellen Engpässen verschwiegen, Niederlagen in Siege umgemünzt und die potentielle Wählerschaft demobilisiert wurden. In der internationalen Linken hat es aber auch Beispiele gegeben, wo durch Mitregieren ein Mehr an Opposition gegen soziale Ungerechtigkeit, eine Ermutigung der Betroffenen, sich in ihre eigenen Angelegenheiten einzumischen, bewirkt wurde.

Aus dem erfolgreichen Werben für linke Mehrheitsfähigkeit wird Mitgestaltung. Regierungsbeteiligungen werden dann für schrittweise Verbesserung und gleichzeitige Aufklärung über jene genutzt, die soziale Gerechtigkeit verhindern. Aus der Spannung zwischen Gestaltung und Opposition für demokratische Ziele entsteht die Notwendigkeit einer *neuartigen Kultur des Mitregierens*, die auch die modernen Kommunikationstechnologien als demokratische Potentiale nutzt. Für die PDS gibt es darum in Regierungskoalitionen keinen Maulkorb dafür, »immer das laut zu sagen, was ist« (Rosa Luxemburg) und mit dem Bonus eines öffentlichen Amtes die Wählerinnen und Wähler auch außerparlamentarisch für Frieden und soziale Gerechtigkeit zu mobilisieren. Für die PDS birgt das Mitregieren in Koalitionen notwendigerweise auch immer völlig neue Chancen für einen qualitativen Zuwachs an Transparenz und Mobilisierung im nicht parlamentarischen Raum sowie für die Entfaltung partizipativer Demokratieformen. Dies gibt unserer Verfassung eine neue Wirklichkeit, die allen demokratischen Parteien auferlegt, über ihre langfristigen Ziele aufzuklären und für ihre tiefgreifenden Reformvorstellungen als außerparlamentarische Willensbildung und Mobilisierung zu werben. So auch für ihre sozialisierenden Ziele der sozialistischen Partei, die sich streitbar zu unserem Grundgesetz bekennt, welches keine kapitalistische Gesellschaft vorgibt, aber einen in Gewaltenteilung, Parteienvielfalt, Friedensgebot und Sozialbindung gebauten Sozialismus möglich macht. Demokratisch antikapitalistische Mehrheiten überzeugen – auch das markiert die Scheidelinie zwischen SED und PDS.

FRANK RICHTER

Pluralität oder Pluralismus?

Vorbemerkung

Man mag es begrüßen oder bedauern: Die theoretische Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Strömungen in der PDS dauert an und wird sich wohl auch weiter zuspitzen. Um dies zu wissen, muß man nicht unbedingt die Weißenseer Blätter lesen, auf deren Ausgabe 2/2001 selbst der Spiegel (32/2001) aufmerksam geworden ist. Der Schwarze Kanal ist wieder auferstanden – nur diesmal innerhalb der PDS, und er richtet sich gegen bestimmte Positionen, die innerhalb der Partei vertreten werden. Bezweifelt werden muß jedoch, daß sich solche Spannungen mit Hilfe des Denkmodells Pluralismus aushalten lassen. Dieses Konzept ist allerdings bisher noch nicht ausreichend entwickelt und angewendet worden, so daß es sich lohnt, das Thema systematisch zu entwickeln.

Pluralität oder Pluralismus?

Gelegentlich erfährt man, daß die PDS eine pluralistische Partei sei. Allzu oft geschieht das jedoch nicht, und wenn, dann in der Regel so unreflektiert, als ob dies die normalste Angelegenheit der Welt wäre. Der Terminus selbst taucht im gültigen Parteiprogramm von 1993 nicht auf, nur im Statut findet er ausdrücklich Erwähnung. Im Entwurf der *Programmkommission* wird der Pluralismus-Begriff explizit verwandt, die *Kommunistische Plattform* spricht von »pluraler Partei«. Bei anderen Kritikern des Programmentwurfs des Vorstandes wird diese Problematik nicht genannt, geschweige denn erörtert.

Was ist eine pluralistische beziehungsweise plurale Partei? In allen Parteien gibt es verschiedene Auffassungen und also auch Diskussionen und Auseinandersetzungen – das kann es also nicht sein, es muß da schon um prinzipielle Fragen gehen. Dann kann Pluralität zu einem *konstitutiven Prinzip* – eben Pluralismus – werden. Demnach soll gerade aus der Auseinandersetzung zwischen prinzipiell gleichberechtigten Auffassungen, die den gleichen Anspruch auf Realitätsnähe erheben, das theoretische und das praktisch-politische Leben der betreffenden Partei gespeist werden.

Solche Pluralität darf dann jedoch auch nicht als Toleranz von »Klugen« gegenüber »weniger Klugen« mißverstanden werden. Dies genau beschreibt allerdings die Lage in der PDS: Jede der drei Plattformen oder Strömungen hält sich für die einzig Richtige, wohingegen die anderen angeblich entscheidende Fehler begehen. Da es jedoch gegenwärtig keine Chance für eine monistische, also einheitliche Konzeption in der Partei gibt, wird Pluralität quasi als notwendiges Übel



Frank Richter – Jg. 1938; Prof. Dr. phil. habil., studierte bis 1961 Metallkunde an der Bergakademie Freiberg/Sachsen und war danach Aspirant am Lehrstuhl für philosophische Probleme der modernen Naturwissenschaften in Berlin (Schüler von Hermann Ley und Herbert Hörz), später bis 1991 im marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium an der Bergakademie Freiberg tätig, Forschungen und Publikationen zu philosophischen Problemen der Natur- und Technikwissenschaften, zuletzt »Philosophie in der Krise« (Dietz-Verlag Berlin 1991); Homepage unter: <http://home.t-online.de/home/frank.richt/>

akzeptiert. Überdies reserviert sich eine Gruppe *Marxismus* und die andere *Kommunismus* als Namen, so daß für die dritte Gruppe nur das eigentlich wenig aussagende Etikett *Reformer* übrig bleibt. Bereits das erscheint mir außerordentlich problematisch und man kann den Eindruck gewinnen, als würde der Parteivorstand das Verhältnis der PDS zum Marxismus für nicht so wichtig halten. Dafür spricht, daß im Entwurf der *Programmkommission* der Begriff Pluralismus im Zusammenhang mit der Möglichkeit genannt wird, daß auch Christen in dieser Partei wirksam werden können. Das heißt, Pluralismus wird also nicht als ein Prinzip in den Beziehungen von Marxisten untereinander verstanden.

Bisher dominiert also Pluralität in einer trivialen, diskriminierenden Form, und es ist schade, daß dies so ist. Dabei sollte eigentlich eine Partei, die sich als eine pluralistische versteht, Pluralität nicht nur gelegentlich anerkennen, sondern solche als durchgängiges Denk- und Handlungsprinzip verstehen. Der Unterschied von Pluralität und Pluralismus besteht darin, daß Pluralismus Pluralität zum Prinzip erhebt und sie nicht einfach nur als (zumeist bedauerliche) Realität hinnimmt. Nun mag eine solche triviale Form des Zusammenexistierens verschiedener theoretischer und programmatischer Positionen sogar ihre Vorteile haben: Es wird (zunächst?) auf eine Entscheidungsfindung zugunsten der einen oder anderen Seite verzichtet, was in Zeiten theoretischer Unsicherheit und Krise durchaus vernünftig ist. Auch nach außen hin kann man bei besonders strittigen Themen auf ›bestimmte Mehrheitsverhältnisse‹ verweisen: Kommunistisch im eigentlichen Sinne sei die PDS nicht, da die *Kommunistische Plattform* in der Minorität sei. In Zeiten, da der Marxismus endgültig diskriminiert scheint, kann man dann auch den Marxismus einer Plattform innerhalb der Partei überlassen. Das mag also politisch gegenwärtig opportun erscheinen, auf längere Sicht dürfte ein solches Konzept aber zu kurz greifen. Irgendwann wird sich die PDS in ihrer Mehrheit von den beiden genannten Strömungen trennen müssen, oder aber es gelingt, eine Bewegungsform jenes Widerspruches zu finden, die praktisch-politisch wie theoretisch durchhaltbar ist – letzteres wäre wünschenswert.

Ich komme also zu einem ersten Zwischenergebnis: Die PDS ist gar keine pluralistische Partei, sondern bestenfalls eine plurale. Dabei haben wir bisher weder die erforderliche Bewegungsform für das Austragen existierender theoretischer Meinungsverschiedenheiten noch etwa ein wirklich pluralistisches Konzept für eine künftige marxistische Theorieentwicklung gefunden.

Das ist möglicherweise überhaupt kein ernsthaftes Problem, denn mit der Pluralität ist es ein besonderes Ding: So richtig liebt sie doch keiner, und völlig zufrieden sind wir eigentlich doch erst dann, wenn alle dieselbe Meinung vertreten – auch dann, wenn wohl keiner zu den Zeiten der Einheitspartei (hier verstanden als Einheitlichkeit im Denken und Handeln unter Nichtzulassung verschiedener Plattformen) zurückkehren will.

Ist Pluralität modern oder postmodern?

Pluralität ist an sich bereits ein Problem und sie scheint allen denkbaren vernünftigen Wahrheitstheorien zu widersprechen. Es ist zugleich auch nur schwer vorstellbar, worin die *praktischen* Vorzüge von Plu-

ralität liegen sollen. Wie kann Unterschiedlichkeit in theoretischem Herangehen und praktischer Politik die Handlungsfähigkeit einer Partei sichern?

Pluralität ist ein Begriff, der nicht so sehr der Moderne als vielmehr der sogenannten Postmoderne zugehört. Und wir haben – wie die Programmdiskussion zeigt – schon genügend Probleme mit dem ›Moderne‹-Begriff. Moderne ist ein Konzept von Gesellschaft, das eigentlich nichts anderes behauptet, als daß die menschliche Gesellschaft nicht von nicht ewig existierenden Strukturprinzipien bestimmt wird (zum Beispiel von den im Mittelalter gültigen). Vielmehr gibt es eine Entwicklung der Gesellschaft. Und in jeder Etappe dieser Entwicklung sollen jeweils ›moderne‹, das heißt, auf die jeweiligen Bedingungen bezogene Prinzipien Gültigkeit haben. Dieser noch sehr abstrakte ›Moderne‹-Begriff hat schließlich eine Konkretisierung durch seine enge Kopplung an solche Konzepte wie *Neuzeit* und *Aufklärung* gefunden.

Die *postmoderne* Kritik an der Moderne wendet sich gegen einen rationalistischen Totalitätsanspruch einer bestimmten – speziell der naturwissenschaftlich-technischen – Erkenntnisform und will die angeblich einzig und allein gültige »große Erzählung« (Lyotard) dadurch in ihre Schranken verweisen, indem gezeigt wird, daß es sich hier in Wirklichkeit auch nur um eine ›relativ gültige Erkenntnisform‹ handelt. An deren Stelle sollen verschiedene gleichberechtigte Sichtweisen treten, ohne daß damit die Moderne völlig verworfen werden soll. Vielmehr ist sie (wie eigentlich jede Denkform) einer ›Dekonstruktion‹ zu unterwerfen. Das bedeutet, es sind die Voraussetzungen jener Denkweise klarzustellen, ihre Wirkungsmöglichkeiten und zugleich ihre Grenzen sind zu diskutieren. Und das geht nur, wenn die jeweiligen Gegenstände nicht nur voneinander abgegrenzt, sondern auch aufeinander bezogen werden. Dann sind sogar Übergänge zwischen den verschiedenen Erkenntnisformen denkbar; *Welsch* nennt das »transversale Vernunft« und sein Konzept »postmoderne Moderne«, um damit auch eine bestimmte Kontinuität sichtbar zu machen.¹

Mag man in den Begriff der Moderne unterschiedliche Bedeutungen hineinlegen, eines haben sie alle gemeinsam: Die aus der Aufklärung stammende Vorstellung einer alle Lebensbereiche durchdringenden und sie dominierenden einheitlichen, rational-wissenschaftlichen Denkweise. *Postmoderne Pluralität* gilt dagegen gerade bei aufrechten und konsequenten Linken eher als theoretische und programmatische Beliebigkeit.² Da wird von ›leichtsinnigem Surfen‹ und ähnlichem gesprochen. Plurales Denken ist also wie das Springen von Welle zu Welle – wie im Meer oder im Radio oder im Fernsehen.

Vor diesem Hintergrund erscheint die gegenwärtige Debatte um einen ›modernen Kapitalismus‹ auf den ersten Blick trivial. Jede Zeit benötigt jeweils einen ›modernen‹ Kapitalismus, der die adäquaten Verwertungsbedingungen des Kapitals sichert. Worum es den Kombattanten jedoch eigentlich geht, ist die Frage, ob die gegenwärtigen Entwicklungen einen ›modernen Kapitalismus‹ hervorzubringen vermögen, der so modern ist, daß er gleichzeitig Möglichkeiten für eine Eingrenzung des Wirkens der Kapitallogik hervorbringt und damit zivilgesellschaftlich-politischen (also nicht unbedingt ›staatlichen‹) Einflüssen gegenüber offener wird. Eine solche Modernität ist offensicht-

1 Wolfgang Welsch: Unsere postmoderne Moderne, Weinheim 1991.

2 Vgl. den Einladungstext zur Lukács-Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 9. Juni 2001 in Leipzig.

lich Überlebensbedingung für die Menschheit. Wenn das der Fall sein sollte, ist die gegenwärtig im PDS-Parteivorstand dominierende Strategie sinnvoll; ansonsten nicht. Gleichzeitig kann man fragen, was denn die marxistische Alternative zu einer solchen Annahme sein könnte. Immerhin geht es um ein sich modernen Anforderungen verweigerndes Warten auf ein natürliches Ende von Kapitalismus und Kapitallogik per Selbsterstörung oder das Hoffen auf eine erneute – wie auch immer geartete sozialistische – Revolution. Freilich kann man diese Problematik auch diskutieren, ohne explizit den ›Moderne‹-Begriff zu verwenden, und vielleicht sollte man sie damit auch nicht noch zusätzlich belasten.

Bei all diesen Schwierigkeiten erscheint es nun vielleicht als geradezu vermessen und verrückt, nun auch noch das Thema *Post-moderne* auf die Tagesordnung setzen zu wollen. Das wäre freilich wirklich nur sinnvoll, wenn es damit gelingen würde, den Gedanken von Pluralismus und Pluralität weiter voranzubringen und dabei speziell das für eine pluralistische Partei, wie sie die PDS sein will, anzuwenden und zu konkretisieren. Es gibt dafür mehrere Möglichkeiten, so zum Beispiel die Wiederaufnahme des Gedankens eines ›pluralen‹ Marxismus, die inhaltliche Diskussion bestimmter marxistischer Grundkonzepte und schließlich bestimmte wissenschaftstheoretische Versuche, die ›philosophische Grammatik‹ (Haug) der marxistischen Gesellschaftswissenschaften neu zu bestimmen.

Pluraler Marxismus

Beginnen wir mit *Haug*, für den ein pluraler Marxismus mit den Namen *Lukács*, *Lefebvre*, *Merleau-Ponty*, *Sartre*, *Althusser*, *Williams*, *Hill*, *Hobsbawm*, *Bloch*, *Benjamin*, *Horkheimer*, *Marcuse*, *Abendroth*, *Gollwitzer*, *Kofler*; aber auch *Adorno* und *Habermas* und schließlich *Otto Bauer*, *Gramsci*, *Mariategui*, *Allende*, *Nelson Mandela* sowie *Rudi Dutschke* verbunden ist, und der seine Gedanken aus den achziger Jahren zu diesem Thema unlängst noch einmal dargestellt hat.³ *Haug* verband und verbindet sein Konzept eines pluralen Marxismus mit Veränderungen in der Produktionsweise (Übergang vom Fordismus zum Toyotismus), mit der spätestens schon zu Beginn der achtziger Jahre historisch und strukturell endgültig überholten Führungsrolle der KPdSU, mit dem Thema Zivilgesellschaft versus sozialistische, über der Gesellschaft stehenden Staatlichkeit und nicht zuletzt mit dem Auftreten neuer historischer Subjekte und Aktionen (Frauen, Umweltbewegung, ›Dritte Welt‹). Selbst wenn der damalige Versuch, die nicht mehr zu übersehende äußere Vielfalt in den sozialen Bewegungen durch eine innere Vielfalt im Marxismus selber zu ergänzen, schnell abgeschmettert und dann auch nicht weiter verfolgt worden ist, ist nach *Haug* das Thema – selbst unter Berücksichtigung der offenkundigen Tatsache, daß ein vergleichbarer orthodox-marxistisch-leninistischer Führungsanspruch nicht mehr existiert – nur scheinbar erledigt. Die damals begonnene erkenntnistheoretische Kritik am naiven Abbildungskonzept des Marxismus-Leninismus wie auch die Metaphysikkritik am Marxismus mit seinen immer noch vorhandenen Hegelianismen müsse zu einer neuen ›philosophischen Grammatik‹ des Marxismus hingeführt werden. Der Pionier einer solchen gegen den kriegskomunistisch geprägten Marxismus gerichteten Alternative einer Theorie

3 Vgl. Wolfgang F. Haug: Dreizehn Versuche, marxistisches Denken zu erneuern, Berlin 2001.

der Praxis sei *Antonio Gramsci*⁴. Dieser Marxismus wäre wirklich modern, insofern er auf die aktuellen Fragen nach Antworten sucht.

Doch zunächst kann gefragt werden, warum am Konzept eines pluralen Marxismus festgehalten werden soll – wo es doch ausreichen könnte, nun *einen* theoretisch sauber begründeten und zugleich praktikablen Marxismus zu entwickeln? Auch habe *Gramsci* die Autonomie des Marxismus gegenüber allen Philosophien und Religionen hervorgehoben und ein Implementieren ›heterogener Stützen‹ abgelehnt. Die Lösung dieses komplizierten Problems kann darin liegen, daß unter Marxismus nicht einfach die Wiederholung der marxistischen Grundfassungen verstanden wird, sondern die Fähigkeit, diesen Fassungen zu ›folgen‹ und dabei immer neuen Bedingungen gerecht zu werden.⁵ Das schließt zugleich ein, die Dialektik auch auf den Marxismus selbst anzuwenden. Resultat ist ein pluraler Marxismus, der verbietet – die von niemandem mehr bestreitbare Faktizität der Pluralität im Marxismus akzeptierend –, andere Richtungen aus dem Marxismus auszuschließen. Selbst der Gedanke einer Pluralität des Marxismus muß dabei zur Disposition stehen, wobei dieser nicht Beliebigkeit heißen soll, sondern immer eine Forderung nach der Verknüpfung von Einheit und Pluralität darstellt. Ein solcher Marxismus müsse ein ›demokratisch-sozialistischer‹ sein.

Angesichts des Auseinandertretens der einen Vernunft in eine Vielzahl von Rationalitätstypen⁶ gebe pluraler Marxismus die Einheit nicht auf, verstehe sie jedoch als immerwährende Aufgabe. An kulturelle Unterschiede, an die verschiedenen Sphären der Gesellschaft mit ihren jeweiligen ›Logiken‹ dürfe nicht reduktionistisch, also auch nicht ökonomistisch herangegangen werden.⁷

Pluralität ist nicht gleich Pluralität

Bei *Haug* wird aus meiner Sicht allerdings nicht deutlich genug, wodurch sich heute verschiedene Formen des Marxismus unterscheiden könnten und wie unterschiedliche Bedingungen für verschiedene soziale Akteure sowie deren Aktivitäten nun auch theoretisch manifest werden sollten.⁸

Man kann auf einem zweiten Denkweg versuchen, das Konzept einer Pluralität des Marxismus zu vertiefen und die These formulieren, daß Pluralität nur denkbar ist als Modellvielfalt auf der Grundlage bestimmter einheitlicher Auffassungen und von daher zu entwickelnder theoretischer und programmatischer Konkretionen.

Vorstellbar ist ›theoretische Pluralität‹ auf zwei grundsätzlich verschiedene Weisen. Offensichtlich ist es ein Unterschied, ob wir in einer Partei wie der PDS von einem Pluralismus sprechen, der die Beziehung von demokratischem Sozialismus und Religion betrifft (Fall 1) oder ob es um die Beziehung verschiedener marxistischer Auffassungen selber gehen soll (Fall 2). Wenn es eine Pluralität *im* Marxismus geben soll, dann muß es etwas geben, das die verschiedenen ›Marxismen‹ theoretisch zusammenhält.

Christen können demgegenüber für einen demokratischen Sozialismus eintreten, ohne daß es für sie zusammen mit den Marxisten ein gemeinsames theoretisches Fundament geben muß. Zwar können beide durchaus auch identische praktische Quellen besitzen, zum Beispiel das Streben nach Gleichheit zwischen den Menschen oder die Sorge

4 Vgl. ebenda, S. 31 und 33.

5 Herbert Hörz hat dieses wohl gemeint, als er schrieb, wir müßten (als Marxisten) darauf achten, nicht historische Zeitgenossen der Gegenwart zu sein, ohne zugleich ihre philosophischen, in: Herbert Hörz: Was kann Philosophie? Berlin 1986, S. 33.

6 Vgl. dazu auch Martina Plümacher, Volker Schürmann, Silja Freudenberg (Hrsg.): Herausforderung Pluralismus. Festschrift für Hans Jörg Sandkühler, Frankfurt/M. u.a. 2000.

7 Vgl. Wolfgang F. Haug: Dreizehn Versuche..., a. a. O., S. 36.

8 Dies steht nicht zuletzt im Gegensatz zum Kommunistischen Manifest von Marx und Engels, das sicher nicht als Geburtsurkunde eines pluralen Marxismus gelten kann.

um die Menschen in der früheren ›Dritten Welt‹ oder die Hervorhebung der Existenz auch von Allgemeinmenschlichem im Menschen (gegenüber einer reduktionistischen Position, die den Menschen nur als *homo politicus* und/oder *homo oeconomicus* nimmt). Aber es ist keine theoretische Einheit erforderlich, die dieses Streben für beide verbindlich macht und aus ein und demselben Grundprinzip herleitet. Jenes Prinzip ist vielmehr für jede der beiden Strömungen ein anderes – Gott oder der Mensch als höchstes Wesen für den Menschen.

Die Formulierung im Entwurf der *Programmkommission*: »Die PDS versteht sich selbst als einen Zusammenschluß unterschiedlicher linker Kräfte. Ihr Eintreten für einen demokratischen Sozialismus ist an keine bestimmte Weltanschauung, Ideologie oder Religion gebunden, sie ist eine pluralistische Partei demokratischer Sozialistinnen und Sozialisten. Die PDS ... räumt Minderheiten das Recht und die Möglichkeit ein, ihre Überzeugungen und Ziele im Rahmen der Grundsätze und demokratisch-sozialistischen Orientierungen des Statuts und dieses Programms der Partei des Demokratischen Sozialismus fortgesetzt zu vertreten ...« ist zunächst einmal als ein ›Fall 2‹ identifizierbar.

Interessant ist dann aber die Formulierung, die *Minderheiten* in der Partei betreffend. Hier scheint es wirklich nur um Duldung zu gehen; die PDS muß in einer solchen Frage durch ein Programm beziehungsweise durch einen Vorstand repräsentiert sein, die Minderheiten solche Rechte einräumen. Es bleibt an dieser Stelle des Textes unklar, welche Minderheiten gemeint sind – sind es zum Beispiel jene schon genannten Christen (oder Grüne oder Unabhängige usw.) oder ist hier schon an die verschiedenen, alternativ zur Mehrheit im Vorstand operierenden Plattformen innerhalb der PDS und auch innerhalb eines, wenngleich nicht eindeutig bestimmten, aber wohl doch irgendwie vorhandenen theoretischen und programmatischen Rahmens im Sinne eines Konsenses gedacht?

Hier müßte nun ein Konzept von Pluralität im Sinne von ›Fall 2‹ greifen. Es kann nicht sein, daß die Beziehungen von ›Reformern‹ zu ›Marxisten‹ und ›Kommunisten‹ innerhalb der PDS den Beziehungen von Christen und – ja, wie wollen wir die bezeichnen? – ›demokratischen Sozialisten‹ in einem engeren, marxistischen Sinne gleichrangig sind? So richtig es ist, die Anerkennung von Materialismus, Marxscher politischer Ökonomie, Atheismus, Marxismus usw. nicht automatisch als ›Eintrittskarte‹ für die PDS gelten zu lassen, sondern sich auch gegenüber Verfechtern anderer Grundpositionen zu öffnen, so dürfte es dennoch in der PDS eine ganz bestimmte Wertschätzung gerade jener Grundprinzipien und -theorien geben.

Kann es so etwas wie theoretische Minimalforderungen geben?

Das Problem eines theoretischen Minimalkonsens steht auch beziehungsweise gerade für den Fall, daß es hinsichtlich grundlegender Annahmen nicht nur unter den Linken, insgesamt, sondern auch innerhalb der PDS selbst sehr unterschiedliche Auffassungen gibt – zum Beispiel hinsichtlich:

der Charakterisierung der gegenwärtigen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft;
einer Differenzierung zwischen Kapitalismus und Zivilgesellschaft;
der Möglichkeit der Hervorhebung eines modernen Kapitalismus;

der Verwendung des ›Moderne‹-Begriffs im Parteiprogramm;
 einer Orientierung der PDS, die sich als ›antikapitalistisch‹ versteht;
 einer Wertung der Geschichte des Realsozialismus beziehungsweise
 der DDR;
 einer Bestimmung des Verhältnisses von Gleichheit und Freiheit;
 der Rolle des Privateigentums an Produktionsmitteln in der Gegen-
 wart und einer möglichen Vergesellschaftung dieses Eigentums;
 der Rolle der PDS als Opposition und gegenüber Tolerierungs- und
 Mitregierungskonzepten;
 der möglichen Beziehungen der PDS zur SPD;
 der Zielbestimmung eines demokratischen Sozialismus und
 verschiedener Wege seiner Realisierung.

Das Problem der Pluralität im Sinne von ›Fall 2‹ besteht nun darin,
 daß die übergeordneten Prinzipien ziemlich abstrakt bleiben müssen,
 damit sie einen Konsens begründen können. Sicher kann der Gedanke
 von *Marx*, alle Verhältnisse seien umzuwerfen, in denen sich der
 Mensch als geknechtetes und ausgebeutetes Wesen wiederfindet, als
 ein solcher verbindender *positiver* Grundgedanke verstanden werden.
 Die näheren Bestimmungen hierfür sind dann zumeist ›negativer‹ Art,
 das heißt, sie sagen eher etwas darüber aus, was nicht sein soll – als
 darüber, was man wann und wie machen will. Ein *demokratischer*
Sozialismus ist dann also kein autoritärer Sozialismus, wie ihn der so-
 genannte Realsozialismus hervorgebracht hat. Es kann nicht um die
 Umgestaltung der heutigen Gesellschaft über eine Verstaatlichung der
 Produktionsmittel gehen. Die führende Kraft einer solchen Umwäl-
 zung kann nicht mehr das Proletariat sein und erst recht keine kom-
 munistische Partei neuen Typs. Das letztendliche Ziel ist kein egalitä-
 rer, gleichmacherischer Kommunismus, sondern eine Gesellschaft, in
 der die bisherigen Entwicklungsschritte der Menschheit aufbe-
 wahrt und fortgeführt werden. Schutz der Natur, Gleichberechtigung
 und Schutz von Minderheiten, Sicherung der sozialen Grundrechte in
 Verbindung mit den sogenannten individuellen Menschenrechten lassen
 sich wiederum *positiv* fordern – all dies in deutlicher Unterscheidung
 von den zumeist unzureichenden Ausprägungen oder gar Verletzungen
 dieser Prinzipien im ›realen Sozialismus‹. Und interessanterweise
 führt die positive Forderung nach einer untrennbaren Verknüpfung von
 Gleichheit und Freiheit bereits in der PDS zu Debatten und es gibt
 Gruppen, die darin eine Verletzung des Anspruches der Linken er-
 blicken wollen, die Verfechter der Gleichheit unter den Menschen zu
 sein.⁹ Man müßte beziehungsweise könnte dann also bei der abstrakt
 gehaltenen Forderung nach einer Einheit von Gleichheit und Freiheit
 stehen bleiben und könnte sich dabei immer noch ausreichend von
 sozialliberalen Freiheitsentwürfen wie auch vom sozialdemokrati-
 schen ›Fairneß-Konzept‹ abgrenzen.

Wichtig ist jedoch, daß man sieht und akzeptiert, daß die eigentli-
 chen Probleme dort beginnen, wo es darum geht, diese abstrakten Be-
 stimmungen zu konkretisieren. Bei abstrakten Konsensbestimmungen
 kann man auf Dauer nicht stehen bleiben – auch nicht in einem Partei-
 programm. Wie weit man eine solche Konkretisierung und gegebenen-
 falls Offenlegung von Pluralität in einem solchen Programm treibt, ist
 ›Verhandlungssache‹, wobei auch taktische Optionen zu berücksichti-
 gen sind. Eine solche Konkretisierung ist immer mit wachsender Kom-

9 Vgl. dazu Uwe-Jens Heuer und Klaus Höpcke: Die Akzente nicht ungleichwertig setzen! In: Neues Deutschland, vom 13. Juli 2001; und dagegen Matthias Gärtner: Enge Verknüpfung von Freiheit und Sozialismus, in: ebenda.

plexität des betrachteten Gegenstandes, mit der Aufnahme von Wissen aus benachbarten Gebieten, mit der Berücksichtigung historischer Dimensionen und der in Frage kommenden historischen Subjekte zur Realisierung der genannten Zielstellungen verbunden.

Die hier interessierende theoretische Fragestellung ist nun die, ob es jeweils immer nur *eine* und einzig *wahre* oder richtige oder vernünftige oder praktikable Konkretisierung geben kann und muß. Die Ingenieurwissenschaften und andere ›angewandte‹ wissenschaftliche Disziplinen belegen, daß es deren jeweils mehrere geben kann, zwischen denen nicht nach dem klassischen Schema wahr/falsch zu entscheiden ist. Verschiedene Anwendungen sind auf der Grundlage identischer (physikalischer) Gesetze und technischer Prinzipien möglich, wobei deren Bewertung dann zum Beispiel nach politischen, ökonomischen, ergonomischen, ökologischen und ethischen Parametern und Werten erfolgen kann. Ob es sich bei den verschiedenen Konkretisierungen selber auch um speziellere theoretische Gebilde oder nur um Anwendungen von Theorien handelt, ist übrigens immer noch umstritten.

In den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften ist das sicher noch komplizierter, aber auch hier gilt es, eine Verbindung von Theoretischem und Praktischem herzustellen, wogegen es ›unmarxistisch‹ ist, die Theorie in ihrer Absonderung von der historisch-konkreten Praxis rein und unveränderlich darstellen zu wollen. Gerade jene Verknüpfung ist es, die den Marxismus von traditioneller Philosophie und Gesellschaftswissenschaft unterschied und unterscheidet.

Auf der Suche nach einem Konsens: der Sozialismus-Begriff

Es gibt wenigstens zwei Problemfelder, wo – bevor man über Pluralität nachdenkt – bestimmte Prämissen zu klären wären, um einen denkmöglichen Konsens nicht zu eng und zu abstrakt werden zu lassen. Das ist einmal die Kapitalismus/Sozialismus-Problematik, und zum anderen die Frage nach der Bewertung der Geschichte des ›realen Sozialismus‹.

Interessanterweise wissen wir nicht so recht, in was für einer Gesellschaft wir leben, und wir wissen auch nicht so genau, in was für einer Gesellschaft die DDR-Bürger bis zur Wende gelebt haben. Hatten wir damals *Sozialismus*, haben wir heute *Kapitalismus*? Die Diskussionen, die unter anderem im *Neuen Deutschland* um den Sinn einer antikapitalistischen politischen Stoßrichtung in der Arbeit der PDS geführt werden, machen deutlich, wie wichtig diese Fragen sind. Leider scheint sich die Debatte im Kreise zu drehen – Fortschritte sind kaum sichtbar. Das liegt daran, daß wir glauben, eine erschöpfende Erklärung einer beliebigen Sache zu haben, wenn es uns gelingt, deren wesentliche Eigenschaft zu bestimmen. Herrschaft des Kapitals, Dominanz der Kapitallogik und des Marktes – das ist Kapitalismus. Und dann ist also diese Gesellschaft kapitalistisch, und wer diese Gesellschaft grundlegend verändern will, muß antikapitalistisch sein. Bezogen auf den Aspekt Dominanz der Kapitallogik ist das auch in Ordnung; freilich ist damit noch nichts darüber gesagt, wie diese Dominanz bekämpft beziehungsweise wie sie durch eine Entgegensetzung politischer Mechanismen eingeschränkt und ›gezähmt‹ werden soll. Wenn daraus von Gegnern der PDS eine Ablehnung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland konstruiert wird, liegt hier

eine Verwechslung vor, die freilich auch bei Linken vorkommt: Eine, wengleich wesentliche Eigenschaft wird für das Ganze genommen und die Veränderung dieser Gesellschaft auf die Beseitigung dieser Eigenschaft reduziert. Daß das im ›realen Sozialismus‹ nicht funktioniert hat, sollte ein wichtiges Argument dafür sein, die ›anderen‹ Eigenschaften der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft, speziell das bisher erreichte Maß an politischer Freiheit nicht geringer zu schätzen, als dies bei aller richtiger Kritik an deren Mechanismen, an ihren Defiziten und Einschränkungen gerechtfertigt ist.

Daraus ist im Umkehrschluß auch etwas zum ›Sozialismus‹-Begriff ableitbar: Die Verstaatlichung von Eigentum als zudem noch sehr unvollkommene Form von Vergesellschaftung reicht nicht aus, um dieser Gesellschaft insgesamt das Prädikat *sozialistisch* zuzuerkennen. Sozialismus kann nur als demokratischer Sozialismus real werden. Egal, wie man es nennt – zivilisatorische Errungenschaften, Freiheitsgüter, individuelle und politische Menschenrechte, es hat wenig Sinn, sie sozialen Menschenrechten, etwa dem Anspruch auf Arbeit oder soziale Gleichheit konfrontativ gegenüberzustellen. Letztendlich ist Gleichheit nur unter der Bedingung von Freiheit realisierbar. Und die Kritiker einer solchen Gleichrangigkeit könnten gefragt werden, ob der Sozialismus an zuviel Gleichheit oder zuviel Freiheit zugrunde gegangen ist?

Der Behauptung, wir hätten gar keinen Sozialismus gehabt – dem werden viele Aktivisten der sozialistischen Bewegung nicht zustimmen können. Tatsächlich haben viele wie Sozialisten gekämpft, gearbeitet und gelebt, auch ihre Gesundheit und ihr Leben für eine sozialistische Sache geopfert. Nun einfach zu sagen, sie seien einem Irrtum erlegen oder einem Betrug aufgesessen, ist mechanistisch und oberflächlich gedacht. Innerhalb des durch den Start der sozialistischen Bewegung, sagen wir hier: dem *Kommunistischen Manifest* und der Oktoberrevolution von 1917 und der durch das internationale Kräfteverhältnis gegebenen Rahmens haben sich in den sozialistischen Ländern – zum Teil auch gerade gegen Dogmatismus und Personenkult – Strukturen und Beziehungen zwischen Menschen herausgebildet, die als sozialistische gedacht und auch erlebt worden sind. Auch das hat etwas mit der Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Bereiche zu tun, und – wenn man so will – es gab eben in der DDR nicht nur nichtsozialistische Nischen. Jenes sozialistische Bewußtsein konnte zwar die internationalen Bedingungen und auch die Herrschaft des Apparates nicht aufheben, aber es wurde in seiner Gesamtheit und erst recht in seinen individuellen Ausprägungen nicht direkt durch jene Bedingungen determiniert.

So ist erklärbar, wieso Tausende von Mitgliedern der späteren SED die Vereinigung von KPD und SPD nicht als Zwangsvereinigung erlebt haben, es ist erklärbar, wieso bei aller Plandiktatur und Plandiskussion in sozialistischen Betrieben mehr an Mitbestimmung erlebt worden ist als heute in ostdeutschen Betrieben. Und nicht zuletzt ist es nur so erklärbar, wieso Millionen den Marxismus-Leninismus als wissenschaftliche Weltanschauung ernst- und angenommen haben. Gleichzeitig ist zumindest an der Basis diese Situation auch immer als widersprüchliche empfunden worden und damit als veränderbar, entwicklungsfähig.

Auch hier haben wir es also mit dem Problem zu tun, Gesellschaften nicht einfach und nur von ihrem Grundmerkmal her zu definieren und zu erklären. Das gilt für den *Sozialismus* wie für den *Kapitalismus* gleichermaßen.

In diesem Zusammenhang taucht natürlich auch die Frage nach den Vorzügen des Sozialismus auf. In einer detaillierten Besprechung von Uli Schölers Buch *Ein Gespenst verschwand in Europa* (Bonn 1999) durch Reinhard Mocek wird auch diese Frage berührt.¹⁰ Schöler hatte gemeint, es habe solche Vorzüge im eigentlichen Sinne nicht gegeben, da sie sämtlich mit Nachteilen und grundlegenden Defiziten gekoppelt waren und damit quasi ›aufgehoben‹ worden seien. Während er die untrennbare Verbindung von Vorzügen und Defiziten betont (jeder Vorzug ist mit Nachteilen erkaufte worden), will Mocek eine solche enge Verbindung nicht gelten lassen. Letzterer nennt wenigstens fünf Vorzüge, beginnend mit fehlender Arbeitslosigkeit bis hin zur verbreiteten Berufstätigkeit der Frauen in der DDR. Für Mocek ist dabei die enge Verknüpfung von sozialer Sicherheit und politischer Entmündigung nicht nachvollziehbar und ein entsprechender logischer Zusammenhang existiert nicht. Gleichzeitig vermisst Mocek in Schölers Argumentation den Nachweis entsprechender kausaler Zusammenhänge.

Hier scheint Mocek einem Mißverständnis aufzusitzen, wenn er den entsprechenden logischen Zusammenhang auch noch kausal unter setzt sehen will. Einfach lineare Kausalzusammenhänge kann man in der Gesellschaft sowieso nicht finden. Wenn es denn unbedingt um Kausalität gehen soll, so könnte man sagen: Es sind die sozialistischen Produktions- wie Machtverhältnisse, die jene soziale Sicherheit und jene politische Entmündigung gleichzeitig hervorgebracht, also verursacht haben, wobei sich Sicherheit und Entmündigung dann wiederum gegenseitig bedingen, also durchaus auch in einen logisch-theoretischen Zusammenhang gebracht werden können.¹¹

Schon zu DDR-Zeiten hat Herbert Hörz diese Zusammenhänge mit dem Ausdruck *Nachteile der Vorzüge* bezeichnet und damit auch sichtbar gemacht, daß es sich nicht einfach um zwei verschiedene, nicht direkt aufeinander bezogene Faktorengruppen handelt. Es sind Nachteile der Vorzüge, sozusagen die Kehrseite der Medaille, also auch nicht etwas, das auch fehlen könnte, wenn man es nur geschickter anstellte.

Ich habe bisher eigentlich auch eher die strenge Kopplung von Vorzügen und Defiziten gesehen: soziale Sicherheit auf Kosten individueller Verantwortung und Freiheit, Friedenssicherung durch Mauerbau, Vollbeschäftigung durch mangelnde Produktivität und ähnliches. Diese Kopplung dürfte auch unbestritten sein. Will man jetzt diese Kopplung relativieren, so ergeben sich dafür verschiedene Möglichkeiten. So kann man auf die lange historische Etappe des ›Realsozialismus‹ reflektieren und seine grundlegenden politischen, ökonomischen und kulturellen Ordnungsprinzipien in Rechnung stellen. Zwar enthielten diese kaum echte reformerische Korrekturmechanismen hinsichtlich einer Beseitigung der Defizite, aber sie ermöglichten immerhin die Ausprägung bestimmter sozialer Vorzüge. Sie gewannen auf diese Weise eine positive Bedeutung: wenigstens sie wurden hier realisiert (im Unterschied zur kapitalistischen und früheren ›Dritten Welt‹) und es ist heute immer noch ein Rätsel, wie man solche Ergebnisse in globaler Hinsicht wenigstens annähernd ohne die realsozialistischen Defizite realisieren könnte.

10 Vgl. Reinhard Mocek: Auf dem Wege zu einer Neuvermessung des Gesellschaftlichen. Anmerkungen zu Uli Schölers Rückgriff auf Marx, in: UTOPIE kreativ, Nr. 123 (Januar 2001), S. 66-73.

11 Um das andere Beispiel zu nehmen: Natürlich hat die kostenfreie Gesundheitsfürsorge nicht die Vorteile höherer Funktionen bei der Medikation im eigentlichen Sinne hervorgebracht. Aber auch hier war es wieder das Selbstverständnis von Partei und Staat, das dazu führte, daß Spitzenleute, weil sie nicht entsprechend höher bezahlt wurden, bevorzugt behandelt wurden. In der kapitalistischen Gesellschaft verdienen entsprechende Politiker so viel, daß sie die besten Medikamente selber bezahlen können.

Man könnte auch zu zeigen suchen, daß jene Defizite aus schlechter Politik hervorgegangen sind, die Vorzüge dagegen systemimmanent waren. Mit dieser Interpretation haben wir uns nicht nur einmal selber geholfen und wohl auch betrogen: Es gibt nichts, was man nicht noch besser machen könnte, auch den Sozialismus selber. Damit blieb die Hoffnung, eines Tages die Vorzüge ohne jene Defizite haben zu können. Letztendlich erwies sich diese Interpretation jedoch als falsch und sogar als kontraproduktiv, weil sie nicht ausreichend auf wirkliche qualitative soziale und politische Veränderungen orientierte (etwa: Demokratie in der Gesellschaft, Demokratie in der SED selber). Schließlich könnte man auch verschiedene sozialistische Staaten miteinander vergleichen und dann bestimmte Unterschiede ausmachen, so daß es vorstellbar ist, daß bei prinzipiell gleichen Defiziten die Vorzüge unterschiedlich ausgeprägt waren. (Mocek verweist dabei auf die Gewährleistung von Vollbeschäftigung in der DDR gegenüber der UdSSR). Das Beispiel Ungarn zeigt jedoch auch (nur jetzt in anderer Richtung), daß Freizügigkeit und soziale Sicherheit nicht gleichzeitig zu haben waren.

Alle diese Argumentationen machen erneut deutlich: Man muß unterscheiden zwischen einer nachträglichen Bewertung des ›Realsozialismus‹ aus heutiger Sicht und einer hermeneutischen Reflektion auf die im ›Realsozialismus‹ wirklich vorhandenen gesellschaftlichen Strukturen wie individuelle Lebensläufe und die damalige Selbstinterpretation von DDR-Bürgern, sofern sie sich für diese Gesellschaftsform engagierten.

Aus heutiger Sicht mag das ganze Projekt Sozialismus von Anfang an als verfehlt erscheinen – und für eine solche Behauptung gibt es gute Gründe. Die Formulierung im Parteiprogramm von 1993, der Sozialismus in der DDR sei nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen, müßte deshalb durch eine Aussage darüber ergänzt werden, unter welchen (anderen) Bedingungen, unter welchen früheren oder späteren ›Weichenstellungen‹ eine zum Sieg führende sozialistische Entwicklung hätte erfolgen können.

Die gegenwärtige Debatte um die sogenannten Entschuldigungen krankt nämlich auch an einer Einengung und Linearisierung unserer Interpretation von Geschichte. Die Auffassung, im August 1961 habe es keine vernünftige Alternative zum Mauerbau gegeben und auch die Westmächte hätten ihren gehörigen Anteil daran (durch ihre vorangegangene Berlin-Politik und durch die Entscheidung Kennedys) – so richtig sie auf diesen Zeitpunkt bezogen auch ist –, vergißt zunächst *zum einen*, daß es damals natürlich nicht nur um die Erhaltung des Friedens ging, sondern genauso um die Rettung des sozialistischen Systems in der DDR. Daß ein Schritt wie der Mauerbau dazu notwendig geworden war, weist auf enorme strukturelle Defizite des ›realen Sozialismus‹ hin und entsprach natürlich dem damaligen Konzept und Kalkül beider Seiten im Rahmen des Kalten Krieges. *Zum anderen* wird damit eine Geschichtstheorie angewandt, die nur scheinbar marxistisch ist und die unterstellt, es hätte historisch unbedingt zu jener Alternative *Krieg oder Mauer* kommen müssen. Es wird nicht berücksichtigt, daß vorangegangene Entscheidungen, zum Beispiel in den Jahren 1946, 1952, 1953 und sicher auch schon 1945, entscheidende Weichenstellungen für das Jahr 1961 dargestellt haben. Über-

haupt müssen wir uns von quasi objektivistisch-fatalistischen Geschichtstheorien lösen, die lange Zeit als marxistisch (-leninistisch) galten und die von einer Unausweichlichkeit des Sieges des Sozialismus im Weltmaßstab ausgingen und die Gestaltungsmöglichkeiten von Politik nicht hinreichend in das Bild von den gesellschaftlichen Gesetzen integrierten.

Wie läßt sich faktische Pluralität theoretisch und methodologisch denken und entwickeln?

Vom traditionellen marxistischen Wahrheitsverständnis her kann es eigentlich keine Pluralität, und schon gar nicht im Marxismus, geben. Auch ein Bezug auf die sogenannte Relativität der Wahrheit hilft nicht wesentlich weiter, weil hier zunächst auch immer nur an *eine* Abbildungsmöglichkeit gedacht wird, die nur nicht zu jedem Zeitpunkt in absoluter Klarheit vorliegen kann.

Wenn Pluralität etwas sein soll, daß jenseits dieser zu einfachen Abbildkonstruktion existieren und gedacht werden kann, dann benötigen wir einen anderen Ausgangspunkt. Das ist offensichtlich das Abbildkonzept selber.¹² Dieses Konzept müßte wenigstens *zwei grundlegende Aspekte* enthalten. Die Vorstellung von Theorieentwicklung als Konkretisierung sowie die Integration praktischer Bedürfnisse in die Theorieentwicklung, und nicht nur deren Separation auf Anwendungsfälle der Theorie. Verschiedene Modelle im Marxismus beziehungsweise verschiedene Marxismen sind dann denkbar als Konkretisierung in unterschiedliche (theoretische) Richtungen und auf unterschiedlichen Ebenen einerseits und als Implementation verschiedener praktischer Bedürfnisse verschiedener sozialer Akteure in verschiedenen zeitlichen Horizonten andererseits.

Man kann davon ausgehen, daß niemand die eigentlich gewünschte Komplexität in der von ihm entwickelten Theorie adäquat erfassen kann (die doch eigentlich wünschenswerte sogenannte Allseitigkeit in der Betrachtung). Deshalb muß man sich in der Realität mit der Bevorzugung bestimmter Parameter, die dann für die Theoriebildung entscheidend strukturbildend werden, behelfen. Die Konsequenz ist, daß andere Parameter nur unzureichend berücksichtigt werden können. Das ist aber offensichtlich nicht einfach nur ein Mangel in Theoriebildungen, sondern eine entscheidende Voraussetzung, überhaupt etwas erkennen zu können.

Aber es bleibt offen, wie sich dann im Marxismus verschiedene Konzepte beziehungsweise wie sich verschiedene Marxismen außer durch den Rekurs auf abstrakte Ausgangsbedingungen aufeinander beziehen lassen. Hier gibt es entscheidende Defizite in der gesellschaftswissenschaftlichen Wissenschaftstheorie, die wohl auch damit zusammenhängen, daß wir über die von *Haug* geforderte neue philosophische Logik des Marxismus noch nicht verfügen.

Man könnte versuchen, das Prinzip der Komplementarität auch in der Gesellschaftswissenschaft anzuwenden – analog zur Komplementarität von Welle und Teilchen in der Mikrophysik oder der Beziehung von Ganzem und Teil in der Biologie und den dafür »zuständigen« Forschungsrichtungen. Haben wir vielleicht eine Komplementarität von Gleichheit und Freiheit beziehungsweise den entsprechenden Kategorien, und sind zwei verschiedene marxistische Theorien möglich,

12 Hier liegt nur scheinbar ein Zirkel vor; gegen das naive Abbildkonzept gibt es derart viele Einwände, daß es gerechtfertigt ist, nach einer Alternative zu suchen.

die von je einer Kategorie ausgehen? Also vereinfacht gesagt: Je mehr auf Gleichheit reflektiert wird, um so weniger ist die Freiheit theoretisch faßbar – und umgekehrt?¹³

Das Thema Komplementarität ist bisher wissenschaftstheoretisch nicht sehr detailliert ausgearbeitet worden. Eine Ausnahme bildet allein die Arbeit von *Manfred Wetzel*, der eine Parallele von einer zyklischen Komplementarität unterscheidet.¹⁴ Es geht dann nicht mehr um ein einfaches entweder/oder, sondern um eine Verbindung von sowohl/als auch und entweder/oder. In einer dialektischen Sprache könnte man das auch Negation der Negation nennen: Die erste Negation ist die Aufspaltung des Einheitlichen in seine Gegensätze, und die zweite Negation spiegelt den einen Gegensatz im anderen und erzeugt damit eine relativ gute Darstellung des Ganzen.

Das würde im Beispiel von Freiheit und Gleichheit bedeuten, daß wir anerkennen, beide Begriffe entstehen nur, indem wir eine ganzheitliche Wirklichkeit auseinanderreißen, in der beide Kategorien (irgendwie, theoretisch hier noch unbestimmt) zusammengehören. Dabei ist es möglich, die eine oder die andere Kategorie in das Zentrum der auszuarbeitenden Theorie zu stellen. Damit die dabei entstehende Konstruktion nicht tatsächlich einseitig und falsch wird, muß in einem nächsten Schritt diese Einseitigkeit aufgehoben werden. Das kann man zeigen, wenn es gelingt, die Möglichkeit der Existenz von Freiheit theoretisch an die Existenz von Gleichheit oder beziehungsweise die Möglichkeit der Existenz von Gleichheit an die Existenz von Freiheit zu koppeln. Es ist durchaus nicht so, daß die beiden entstehenden Theorien dann identisch werden. Sie besitzen je einen anderen Zentralbegriff. Auch werden sich beide Theorien auf unterschiedliche historische Situationen und Akteure beziehen können. Sicher ist es die Freiheit, die den Menschen vom Tier unterscheidet – und nicht die Gleichheit. In einer Zeit wie der heutigen, in der die Freiheitsgüter so unterschiedlich verteilt sind, kann dagegen die Forderung nach Gleichheit dominant sein.

Ähnliche unterschiedliche Theorieansätze wären dann zum Beispiel hinsichtlich des Verhältnisses von Ökonomie und Politik, von objektivem Gesetz und subjektivem Handeln, von Kapitallogik und Zivilgesellschaft usw. denkbar. Dabei kann man immer darauf hin arbeiten, solche verschiedenen Theorieansätze in einem immer komplexeren Modell zu verknüpfen.

Die bisher als dialektisch anerkannte Methode glaubte, beide Teilmodelle eines komplexen Gebildes exakt und vom Stellenwert her gleichermaßen in einer Theorie erfassen zu können. Von dieser Vorstellung werden wir uns wohl lösen müssen. Gelingt uns das, so müssen wir uns weder innerhalb der PDS von jemandem trennen noch unsere Probleme einfach zudeckeln.

13 Im Prinzip ließe sich hier der Begriff des dialektischen Widerspruchs unterbringen. Man muß dabei aber bedenken, daß man in den Natur- und Technikwissenschaften ohne diesen Terminus auskommt, beziehungsweise daß die Verwendung des Widerspruchsbegriffs in der Physik bereits eine bestimmte philosophische Interpretation ist. Ob das in der Gesellschaft wirklich so ganz anders ist, wäre weiter zu diskutieren.

14 Vgl. Manfred Wetzel: *Dialektik als Ontologie auf der Basis selbstreflexiver Erkenntniskritik*, Freiburg und München 1986.

RUDOLF LUDLOFF

Die produktiven Kräfte des Kapitalismus und das Programm der PDS

Rudolf Ludloff – Jg. 1927; Prof. Dr., stammt aus einer 1945 enteigneten Familie von Großagrariern, lehrte in Jena von 1951-55 Politische Ökonomie und später Wirtschaftsgeschichte, in Karl-Marx-Stadt/Chemnitz von 1961-1969 Geschichte der Technik, 1970/71 Wissenschaftlichen Sozialismus und von 1972-1993 wieder Wirtschaftsgeschichte.

Geht man von einer marxistischen Sicht auf die Geschichte und ihre Epochen aus, so bilden die *gesellschaftlichen Produktivkräfte* das revolutionäre, vorwärtstreibende Element. Ausgerechnet in dieser, für eine Prognose über künftige Gesellschaft offensichtlich bedeutsamen Frage scheint es aber – wenn man dem anregenden Beitrag von *Dietmar Wittich* in *UTOPIE kreativ*, Nr. 128 (Juni 2001) folgt – konfuse Vorstellungen zu geben. Das allerdings wäre nicht verwunderlich. Es ginge dabei eindeutig um eine Erblast stalinistischen Denkens. Der Diktator selbst ließ die führenden Wissenschaftler, die sich in der jungen Sowjetunion mit der Geschichte der Produktivkräfte befaßten, kurzerhand umbringen, wie vor einiger Zeit in *UTOPIE kreativ* zu erfahren war. In der DDR gehörte die Wirtschaftsgeschichte nicht einmal zum gesicherten Bestand der Ausbildung von marxistischen Historikern. Die sehr lange, nur beiläufig betriebene, lediglich aus privater Initiative erwachsene Beschäftigung speziell mit der Geschichte der Produktivkräfte wurde hier zwar nicht blutig, aber ebenfalls schamlos unterdrückt, sobald sie zu Ergebnissen kam, die dem herrschenden Regime nicht ins Konzept paßten, mochten sie für den sozialistischen Versuch noch so wichtig sein.

Die Produktivkräfte in ihre Komplexität verstehen

Das brisanteste Problem bestand darin, wie die gesellschaftlichen Antriebe der Produktivkraftentwicklung in ihrer Wirksamkeit im Kapitalismus verstanden wurden und werden. Hier liegt aus meiner Sicht auch der Schlüssel für ein brauchbares Programm einer Partei wie der PDS. Geht es doch beim Sozialismus, was immer im einzelnen darunter verstanden werden mag, vor allem darum, die Entfaltung der produktiven Kräfte der Gesellschaft zu optimieren. Und das, so meinen manche Linke, sei an wenigstens teilweise gesellschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln gebunden.

Die Anerkennung von Profitstreben und Konkurrenz als erstrangige Triebkräfte im Kapitalismus versteht sich von selbst. Beide sind zu beachten, auch wenn sie im folgenden Text nicht weiter erörtert werden. Daneben nahm *Marx* aber schon seit den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts das Ringen der Arbeiter um die Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen als in bestimmter Hinsicht noch wirksameren Faktor wahr. Am ausführlichsten äußerte er sich dazu im ersten Band seines Hauptwerkes. »Sobald die allmählich anschwellende Empörung der Arbeiterklasse den Staat zwang, die Arbeitszeit gewaltsam zu verkürzen und zunächst der eigentlichen Fabrik einen Normalarbeitstag

»Gesellschaftliche Antriebe der Produktivkraftentwicklung im Kapitalismus«

zu diktieren, von diesem Augenblick also, wo gesteigerte Produktion von Mehrwert durch Verlängerung des Arbeitstags ein für allemal abgeschnitten war, warf sich das Kapital mit aller Macht und vollem Bewußtsein auf die Produktion von relativem Mehrwert durch beschleunigte Entwicklung des Maschinensystems« (Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, in: MEW, Bd. 23: 432). Und ein paar Seiten weiter heißt es: »Man könnte eine ganze Geschichte der Erfindungen seit 1830 schreiben, die bloß als Kriegsmittel des Kapitals wider Arbeitermeuten ins Leben traten« (MEW, Bd. 23: 459).

Die stalinistischen Regimes hatten mit der Beseitigung des Gewinnstrebens und der Entmündigung der Gewerkschaften faktisch alle bisherigen gesellschaftlichen Triebkräfte, die gemeinsam gigantische wissenschaftlich-technische Entwicklungen hervorgebracht hatten, ausgeschaltet, ohne sie durch neue ersetzen zu können. Echte gesellschaftliche Triebkräfte wirkten in diesen Staaten nur indirekt, von außen. Entsprechend gestaltete sich ihr technisches Potential, besonders drastisch ablesbar an der späten UdSSR. Bei signifikanter Rückständigkeit in der Produktionstechnologie, bei Dienstleistungen, in Konsumgüterindustrie und Landwirtschaft verfügte sie lediglich für das Militär und benachbarte Bereiche über eine hochentwickelte Technik.

Die zitierten Aussagen von *Karl Marx* veranschaulichen, daß der gesamte Kampf der Arbeiter, soweit er den Mehrwert beschneidet, das einzelne Kapital im Konkurrenzkampf dazu zwingt, diesen Verlust durch Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit, in der wertmäßig das Äquivalent für die Arbeitseinkommen geschaffen wird, auszugleichen. Lohnerhöhungen, Beiträge zu Sozialversicherungen der Arbeiter und Angestellten, Maßnahmen für den Arbeitsschutz, die Ausschaltung besonders niedrig bezahlter Lohnarbeit und ähnliches können ebenfalls, weil sie den Mehrwert verringern, in diese Richtung wirken. Ganz gefährlich kann es für die Existenz als Unternehmer werden, wenn abhängig Beschäftigte um politische Ziele kämpfen, die den Fortbestand des Kapitalverhältnisses überhaupt in Frage stellen. Das erfordert gegebenenfalls sehr schnell entsprechende Zugeständnisse an Arbeiter und Angestellte.

Alle Formen des Kampfes der Arbeiter und Angestellten für ihre sozialen Interessen tragen im Kapitalismus außerordentlich dazu bei, die Entwicklung der Produktionstechnik im weitesten Sinn, die zunehmend naturwissenschaftlich fundiert werden mußte, zu fördern. Dieser Kampf steckt seit der industriellen Revolution sozusagen den Rahmen, das Feld ab, auf dem Profitstreben und Konkurrenz wirken.

Soziale Kämpfe als Meilensteine der Produktivkraftentwicklung

Verfolgt man die Geschichte der sozialen Kämpfe, so tritt ihre Wirkung auf die Entfaltung produktiver Kräfte offen zutage. Waren es zunächst die englischen Arbeiter, die vor allem Druck auf die Verkürzung des Arbeitstages und die Limitierung von Frauen- und Kinderarbeit ausübten, wirkte in den USA das entstehende Proletariat vor allem durch seine Knappheit. Der Mangel an Lohnarbeitern führte dort zu besonders hohen Löhnen, die die Unternehmer zu technischen Neuerungen drängten, um Arbeitskräfte einzusparen. Die Produktivkraftentwicklung auf dem europäischen Kontinent wurde insbesondere über die Konkurrenz der englischen Exporte angestoßen.

»Die Produktion des absoluten Mehrwerts dreht sich nur um die Länge des Arbeitstags; die Produktion des relativen Mehrwerts revolutioniert durch und durch die technischen Prozesse der Arbeit und die gesellschaftlichen Gruppierungen« (MEW, Bd. 23: 532 f.).«

»Der Kampf der Arbeiter und Angestellten für soziale Interessen trägt zur Produktivkraftentwicklung bei.«

»In der Heimindustrie verbreitete sich seit 1800 die Tendenz, wonach die kleinen Meister größeren Unternehmen wichen (entweder Fabrikanten oder Zwischenhändlern) und die Weber, Strumpfwirker oder Nagelschmiede mehrheitlich lohnabhängige Heimarbeiter mit mehr oder weniger unsicherer Beschäftigung wurden.« Edward P. Thompson: Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse. Erster Band, Frankfurt a.M. 1987, S. 213.

1883 Krankenversicherung,
1884 Unfallversicherung,
1889 Invaliden- und Alters-
versicherung.

In Deutschland, das für einige Zeit Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts zum Zentrum der Arbeiterbewegung wurde, erkämpften vor allem zielstrebige Gewerkschaften und die deutsche Sozialdemokratie soziale Neuerungen, die ihrerseits in andere europäische Länder ausstrahlten. Das gilt insbesondere für die unter der Führung von *August Bebel* und *Wilhelm Liebknecht* erzwungene Sozialgesetzgebung Bismarcks, deren Beiträge Arbeiter und Unternehmer gemeinsam zu fast gleichen Teilen trugen. Bis um 1900 erreichten die deutschen Arbeiter außerdem steigende Reallöhne und von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis um 1913 einen merklichen Rückgang der Arbeitszeit in der Industrie. Außerdem forderte die deutsche Arbeiterbewegung über Jahrzehnte als einzige gesellschaftliche Kraft eine Verbesserung der Volksbildung.

Parallel dazu vollzog die deutsche Industrie einen enormen Aufschwung insbesondere im Maschinenbau und in den jungen, in besonderem Maße naturwissenschaftlich fundierten Zweigen. Die deutsche elektrotechnische, feinmechanisch-optische und die chemische Großindustrie sowie der Maschinenbau erlangten nicht nur Weltgeltung, sondern Deutschland löste England, das zuvor jahrzehntelang, viele Jahre mit geradezu riesigem Vorsprung, die Hauptquelle des technischen Fortschritts gewesen war, als Vorhut bei der Entwicklung der Produktivkräfte ab.

Soziale Verbesserungen stimulieren die Entfaltung produktiver Kräfte

Marxistische Untersuchungen zum Zusammenhang zwischen dem Erkämpfen sozialer Verbesserungen und der Beschleunigung des technischen Fortschritts sind außerordentlich rar. Dafür bot offensichtlich die stalinistische Sicht der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte kaum Raum. Vom so gut wie völligen Fehlen dieses Ansatzes zeugen aus der DDR insbesondere die achtbändige *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* (1967) und, das ist besonders bedauerlich, die drei, im übrigen sehr faktenreichen Bände *Produktivkräfte in Deutschland (1800 – 1945)* (1988).

Die achtbändige Ausgabe erscheint bei allen nützlichen Aussagen aus dieser Sicht als Torso, ohne marxistische Füße, geschrieben mit einem fest verbundenen Auge. Für den Dreibänder wurde diese Fragestellung sogar grundsätzlich ausgeschlossen. Schriften, die unter der Regie der *Bundesanstalt für politische Bildung* zur Geschichte der Tarifautonomie verfaßt wurden, deuten solche Zusammenhänge schon für das 19. Jahrhundert immerhin an.

Generell weisen die folgenden Vorgänge darauf hin. Im Gegensatz zur Industrie des Landes blieb das technische Niveau der deutschen Landwirtschaft, wo es kaum effektive Kämpfe um die Verkürzung des Arbeitstages, höhere Löhne und andere soziale Fortschritte gab, hinter führenden Ländern auf diesem Gebiet – das waren damals besonders die USA – zurück. Ein Hauptziel der Mächtigen des deutschen Kaiserreiches lief zu dieser Zeit mit ihrem Streben nach Vorherrschaft in der Welt objektiv darauf hinaus, die damals noch weitgehend wehrlosen Arbeitskräfte in Kolonien auszubeuten.

In den USA wirkte der Mangel an Arbeitskräften im Verhältnis zur Nachfrage seitens der Industrie, des Verkehrswesens und auch der

Landwirtschaft noch lange weiter. Dazu kam schließlich auch dort die Aktivität von Gewerkschaften. Es ist daher kein Zufall, daß gerade die USA zum Ausgangspunkt eines wissenschaftlichen Arbeitsstudiums wurden. Diese Studien führten zum Taylor-System (der Zerlegung von manuellen Arbeiten in Einzelvorgänge, die jeweils besonderen Arbeitskräften zugewiesen wurden) und für die Montage von vielseitig zusammengesetzten Erzeugnissen unter anderem zum Ford-System mit dem Fließband als Kernstück. Im Maschinenbau begann die Ablösung des Werkstattprinzips durch die Fließfertigung. Anstatt bestimmte Arbeitsmaschinen in bestimmten Räumen (Werkstätten) aufzustellen, wurde damit begonnen, sie entsprechend der Abfolge der Arbeitsgänge bei der Herstellung der einzelnen Erzeugnisse anzuordnen.

Natürlich griff das Kapital zu diesen Mitteln, wie *Marx* das grundsätzlich gezeigt hat, um den relativen Mehrwert durch Intensivierung der Arbeit zu erhöhen und Arbeitszeit einzusparen. *Lenin* nannte das Taylor-System eine Methode »raffiniertester« Ausbeutung, sah aber zugleich seinen rationellen, generell nützlichen Kern. Aus der Sicht der Nachgeborenen ergibt sich, daß diese Arbeitsstudien und ihre ersten Folgen Ausgangspunkte wesentlicher Fortschritte der gesellschaftlichen Produktivkräfte waren. Sie führten vor allem zu zunehmend einfacheren Arbeitsgängen und so an deren Mechanisierung und spätere Automatisierung heran.

In Deutschland wurde die kapitalistische Praxis jener Arbeitsstudien relativ schlagartig nach 1918 übernommen. Den Anstoß dazu gaben die Zerrüttung der Wirtschaft im Ersten Weltkrieg, die von den Westmächten diktierten Nachteile Deutschlands auf dem kapitalistischen Weltmarkt in dieser Zeit und noch mehr die Novemberrevolution. Um angesichts des russischen Oktober von 1917 den Fortgang der Revolution in Deutschland zu verhindern, wurden im Eilverfahren längst überfällige Forderungen breiter Bevölkerungsschichten verwirklicht – vor allem wurde, und das ist im vorliegenden Zusammenhang besonders wichtig, über Nacht der von den Arbeitern seit Jahrzehnten, und inzwischen auch von Angestellten geforderte Achtstundentag gesetzlich festgeschrieben. Nun wird auch für Deutschland in den Quellen der Geschichtsschreibung der Kampf von Arbeitern und Angestellten als mächtiger Antrieb der Entwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus unmittelbar offensichtlich.

Sehr viele Unternehmen wandten sich aus existentiellen Gründen gegen die kürzere Arbeitszeit, besonders Firmen mit technisch bedingt durchgehendem Betrieb wie Hüttenwerke, wo noch zehn- und sogar zwölfstündige Schichten von Teilen der Belegschaften gefordert wurden. Nach dem Abklingen der revolutionären Nachkriegskrise fanden sie auch offiziell Gehör. Ab 1924 mußte wieder mehr als die Hälfte der deutschen Arbeiter in der Industrie »bei grundsätzlicher Beibehaltung des Achtstundentags« länger arbeiten, teilweise bis 1928, dem Vorabend von Weltwirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit. Begründet wurde dies mit technischen Neuerungen in den Betrieben, die für die kürzere Arbeitszeit erst erbracht werden mußten. Tatsächlich waren jene Jahre, insbesondere die Periode der kapitalistischen Rationalisierung von 1924 bis 1928/29, nicht nur durch mehr oder weniger ausgeklügelte Lohnsysteme gekennzeichnet, sondern ebenso durch wissenschaftlich-technische Fortschritte, die die

Frederick Winslow Taylor, 1856 - 1915, Ingenieur in den USA, Begründer der wissenschaftlichen Betriebsführung, Schriften. Shop Management 1903, The principles of scientific management 1911.

1918 Einführung der 48-Stunden-Woche.

Produktivität der Arbeit steigerten. Sie waren jetzt vor allem verbunden mit dem Siegeszug der elektrischen Antriebe, der weiteren Chemisierung, neuen Stahlsorten für eine effektivere Metallverarbeitung beim Drehen und Fräsen usw.

Alles das spricht von rasanten Fortschritten der Produktivkräfte in der ganzen Zeit des Industriekapitalismus, an deren Triebkräften die Arbeiter und mit ihrer Entstehung als soziale Schicht auch die Angestellten als selbständiger Faktor unübersehbar beteiligt waren. Sie steckten wirklich das Feld ab, auf dem Profitstreben und Konkurrenzkampf wirken. Und, das ist in der laufenden Programmdiskussion besonders beachtenswert, diese Fortschritte, gerade oder auch solche, die unmittelbar im Zusammenhang mit Forderungen und Kämpfen von Arbeitern und Angestellten durchgesetzt werden mußten, wurden mit Hilfe des bürgerlichen Staates verwirklicht, von einem wirksameren Arbeitsschutz seit 1833 in England über die Einführung des Zehn-Stunden-Tages 1847, die deutsche Sozialgesetzgebung Bismarcks bis zum Acht-Stunden-Tag in Deutschland 1918.

Nach dem Zweiten Weltkrieg fand dieser Prozeß seine Fortsetzung namentlich unter dem Eindruck des außerordentlichen Beitrags der Sowjetunion zur Befreiung Europas vom deutschen Faschismus und auch Ostasiens vom Terrorregime Japans. Dazu kam die relativ schnelle Erholung der Sowjetunion von ihren riesigen Verlusten an Menschen und ökonomischem Potential. Mit Unterstützung der Sowjetunion erreichte die nationale Befreiungsbewegung ihren Durchbruch. Das hat die Welt tiefgreifend verändert.

Daß neue gesellschaftliche Entwicklungen nach 1945 eine bisher unbekannte Schubkraft auf die Produktivkräfte ausübten, zeigt nicht nur der technologische Aufschwung Japans und der Bundesrepublik, hier ebenso nicht von ungefähr verbunden mit wesentlichen Ergebnissen gewerkschaftlicher Kämpfe. In sehr großen Teilen der übrigen Welt vollzogen sich entsprechende Wandlungen. Die in Ländern wie den USA, der BRD oder England heute sehr gern gesehene, ja umworbene Tätigkeit zehntausender Fachleute aus Indien, China oder Pakistan spricht Bände. Welch ein Aufbruch in der Welt seit der Mitte des 20. Jahrhunderts, und zwar an der Wurzel des historischen Geschehens, beim Fortschritt der Produktivkräfte.

Die produktive Wirkung destruktiver Kräfte

Mancher wird an dieser Stelle einwenden, daß die Entwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus nicht zuletzt durch Entwicklungen im militärischen Bereich vorangetrieben wird, die aus der imperialistischen Konkurrenz kapitalistischer Staaten erwachsen. Das ist wahr.

Die tiefste Ursache des modernen Militarismus besteht darin, daß mit steigender Produktivität der Arbeit vorwiegend zugunsten des relativen Mehrwerts der Anteil der notwendigen Arbeitszeit für Löhne und Gehälter an der gesamten Arbeitszeit zurückgeht. Damit geht aber zugleich der weitaus größte Teil der kaufkräftigen Nachfrage nach Angeboten für den friedlichen Bedarf im Verhältnis zum Gesamtumfang der Produktion zurück. Teile des Kapitals drängen daher verstärkt in solche Bereiche, als deren Abnehmer der von Steuern lebende Staat fungiert. Die höchsten Profite, allerdings nur für wenige Unternehmen, verspricht dabei ein Einstieg in die Rüstung.

Darin besteht die grundsätzliche, am tiefsten greifende Ursache für die heute noch immer wahnwitzig hohen Rüstungsausgaben. Solange jedoch die Produktion von zivilen Gütern den Profit sicherstellt, ist die Bedeutung der Rüstungsindustrie eher gering. In der Zeit der industriellen Revolution in England und noch lange darüber hinaus spielte die Rüstung für den technischen Fortschritt so gut wie keine Rolle. Die Erfindung des Maschinengewehrs zum Beispiel erfolgt erst viele Jahrzehnte nach der des ihm gut vergleichbaren mechanischen Webstuhls. Die Produktion und der Absatz nicht irgendwelchen Kriegsgeräts, sondern billiger Massenware, war der Hebel, mit dem das Aufkommen des Maschinenbaus in Bewegung gesetzt wurde. »Kattun« als Zauberwort der industriellen Revolution verweist zugleich auf die entscheidende Rolle der Kaufkraft der Masse der Bevölkerung im Verhältnis zum Wert der gesamten Produktion für eine nicht vom Militarismus dominierte Wirtschaft.

Billige Massenware und Kaufkraft.

Seit dem ausgehenden 19. und ganz offensichtlich im 20. Jahrhundert wurden hingegen die Rüstung, vor allem die direkte Kriegsvorbereitung und Kriege selbst zum Ausgangspunkt technischer und wissenschaftlich-technischer Neuerungen, eingeschlossen sogar das Aufkommen neuer Konsumgüter wie zum Beispiel synthetischer Faserstoffe. Auch die Anfänge des Computers oder der Beginn der Spektroskopie im Zusammenhang mit dem Bau der Atombombe gehören hierher.

Können Destruktivkräfte eingedämmt werden?

Bei der Rüstung handelt es sich demnach um einen Antrieb der Produktivkraftentwicklung, der im fortgeschrittenen Industriekapitalismus generell wirkt. Wenn dem so ist, gehört dann in das Programm der PDS nicht grundsätzlich und auf einen Vorzugsplatz die Forderung, das kapitalistische Gesellschaftssystem auszuschalten, wenigstens zu einem bestimmten Teil?

Darauf kann zunächst geantwortet werden, Arbeiter und Angestellte tragen durch ihre berufliche Tätigkeit und ihre sozialen und politischen Kämpfe im Kapitalismus objektiv wesentlich dazu bei, daß sich der Drang zur (Hoch)Rüstung verstärkt. Sollte es ihnen dann nicht auch möglich sein, die damit verbundenen Gefahren, auch Rüstungen und imperialistische Kriege, im Rahmen des Kapitalismus abzuwenden?

Möglichkeiten, beide Weltkriege dieses Jahrhunderts zu verhindern, waren durchaus gegeben. Sie bestätigen auch in der Frage Krieg oder Frieden, daß der Kampf von Arbeitern und Angestellten das Feld absteckt, auf dem Profit und Konkurrenz agieren können. Wenn ihre Organisationen allerdings versagten, hatten das ungezügelte Rüstungskapital und extrem konservative politische Kräfte die Chance, größtes Unheil heraufzubeschwören. Sie taten das in Deutschland zweimal, auch auf die Gefahr hin, das eigene Volk und sich selbst in die Katastrophe zu stürzen.

Trotz des in den industriell entwickelten Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg erneut starken relativen Rückgangs der Kaufkraft sind seitdem weitgehend neue, günstigere Bedingungen dafür entstanden, diese Auseinandersetzungen in humanere Bahnen zu lenken und zu entsprechenden Ergebnissen zu gelangen. Schon die Verhinderung eines weiteren Weltkrieges nach 1945 spricht dafür. Sie hat es zudem

Gefährdungen und Chancen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

ermöglicht, die internationale Öffentlichkeit für grundlegende soziale Ungerechtigkeiten wie das Nord-Süd-Gefälle und Gefahren wie die Umweltverschmutzung, die Verdrängung gesünderer Lebensmittel durch minderwertige gerade in entwickelten Ländern, ähnliche Vorgänge im Arzneimittelsektor und natürlich für den Rüstungswahnsinn zu sensibilisieren. Zu den positiven Ergebnissen dieses Prozesses gehören die erfolgreichen Schritte zu wirksamen Verträgen zur Begrenzung der strategischen Rüstungen zwischen der Sowjetunion/Rußland und den USA.

Daß es in Europa nicht gelang, den sogenannten realen Sozialismus von Grund auf zu reformieren, ist bedauerlich. Es gelang aber in Asien. Die Volksrepublik China muß mit der massenhaften Rückkehr privater Handwerker, Dienstleister der verschiedensten Art, Unternehmer und der Einbeziehung auch sehr großen privaten Kapitals in ihr gesellschaftliches System sowie der massenhaften Ausgabe von Kleinaktien keineswegs zum Kapitalismus zurückkehren wie das westliche Medien hilflos verkünden, schon gar nicht zu einer derart aggressiven und militanten Variante, wie sie besonders in Deutschland ausgeprägt wurde und sich heute in den USA gebärdet. Die in China seit *Deng* eingeschlagene Richtung entspricht vielmehr den hier angesprochenen Lehren der Geschichte seit der industriellen Revolution. Sie macht für die Entwicklung der Produktivkräfte des Landes alle gesellschaftlichen Triebkräfte wirksam, die seitdem gewirkt haben.

Zu dieser heute sehr wahrscheinlich hoffnungsvollsten Potenz für weitere gesellschaftliche Fortschritte kommt das selbständige Drängen der Völker und Staaten Süd- und Vorderasiens, Lateinamerikas und Afrikas, sich endlich gleichberechtigt und frei von Demütigungen und finanzieller Abhängigkeit entwickeln zu können. Das ist nur im Frieden möglich. Und dieser weltweite Aufbruch, den es in solcher Breite, Bewußtheit und auch Organisiertheit bisher nicht gegeben hat, besitzt alle Voraussetzungen dafür, sich weiter durchzusetzen.

Programmatisches Fazit

Der PDS muß es an ihrem Platz vor allem darum gehen, namhaft zu sozialen, kulturellen und zivilisatorischen Fortschritten und zum Frieden in der Welt beizutragen. Alle diese Ziele sind nicht voneinander zu trennen. In der Bundesrepublik bedarf es dazu keiner neuen Verfassung. Vielmehr geht es hier darum, die vorhandene zu verteidigen und ihre konsequente Einhaltung insbesondere gegen politische Gesetzesbrecher und Rüstungsprofiteure durchzusetzen. Diese Verfassung gibt auch genügend Spielraum dafür, Kapital und Arbeitskräfte, die für das allgemeine Wohl nicht nur sinnlos, sondern regelrecht unmenschlich zur Produktion von Rüstungen eingesetzt sind, in gesellschaftlich nützliche Bereiche umzuleiten, selbst im Interesse der Eigner solchen Kapitals. Nur muß beharrlich darum gerungen und wenn nötig gekämpft werden! Das lehrt die ganze Geschichte des so hoffnungsvoll und so mörderisch abgelaufenen 20. Jahrhunderts. Wissen über die angesprochenen Zusammenhänge gehört zweifellos zu den Voraussetzungen dafür zu verhindern, daß der zunehmend gewaltigere Strom produktiver Potenzen immer wieder fehlgeleitet wird und bei vermeintlich passenden Gelegenheiten verheerend über die Ufer tritt.

»... wenn die Menschen kein Ideal einer besseren Welt haben, dann entgeht ihnen etwas. Wenn das einzige Ideal für Männer und Frauen im Streben nach persönlichem Glück durch Erlangung materieller Werte besteht, dann ist die Menschheit eine reduzierte Spezies.«

Eric Hobsbawm: Das Gesicht des 21. Jahrhunderts. München, Wien 2000, S. 215.

HORST MÜLLER

Die Staatsquote und Transformationstendenzen in Wirtschaft und Gesellschaft

Vorbemerkungen

Die folgende Skizze wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklungen von der Mitte des 19. bis zum ausgehenden 20. Jahrhundert und die anschließende Diskussion zur Staats- oder Sozialquote, in der sich die entscheidenden Veränderungen des historischen Szenarios reflektieren, soll belegen, daß wir es mit einer geschichtlich neuen Konstellation von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft zu tun haben. Es soll ein innerer Formwandel der gesellschaftlichen Praxis greifbarer werden, der sich herkömmlichen – und durchaus nicht nur den bürgerlichen – Denkschemata entzieht: In der Hauptströmung der aktuellen Systemkritik wird ein subsumtions- oder totalisierungstheoretischer Ansatz kultiviert, dem zufolge der Kapitalismus im Laufe seiner Geschichte, durch die Entwicklungsphasen vom Konkurrenzkapitalismus über einen staatsmonopolistischen Kapitalismus bis zu einem sich abzeichnenden Postfordismus, immer mehr zur gesellschaftlichen Totalität, ja zum Weltsystem schlechthin wird. Nun hat sich aber der moderne Staat zu einer Transferagentur entwickelt, die einen Großteil der gesellschaftlich geschaffenen Werte in eine genuin nichtkapitalistische, ›sozialwirtschaftliche‹ Reproduktionssphäre vermittelt. Diese Konfiguration fordert neu ansetzende Praxisanalysen heraus. In diesem Sinne zielen die nachfolgenden empirisch-historischen Untersuchungen darauf, den transformationstheoretischen Ansatz zu einer ›Theorie der Sozialwirtschaft‹ weiter zu vertiefen und zu erhärten. Dabei liegt der Bezug zu den aktuellen Diskussionen über die Zukunft des Sozialstaats, die volkswirtschaftliche Bedeutung des Dritten Sektors, der Non-Profit-Organisationen oder der Care-Ökonomie auf der Hand.

Die kapitalistische Entwicklung bis zum ausgehenden 19. Jahrhundert

Im 19. Jahrhundert setzten sich – mit Phasen- und Akzentverschiebungen zwischen den europäischen Kernländern – die neuen kapitalistischen Verhältnisse gegen überlebte feudale Strukturen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft endgültig durch. Treibendes Element war der Siegeszug der industriekapitalistischen Warenproduktion, die ihren Vorreiter seit etwa 1820 in der englischen Industrie hatte. Im Zusammenhang damit stellte sich auch jene prekäre Soziallage der Arbeiterbevölkerung ein, die Engels einst so drastisch beschrieben hat. Im Zusammenhang mit dieser Wirtschafts- und Sozialgeschichte stehen bürgerlich-demokratische Umwälzungen, deren Leuchtfeuer



Horst Müller – Jg. 1945; Dr. phil., Sozialinformatiker in Nürnberg, studierte Wirtschaftswissenschaften, Philosophie, Soziologie und Politik, war viele Jahre im Sprecherrat der Ernst-Bloch-Assoziation; Veröffentlichungen: »Praxis und Hoffnung. Studien zur Philosophie und Wissenschaft gesellschaftlicher Praxis von Marx bis Bloch und Lefebvre«, zahlreiche Beiträge zu sozialphilosophischen, wissenschaftstheoretischen und politisch-ökonomischen Themen mit den Schwerpunkten Praxis-konzept und Sozialwirtschaft, aktuell: »Bloch, Kofler und das Konzept einer utopisch-kritischen Wissenschaft gesellschaftlicher Praxis«.

Die traditionelle Kapital- und Krisentheorie geht davon aus, daß die kapitalwirtschaftliche Form, im Durchlaufen verschiedener Phasen einer historischen Transformation, nach und nach alle ökonomischen Bereiche durchdringt und alle gesellschaftlichen Verhältnisse unter ihre Gebote subsumiert, ja zu einer globalen Totalität wird. Nun ging zwar Marx davon aus, daß der Kapitalwirtschaft eine solche Tendenz innewohnt. Es lag ihm aber fern, einen unreflektierten, eindimensionalen Totalitätsbegriff von Kapitalismus zu verwenden. Seine dialektische Gesellschaftsanalyse zielte wesentlich und entscheidend darauf, gleichzeitig eingang gesetzte innere Veränderungsprozesse aufzuspüren, in denen sich die schwierige Geburt einer höheren Formation vorbereitet – »alle Reproduktion ist zugleich notwendig Neuproduktion und Destruktion der alten Form«, und alle Sprengversuche wären »Don-Quichotterie«, wenn sich nicht hinreichende Potentiale und Formelemente einer neuen Sozialität im Schoße der alten bereits vorbereitet hätten: Die kapitalistische Gesellschaft gilt daher für Marx stets als eine Übergangsgesellschaft.

Zum Ansatz einer Theorie der Sozialwirtschaft siehe vor allem die Artikelfolge »Kapitalwirtschaft und Sozialwirtschaft« in *UTOPIE kreativ*, Nr. 47/48 und Nr. 50 (1994) sowie die Aufsätze im *VorSchein* Nr. 15 (1996) und Nr. 18/19 (2000). Eine Kurzfassung enthält »Sozialwirtschaft als Alternative zur Kapitalwirtschaft«, in: *Forum Sozialpolitik*, Zeitschrift der AG SPAK, Nr. 78/79 (März 2000), S. 80-85.

die französische Revolution 1798 war und in deren Richtung nun zunehmend auch die Bewegungen der anwachsenden Arbeiterklasse drängten.

Das Jahr 1895 gilt *Wehler* zufolge als eine »Wasserscheide zwischen zwei Epochen in der Sozialgeschichte des Kapitalismus«. Nun setzte auf der Grundlage der bereits gesamtwirtschaftlich dominierenden Kapitalwirtschaft in den Jahren bis 1913 auf breiter Front eine Periode der national- und weltwirtschaftlichen Hochkonjunktur ein. Die ökonomisch-gesellschaftliche Entwicklung dieser Phase war gekennzeichnet durch die Bildung von Monopolen im Innern, die Verquickung der Interessen der Großindustrie, des Bankenapparates und des Staates, die nationalkapitalistische Konkurrenz auf der Weltbühne sowie, darin eingeschlossen, die Unterdrückung und Ausbeutung der kolonialisierten Länder.

Eine nähere Betrachtung der Rolle des Staates in jener Phase ergibt, daß er vor allem als politische Instanz die Aufgabe der Systemsicherung nach innen wahrnahm und gleichzeitig die Interessen der Kapitalwirtschaft nach außen durch eine kolonial-imperialistische Außenpolitik förderte. Aber auch seine ökonomische Eigenaktivität wuchs. Die ungleichmäßige und krisengeschüttelte Entwicklung hatte die Konzepte des ökonomischen Liberalismus erschüttert, was der Entwicklung des sogenannten *Interventionsstaates* entgegenkam. Dieser spielte nun die Rolle einer Stütze der monopolistisch strukturierten Wirtschaft und übernahm bestimmte volkswirtschaftliche Funktionen.

Insgesamt betreffen jedoch die staatsökonomischen Regulierungen und Interventionen eher die Rahmenbedingungen der Kapitalwirtschaft, wie das Geldwesen und den Außenhandel, oder Wirtschaftsbereiche und Infrastruktureinrichtungen, denen eine militärisch-politische Bedeutung zukam, wie die Rüstungswirtschaft und das Eisenbahnwesen. Die ökonomischen Funktionen des Staates auf der Grundlage des großindustriell, nationalökonomisch und imperialistisch »organisierten Kapitalismus« bedeuten also noch nicht, daß der Staat sein politisch-ökonomisches Überbauwesen grundlegend verändert hätte.

In Deutschland gab es eine staatliche Wirtschaftsförderung zwar insofern, als ein immenser Teil des Haushalts für Rüstungszwecke ausgegeben wurde. Aber es gab noch längst nicht ein so mächtiges Arsenal von Subventionsmaßnahmen und keine voluminöse Bildungs- und Wissenschaftsförderung, wie sie heute selbstverständlich sind. Auf der anderen Seite wurde durch die Sozialgesetzgebung unter *Bismarck* erstmals die Grundlage für eine staatliche Sozialpolitik gelegt, die nicht zuletzt bei den Betroffenen Loyalität erzeugen sollte.

Die für das zivilisatorische Niveau einer modernen Gesellschaft bedeutsamen Infrastrukturen, die insbesondere über staatliche Umverteilung zu finanzieren sind, zeigen für die damalige Zeit ein typisches Bild: Das Schul- und Bildungswesen war wenigstens so weit, daß nach 1870 praktisch alle Kinder schreiben und lesen lernten. Aber der Bevölkerungsanstieg in den Städten – der Anteil der in den Städten wohnenden Bevölkerung stieg von 36 Prozent im Jahre 1871 auf 60 Prozent im Jahre 1910 – ging einher mit unregulierter Bautätigkeit, mit katastrophalen Wohnbedingungen der Arbeitsbevölkerung, mit prekären hygienischen Verhältnissen. Der Straßenbau oder

die Errichtung öffentlicher Verwaltungs- und Kulturbauten waren noch stark von Repräsentationsbedürfnissen bestimmt.

Der Ausbau von Energieversorgungs-, Entsorgungs-, Verkehrs- und Kommunikationsstrukturen stand erst noch am Anfang – beispielsweise wurde 1908 gerade einmal das erste Fernsprech-Selbstanschlußamt für Ortsgespräche eröffnet. Von neuen Anforderungen und Entwicklungen einer gesellschaftlichen Selbstorganisation kündete jedoch bereits die Gründung des Deutschen Städtetags (1905) und eines Vereins für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik (1911) in Berlin.

Die industriekapitalistische Entwicklung aus marxistischer Sicht

Der von der Großindustrie und dem Interventionsstaat geprägte Nationalkapitalismus entsprach in hohem Maße der theoretischen Projektion von *Karl Marx*. *Marx* dachte den Staat mehr oder weniger nur als politischen Garanten einer brachialen Tendenz: der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise zur »Totalität« (vgl. MEW, Bd. 42: 203), als eine Instanz, die unter der Maske einer gesellschaftlichen Generalvertretung das bourgeoise Klasseninteresse vertritt. In einem finalen Entwicklungsstadium würde das System schließlich an seine Schranken stoßen, in Krisen stürzen, die immer wieder über die Grenzwerte seiner Form hinaus treiben. Selbst ein sogenannter »final crash« oder »violent overthrow«, der selbstredend die politische Repräsentanz der Kapitalinteressen mit hinwegfegen würde, schien letztlich nicht ausgeschlossen.

Für den Fortgang der Untersuchung ist nun ein ganz anderer Aspekt bedeutsam. Aus der Perspektive der Marxschen Kapitaltheorie wurde bestimmten Bereichen gesellschaftlich notwendiger Tätigkeit, beispielsweise der Staatstätigkeit als solcher, der Bildungs- und Erziehungsarbeit oder der Gesundheitspflege unter dem Titel »unproduktive Arbeit« ein ganz bestimmter Platz im Reproduktions-szenario zugewiesen.

Als kapitalwirtschaftlich unproduktive Arbeit gilt, im Unterschied zur Lohnarbeit im Rahmen der Kapitalverwertung, eine Dienstleistung »zu unmittelbarem Konsum« oder auch Tätigkeiten zur Herstellung der benötigten »allgemeinen Bedingungen der Produktion«, deren Resultate also von der Gemeinschaft benutzt und verbraucht werden wie beispielsweise eine öffentliche Straße. Während persönliche Dienstleistungen aus kapitalwirtschaftlich erzielten Einkommen, also aus Lohn oder Gewinn bezahlt werden, erhöht die Finanzierung gesellschaftlicher Infrastruktureinrichtungen die allgemeinen Vorkosten der Kapitalwirtschaft via Steuern oder Abgaben.

»In der bürgerlichen Gesellschaft selbst gehört in diese Rubrik aller Austausch persönlicher Dienstleistungen [gegen Revenu – H.M.] – auch Arbeit für persönlichen Konsum, Kochen, Nähen etc., Gartenarbeit etc., bis herauf zu den sämtlichen improduktiven Klassen, Staatsdiener, Ärzte, Advokaten, Gelehrte etc. ...« (MEW, Bd. 42: 380) Und »übrigens der Staat selbst und was drum und dran hängt, gehört zu diesen Abzügen von der *Revenu*, sozusagen den *Konsumtionskosten* für den einzelnen, den Produktionskosten für die Gesellschaft« (MEW, Bd. 42: 438). Mit dem Seitenhieb »von der Hure bis zum Papst gibt es eine Masse solchen Gesindels« (MEW, Bd. 42:

Erst im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts wurde durch die *Miquelschen Reformen* (1891 bis 1893 preußischer Finanzminister), vor allem durch die Einführung einer allgemeinen Einkommensteuer, der Grundstein für geregelte Staatsfinanzen gelegt. Aus diesen institutionellen Vorbedingungen hat sich dann im Verlauf des 20. Jahrhunderts ein durchorganisiertes Steuerwesen entwickelt, das wiederum Voraussetzung für den modernen Wohlfahrtsstaat ist.

So kulminiert die Marxsche Theorie, innerhalb ihres Erwartungshorizonts in Korrespondenz mit augenfälligen historischen Gegebenheiten, als eine ökonomische Krisen-, gesellschaftliche Klassen- und politische Revolutionstheorie. *Marx* schrieb bereits 1858: »Auf dem Kontinent ist die Revolution imminnt und wird auch sofort einen sozialistischen Charakter annehmen« (Brief an Engels vom 8. Oktober 1858, in: MEW, Bd. 29, s. 360), oder »Es erübrigt sich, noch lang und breit von den politischen Folgen zu sprechen, die eine ... Krise heutzutage zeitigen muß« (MEW, Bd. 9: 102). Eine bis zu *Marx'* Tod 1883 unerfüllte Erwartung, die aber jedenfalls noch über die folgende Jahrhundertwende hinaus mehr oder weniger zum allgemeinen Gedankengut sozialistisch orientierter Menschen gehörte.

198) ist allerdings das Problem nicht abgetan. Denn es gibt noch eine andere Kategorie der unproduktiven Arbeit.

»Alle *allgemeinen, gemeinschaftlichen* Bedingungen der Produktion – solange ihre Herstellung durch das Kapital als solches ... noch nicht geschehn kann – werden daher bestritten aus einem Teil der Revenu des Landes – der Regierungskasse, und die Arbeiter erscheinen nicht als produktive Arbeiter, obgleich sie die Produktivkraft des Kapitals vermehren« (MEW, Bd. 42: 439). Beispielsweise fallen »Kommunikationsstraßen ... ursprünglich dem Gemeinwesen, später lange Zeit den Regierungen anheim, als reine Abzüge an der Produktion, die vom gemeinschaftlichen Surplusprodukt des Landes abgehen, aber keine Quelle seines Reichtums ausmachen« (MEW, Bd. 42: 431). An diesem Punkt reflektiert die Marxsche Kapitaltheorie den sozio- und infrastrukturell defizitären Entwicklungsstand der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts, die zwar den bezahlten Staatsdiener kennt, aber keine tiefgegliederte Ressortverwaltung, die einen bemerkenswerten Teil der gesamten arbeitenden Bevölkerung beschäftigt, eine eigene Infrastruktur aufweist und einen erheblichen Teil der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung requiriert, konsumiert, transferiert oder disponiert.

Marx unterstellte im Grunde eine geradlinige historische Tendenz zur immer weitergehenden, unmittelbaren Subsumtion aller Bereiche der gesellschaftlichen Tätigkeit unter die kapitalwirtschaftliche Form. Die Problematik einer allgemeingesellschaftlichen Infrastrukturproduktion von erheblichem volkswirtschaftlichem Gewicht, die zwar unmittelbar kapitalwirtschaftlich organisiert sein kann, aber mittelbar vom Gemeinwesen finanziert wird, wurde von ihm nicht weiter vertieft.

Die Marxsche Theorie sieht die Kapitalwirtschaft mitsamt ihrem sozialen Antagonismus als eine sich ausweitende Basis, und dieser Basis steht in erster Linie der politische Staat gegenüber, die »verselbständigte(n) Macht der Gesellschaft« (Marx 1974: 882) in den Händen der herrschenden Klasse. Aufgrund dieser Trennung finden sich die Menschen in einer »doppelten Organisation« (MEW, Bd. 1: 281): Einerseits als Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft in deren sozialem und ökonomischem Kontext, andererseits in einer bürokratischen Organisation, unter der Regierungsgewalt, unter der Bürokratie und unter dem Recht.

Hier entsteht, so *Engels*, der »Schein der Superiorität« des Staates, weil alle Bedürfnisse der bürgerlichen Gesellschaft »durch den Staatswillen hindurchgehen, um allgemeine Geltung in Form von Gesetzen zu erhalten« (MEW, Bd. 21: 300). Zugleich wachsen, in ideologischen Konstitutionsprozessen, aus dem Oberflächengeschehen des Tauschprozesses der warenproduzierenden Gesellschaft, die bürgerlichen Freiheits- und Gleichheitsvorstellungen (vgl. MEW, Bd. 42: 170). Die bürgerliche, formell demokratische Republik gilt nach dieser Analyse als die klassische Form der Bourgeoisieherrschaft. Entsprechend feierte *Marx* in seiner Schrift *Bürgerkrieg in Frankreich* die Pariser Kommune von 1871 als historisches Exempel für eine »einleitende Zerstörung der alten Regierungsmaschine« und deren »Ersetzung durch wirkliche Selbstregierung ... der Arbeiterklasse« (MEW, Bd. 17: 595).

Marx widmete dem Problem der »allgemeinen Bedingungen der Produktion« in den Grundrissen nur knappe elf Seiten (vgl. MEW, Bd. 42: 430-440). Er bemerkte immerhin am Schluß, daß die Angelegenheit »an diesem Punkt noch nicht scharf gezeichnet werden kann« (MEW, Bd. 42: 439 f.).

Es wird zumeist nicht beachtet, daß *Marx* im Modell der Pariser Kommune zunächst das zündende Beispiel einer neuen »Kommunalverfassung« (MEW, 17: 340) sah, die zugleich Licht auf eine erforderliche neue nationalstaatliche Verfaßtheit wirft. Jedenfalls unterscheidet *Marx* hier diese beiden Ebenen der gesellschaftlichen Selbstorganisation und betrachtet die kommunale Basiseinheit als primären Ort gesellschaftlicher Selbstorganisation oder realer Demokratie.

Im Gesamtenwurf fügte sich jedenfalls die Wirtschaftstheorie mit der Klassen- und Staatstheorie nahtlos zusammen. Alles verläuft sich in jenes Krisen- und Revolutionskonzept, das den Kern des traditionellen Marxismus seit Beginn des 20. Jahrhunderts ausmacht. Ein Theoriegefüge, das dann vor dem geschichtlichen Hintergrund der bolschewistischen Revolution in Rußland und den immer wieder aufbrechenden Wirtschaftsproblemen im Westen praktisch bestätigt schien: Die Wirtschaftskrise der Zwischenkriegsjahre (1929 – 1933), nach *Hobsbawm* das »größte globale Erdbeben, das jemals auf der wirtschaftsgeschichtlichen Richterskala gemessen wurde« (*Hobsbawm* 1999:116), erschütterte die Welt.

Die Geschlossenheit und scheinbare Belegkraft dieses Marxismus, noch einmal fixiert als Marxismus-Leninismus, täuschte allerdings über ungeheure Schwachstellen hinweg. Der sozialökonomische Gesamtzusammenhang wurde mehr oder weniger auf eine systemische Kernfiguration reduziert. Eine Sichtweise, die damals beispielsweise *Rosa Luxemburg* mit ihren Gedanken über ein für die Kapitalwirtschaft notwendiges »nichtkapitalistisches Milieu« zu überwinden suchte (vgl. *Gesammelte Werke*, Bd. 5: 429). Dann wurde das nahezu berechenbar erscheinende Akkumulationsgeschehen in ein historisches Entwicklungsschema extrapoliert, das unter den angenommenen Voraussetzungen nur auf eine Abbruchkante hinauslaufen konnte. So mußten innere Transformationsprozesse des Ganzen unfaßbar bleiben, es durfte keine historischen Übergänge geben. Die Erwartungen richteten sich auf einen revolutionären Paukenschlag. Ein eigentliches ökonomisches Alternativkonzept wurde nicht entwickelt, die Sozialismusidee hob sich nur als ungefährer Schattenriß im Zukunftsdunkel ab.

Verstärkung transformatorischer Potentiale und Praktiken

Um die Jahrhundertwende beginnend, kristallisierten sich – vor allem in der Zwischenkriegsperiode – neue Sozialpraktiken und Entwicklungstendenzen heraus, die erst in der Nachkriegszeit ihre volle sozialformative Wirkung entfalten konnten. Die wesentliche Tendenz im Kerngeschehen der Kapitalwirtschaft, in der industriellen Warenproduktion, bestand im Siegeszug der Massenproduktion. 1908 verließ die erste *Tin Lizzy Henry Fords* Automobilfabrik, bis 1927 wurden davon über 15 Millionen Stück gebaut. Dieser Typ der Produktionsorganisation wurde durch die Anforderungen der Kriegführung diesseits und jenseits des Atlantiks immens gefördert. Zugleich, und damit zusammenhängend, fand eine Steigerung der wissenschaftlich-technischen Kapazitäten, eine Vergeschwisterung von Wissenschaft und Wirtschaft insbesondere auf dem Gebiet der technologischen Entwicklung statt. In *Fritz Langs* Film *Metropolis* (1926) wurde dieser Wandel auf phantastische Weise ins Bild gesetzt.

Mit den wachsenden Anforderungen der Wirtschaft entfaltete sich das Bildungs- und Ausbildungswesen. Wissenschaftliche Forschung und Entwicklung wurden zunehmend mit staatlicher Hilfe vorangetrieben. Die Durchsetzung des wissenschaftlich gestützten, fordistischen Produktionstyps revolutionierte auf diese Weise nicht nur den Produktionsmitteleinsatz und die Konsumgüterwelt, sondern schaffte auch die Voraussetzungen, um die Infrastrukturelemente ei-

Beispielsweise waren im Wintersemester 1893/94 an der – nach Plänen von *Wilhelm von Humboldt* 1810 gegründeten – *Friedrich-Wilhelm-Universität* Berlin knapp 5 000 Studierende immatrikuliert. An allen wissenschaftlichen Hochschulen des Reichs waren es 1938/39 bereits ca. 56 000. Im Jahr 1993/94 sollten sich allein an der *Freien Universität* Berlin schon fast 60 000 Studenten immatrikulieren.

Markanter Ausdruck dieser Tendenz ist die Gründung des Deutschen Städtetags 1905, der damals noch die Dachorganisation einer Reihe größerer Städte war. Heute, ein Jahrhundert später, gehören ihm etwa 5 700 Kommunen an.

1970 wird *Henri Lefebvre* den Prozeß der Kommunalentwicklung in seiner *Revolution der Städte* so reflektieren: »Um die Gesellschaft der nachindustriellen Zeit, also die aus der Industrialisierung hervorgegangene und ihr folgende zu benennen, wird hier der Begriff verstädterte Gesellschaft vorgeschlagen« (Lefebvre 1976: 8). Bei seinem späteren Versuch, die Stadtentwicklung politisch-ökonomisch zu deuten, kam *Castells* zu dem Schluß, »daß der Staat riesige Produktionsbereiche der wichtigsten Mittel zur Reproduktion der Arbeitskraft selbst übernimmt: Gesundheits- und Bildungswesen, Wohnungsbau, Gemeinschaftseinrichtungen usw. Hier hat die städtische Problematik ihre Wurzeln« (Castells 1977: 285).

nes industrialisierten und vorwiegend urbanen Lebens massenhaft und normiert bereitzustellen.

In der Zwischenkriegszeit kristallisierten sich auch weiter die Formelemente dessen heraus, was wir heute noch als ›Sozialstaat‹ bezeichnen; eine Entwicklung, die damals zwischen Reformisten und Revolutionären heftig umstritten war. Auch radikale Kritiker mußten indessen feststellen, daß der »Kreis der Funktionen des modernen Staates außerordentlich umfangreich und weit geworden« war. »Aus all diesen verschiedenartigen Elementen wurde die neue Welle der sozialen Rechtsschöpfung des modernen imperialistischen Staates geboren« (Lapinsky 1928: 380 und 381).

Im fortschreitenden Prozeß der Verstädterung begann sich nunmehr auch die kommunale Selbstverwaltung stärker zu entfalten und wurde zu einer wesentlichen und prägenden Tendenz des 20. Jahrhunderts. Es formierte sich das Städte- und Kommunalwesen als Grundeinheit des gesellschaftlichen Lebens und untere Ebene von Verwaltung und Selbstverwaltung. In der Übergangszeit wurde nunmehr auf kommunaler Ebene verstärkt versucht, die Urbanisierung zu steuern. Kommunale Investitionstätigkeit und Kulturpolitik nahmen einen Aufschwung. Die Kommunen übernahmen vor allem auch die Aufgabe, sozialstaatliche Defizite durch eine Wohlfahrtsfürsorge der Gemeinden auszugleichen. Diese Entwicklung des Kommunalen wurde zwar durch die 1929 hereinbrechende Weltwirtschaftskrise unterbrochen, nahm aber im Zusammenhang der gesellschaftlichen Rekonstruktion nach dem Zweiten Weltkrieg einen erneuten Aufschwung.

Vor allem durch kriegswirtschaftliche Anforderungen verstärkten sich sprunghaft die ökonomischen Einwirkungen des vom Großkapital maßgeblich beeinflussten Staates, berichtet *Mottek*. Das staatliche Steuer- und Finanzwesen wie auch das nationalökonomische Instrumentarium wurden mit Bezug auf die dominierende Rüstungs- und Kriegswirtschaft rekonstruiert. Umfangreiche staatliche Interventionen und zwangswirtschaftliche Eingriffe, eine gezielte Ausgabenpolitik oder andere staatsmonopolistische Regulierungen, die Beeinflussung des wissenschaftlich-technischen und des allgemeinen organisatorischen Fortschritts wurden übliche staatliche Praxis.

Diesseits und jenseits des Atlantiks bildeten sich so in jener Zeit die institutionellen Elemente einer staatlichen Wirtschaftspolitik heraus. Mit dieser Entwicklung korrespondierte der theoretische Wandel vom Liberalismus zum Keynesianismus. 1936 erschien das Hauptwerk von *John Maynard Keynes*, seine *General Theory*. Diese Lehre wollte Wege zur Vermeidung von Krisen und insbesondere von Arbeitslosigkeit aufzeigen und empfiehlt eine aktive Beeinflussung der Konjunktur durch staatliche Instanzen wie Notenbank und Fiskus. Damit war im Gegensatz zur neoklassischen Wirtschaftslehre eine Ausdehnung der Aufgaben der Regierung anvisiert, wenn auch mit dem Ziel, ansonsten der freien Wirtschaft ihr Spielfeld zu sichern.

Die kriegswirtschaftlichen Erfahrungen in den USA schienen *Keynes* Theorie zu bestätigen, und so kam es, wie *John Kenneth Galbraith* berichtet, zu »einem wundervoll hohen Ansehen der Wirtschaftswissenschaftler« (Galbraith 1995: 160). Diese »waren in der

Mobilmachung ... hervorgetreten. Sie hatten die neue volkswirtschaftliche Gesamtrechnung entwickelt und hatten so gezeigt, welche Rüstungsproduktion möglich war...« (Galbraith 1995:161). In jener Zeit bildeten sich die *statistisch-wissenschaftlichen Grundlagen moderner Wirtschaftspolitik* heraus. Die Keynesianische interventionistische Wirtschaftspolitik wurde schließlich in vielen Ländern in der Nachkriegszeit institutionell verankert, so in den USA im Employment Act von 1946, in der BRD im Stabilitätsgesetz von 1967. Erst die in unserer Zeit erneut vordringende neoliberale Wirtschaftspolitik setzt dann, jenseits von *Keynes*, neue Prioritäten.

Die sozialstaatliche Transformation des Kapitalismus

Nach dem großen Krieg bildete die heftige Systemkonkurrenz zum Lager des Sowjetimperiums einen treibenden Stachel einer sozialstaatlichen Reorganisation der westlichen Gesellschaften. Die oben genannten, seit der Jahrhundertwende angelegten und seither weiter verstärkten Trends entfalteten in der Nachkriegsära in den entwickeltesten Ländern ihre sozialformative Potenz. Die neue Konstellation von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft äußert sich vor allem im Zusammenspiel zwischen einer prosperierenden Kapitalwirtschaft und einem Steuer- und Sozialstaat, der nicht nur das Wirtschaftsleben im allgemeinen oder einzelne Produktionszweige fördert, sondern vor allem einen wachsenden sozialwirtschaftlichen Anteil an den gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten direkt finanziert oder beeinflusst.

Begünstigt durch den enormen Rekonstruktionsbedarf sowie die sich öffnenden Märkte des internationalen Waren- und Kapitalverkehrs wurde der *Fordismus* zum Erfolgsrezept. In einer beeindruckenden Wachstumsspirale stiegen Beschäftigungszahlen, Kapitalstock und Produktionskapazitäten, die Güterproduktion und das sogenannte Volkseinkommen. Im Zuge der Kapitalakkumulation steigerten sich deutlich Arbeitsproduktivität und Kapitalintensität. Im Unternehmensbereich wurde die anwendungsnahe Forschung und Entwicklung ausgebaut, innovative Hochtechnologie fand unmittelbar Eingang in den Produktionsprozeß, in dem seit den fünfziger Jahren die elektronisch gesteuerte Automatisierung von Fertigungsprozessen eine zunehmende Rolle spielte. Das von *Marx* ahnungsvoll so bezeichnete »automatische System der Maschinerie« trat seinen Siegeszug an, veränderte die Strukturen der Arbeitswelt, ohne jedoch schon zu diesem Zeitpunkt zu einem chronischen Beschäftigungsmangel zu führen.

In der Nachkriegsblüte der Wirtschaft spielten die staatlichen Instanzen eine zunehmende Rolle. Die Entwicklung insgesamt, so *Hobsbawm*, wurde von den Regierungen gestützt, überwacht und gelenkt. In der Wirtschaftspolitik drückten Konzepte wie die »Globalsteuerung« oder das »Stabilitäts- und Wachstumsgesetz« unter dem 1966 berufenen Wirtschafts- und Finanzminister *Karl Schiller* diese Tendenz aus. In der Tat wuchsen die nationalökonomischen Steuerungskapazitäten des Staates deutlich an. Die finanzielle Grundlage der *wachsenden Wirtschaftsmacht Staat* bildeten die Steuereinnahmen. Es entwickelte sich der ›Steuer-, Subventions- und Sozialstaat‹ als eine zentrale Regulierungs- und Transferagentur des gesamten ökonomischen Prozesses. Indikator dieser Entwick-

Was *Hobsbawm* das »Goldene Zeitalter« nennt, umfaßt das Vierteljahrhundert von 1945 bis Ende der siebziger Jahre – die Brechung des lang anhaltenden Wachstumstrends wird durch den krisenhaften Einbruch 1974/75 markiert, und mit dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums 1989/91 endet schließlich eine ganze Ära.

Eine bohrende, facettenreiche Untersuchung zur Problematik der »urbanen Realität« liefert *Henri Lefebvre* in *Die Revolution der Städte*. Das Denken des französischen Marxisten kreist um das spannungsreiche Verhältnis zwischen dem kapitalistischen Industrialismus und der daraus hervorgehenden Urbanität, der eine noch nicht genauere faßbare Potenz innezuwohnen scheint. Und »könnte eine Erklärung für die Krise der Linken nicht unter anderem darin zu finden sein, daß sie unfähig ist, diese Fragen zu analysieren. (...) Das Problem der Verstädterung ist kein Problem mehr, das die Stadtverwaltungen angeht; es hat die Nation, die ganze Erde erfaßt ... Die Schaffung eines umfassenden urbanen Programms, das ebenfalls ein Projekt der Veränderung der Alltäglichkeit sein müßte und nichts mit einem repressiven und banalen Urbanismus oder einer zwangsweisen Gebietsbereinigung zu tun hätte, wäre die wichtigste politische Wahrheit, die man dem Rest der Linken Frankreichs eintrichtern müßte, damit sie sich erneuern könnte« (Lefebvre 1976: 158). Die Theorie der Sozialwirtschaft kommt in bestimmter Hinsicht auf *Lefebvres* Programm zurück, indem die »sozialwirtschaftlichen Dienste« wesentlich an der Hervorbringung dessen beteiligt sind, was *Lefebvre* »urbane Praxis« nennt. In dieser Arbeitsperspektive eröffnet sich auch ein politisch-ökonomisch fundierter Zugang zur Frage der »Zivilgesellschaft«.

lung ist die Staatsquote, auf die weiter unten näher eingegangen wird.

Der Staat verfügte nunmehr vor dem Hintergrund volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen und wirtschaftswissenschaftlicher Beratung über ein hochentwickeltes Finanz- und Haushaltswesen. Er entwickelte ein differenziertes Instrumentarium regulativer und interventionistischer Beeinflussung wirtschaftlicher Prozesse in einem vom marktwirtschaftlichen Bereich dominierten System. Das erhebliche Hineinregieren in das Wirtschaftsleben durch eine Fülle von Sicherungs-, Ausgleichs- und Stützungsmaßnahmen wurde dabei stets mehr schlecht als recht durch die Beschwörung einer »freien Marktwirtschaft« verschleiert.

Vor dem Hintergrund seiner ausgebauten ökonomischen Zentralfunktion begann der Staat auch eine *moderierende Rolle im Verhältnis von Kapital und Arbeit* zu spielen. Die gegebenen Verteilungsspielräume ermöglichten jene sogenannte fordistische Allianz von Kapital, Staat und Gewerkschaften. Ein sozialpartnerschaftliches Arrangement zum gegenseitig erhofften Vorteil wurde zum wesentlichen Stützelement des sogenannten Wirtschaftswunders.

Im Gesamtbild der wirtschaftsgesellschaftlichen Entwicklung beeindruckte vor allem jener wirtschafts- und sozialpolitische Wandel, der mit dem Begriff »Wohlfahrtsstaat« verbunden ist: Die Sozialausgaben wurden zum größten Posten des gesamten Staatshaushalts. Bis Ende der siebziger Jahre waren alle fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten solche Wohlfahrtsstaaten. Die wohlfahrtsstaatlichen Aufgaben beziehen sich aber keineswegs, wie der Begriff suggeriert, nur auf soziale Problemlagen im engeren Sinne, sondern im Grunde auf die Bereitstellung der gesamten gemeinschaftlichen oder allgemeinen Voraussetzungen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens, je entsprechend dem praktisch angeforderten zivilisatorischen Niveau. So formierten sich in staatlicher Eigenregie, mit staatlicher Regulierung oder Finanzierung, jene Sphären sozialwirtschaftlicher Arbeit, Produktion und Praxis, die eine moderne Gesellschaft erst funktionstüchtig machen. Der bestimmte Ort, an dem all dies augenfällig wird, ist aber die städtische, kommunale Praxis.

Die Entwicklung moderner Gesellschaftlichkeit ist untrennbar mit der Entfaltung eines Dualismus zwischen *staatlicher Praxis* auf der einen Seite (die Aktivität gesellschaftlicher Zentralorgane, beispielsweise Ministerien, sowie durch mit ihnen verknüpfte Akteure) und *urbaner Praxis* auf der anderen Seite (das städtisch kommunale Leben als Basisinheit des wirklichen gesellschaftlichen Lebens und einer Demokratie von unten) verbunden. Das alltägliche Lebensmedium des Urbanen, das Städtische im Verbund mit seinem regionalen Umraum, erwuchs aus der mit der Industrialisierung zunächst naturwüchsig einhergehenden Verstädterung. Heute liegen wesentliche Verantwortlichkeiten für die Reproduktion seiner sozial-infrastrukturellen Bedingungen in den Händen lokaler oder regionaler Selbstverwaltungskörperschaften; in Deutschland beispielsweise bei ca. 120 Städten, 320 Landkreisen und 13 800 Gemeinden. Damit setzte sich eine Entwicklung durch, die vom kommunalen Funktionalismus der fünfziger Jahre bis hin zur integrierten Stadtentwicklungsplanung, zum kommunalen Management und zu einer regelrechten Kultur der Runden Tische und des Bürgerengagements in

allen Dimensionen des urbanen Lebens- und Wirtschaftsraums führte. Die Aufmerksamkeit gilt an dieser Stelle nicht den realen Macht- oder Gestaltungsgrenzen der kommunalen Selbstverwaltung oder gesellschaftlichen Selbstorganisation von unten. Vielmehr soll ins Blickfeld gerückt werden, wie die lokalen staatlichen und städtischen Instanzen der Politik und Verwaltung, das kommunale Management und die im gleichen städtischen Raum angesiedelten sozialen Kräfte im buchstäblichen Sinne am Vollzugszusammenhang der urbanen Praxis arbeiten. Die hier verausgabte Arbeit dient der Aufrechterhaltung ihres Betriebs und zielt auf ihr Gelingen, ob es sich um das alltägliche Leben von Familien und Kindern handelt, das Verkehrs- und Kommunikationswesen, die Energie- und Wasserversorgung, die Entsorgung und den Umweltschutz, die Einrichtungen und Angebote für Kultur, Sport, Erholung sowie im Bildungs-, Forschungs- und Gesundheitswesen, die Altenhilfe oder den internationalen Kulturaustausch.

Solche gesellschaftlich notwendige und nützliche Arbeit, deren soziale und infrastrukturelle Produktionen und Leistungen sollen in der neuen Kategorie der *sozialwirtschaftlichen Dienste* zusammengefaßt werden, deren wesensmäßiger Gegenpol die *industrielle Warenproduktion* darstellt. Damit stellt sich die Frage: Wie ist, jenseits der Marxschen Kategorie der »unproduktiven Arbeit«, das Gewicht, die Bedeutung oder letztlich die spezifische, historische ökonomische Formbestimmtheit der sozialwirtschaftlichen Dienste zu fassen?

Die Staatsquote als Indikator des Wandels

Um den in der Nachkriegszeit eingetretenen Wandlungen in der Konstellation von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft detaillierter nachzugehen, könnten die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, die Finanzstatistik und die Haushaltsberichterstattung herangezogen werden. Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung wurde erst 1999 auf das neue *Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen* (ESVG 1995) umgestellt. In bezug auf die aktuelle Revision interessiert hier vor allem, wie in der Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 93) das Sozialwirtschaftliche – von der Öffentlichen Verwaltung bis zu exterritorialen Institutionen (Bereiche L, M, N, O, P, Q) – aufgefangen ist. Die Art der Kategorienbildung und die Systematisierungsversuche verweisen darauf, daß sich hier ein Problemgebiet öffnet. So ergibt sich beispielsweise, daß von den 38 Millionen Erwerbstätigen etwa elf Millionen der Kategorie »Öffentliche und private Dienstleister« zugerechnet werden. Dabei ist der gesamte Bereich kommunaler und sonstiger gebietskörperschaftlicher Unternehmen nicht berücksichtigt, welche schätzungsweise über drei Millionen Menschen beschäftigen.

Eine andere Quelle sind aktuelle EU-Dokumente über *Leistungen der Daseinsvorsorge in Europa*, die im Zusammenhang mit geplanten Liberalisierungen stehen. Hier geht es um Telekommunikation und Rundfunkmedien, Energie- und Wasserversorgung, Postdienst, Nahverkehr und Fernverkehr, oder um Verbraucherschutz, Sozialschutz und Wohlfahrt. Ferner gibt es Materialien der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung oder, in bezug auf Stichworte wie Dritter Sektor, Non-Profit-Organisationen oder Care-Ökonomie usw. eine sich ver-

Die »verbesserten« Rechenverfahren wollen beispielsweise ein stimmiges Gesamtbild davon liefern, wie im Jahr 2000 von den 38 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland, in 57 Milliarden Arbeitsstunden, ein Bruttoinlandsprodukt von 3 700 Milliarden DM erwirtschaftet wurde (vgl. *Wirtschaft und Statistik*, Heft 1/2001).

Die Staatsausgaben sind nicht identisch mit dem Staatsverbrauch und den Staatsinvestitionen, also den Ausgaben des Staates im Vollzug der Staats-tätigkeit als solcher – vom Regieren bis hinunter zu den unscheinbarsten Organ-wirksamkeiten aller ministe-riellen Bereiche. Zu den Ausgaben gehören auch die umzuteilenden Leistun-gen, zum Beispiel Transfer-zahlungen an Haushalte und Subventionen für Unternehmen, sowie ein erheblicher Zinsaufwand für die Staatsschulden. Jeden-falls machte der Staats-verbrauch im engeren Sinne 1998 etwa 22 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, der Sozialversicherungsbereich um die 20 Prozent aus. Hin-zu kommen dann etwa vier Prozent Transferleistungen und 3,5 Prozent Zinslast.

In einem IAB-Thesenpapier hieß es jüngst, daß die »Staatsquote insgesamt und Zugriff auf verfügbare Einkommen in Arbeit-nehmer-Haushalten ... nahe bei 50 Prozent« liegen und daß die Staatseinnahmen an Steuern, Sozialversiche-rungsbeiträgen und anderen Abgaben »zu mehr als 80 Prozent vom Arbeitseinkommen und damit vor allem über die beitragspflichtige Bruttolohn- und Gehalts-summe finanziert« werden. »Beschäftigungsvolumen und die daran gekoppelten Arbeitnehmerverdienste sind also die beiden Schlüs-selgrößen der Staatsfinan-zierung« (IAB Materialien Nr. 2/2000).

breiternde sozialpolitische und wissenschaftliche Diskussion, in welcher der Begriff des Sozialwirtschaftlichen, bis hin zu Schlüssel-wörtern im Internet, Bezeichnungen von Fachstudiengängen oder Titeln von Serviceagenturen, bereits häufiger auftaucht. Nicht zu-letzt wird in diesem Kontext – vor allem von feministischer Seite – auf die ökonomische Bedeutung der Haus- oder Erziehungsarbeit oder auf eine »Subsistenzperspektive« (Mies 2001: 202), auf einen »blinden Fleck der Ökonomie« überhaupt hingewiesen.

Vor allem die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, welche die Entstehung, Verwendung und Verteilung des Bruttoinlandsprodukts in hochaggregierten Tabellen darstellt, ist Ausgangspunkt für die Be-rechnung der Größe und für die Interpretation der sogenannten Staatsquote. Diese drückt in bestimmter Hinsicht die gewachsene Bedeutung des Sozialwirtschaftlichen aus.

Die Staatsquote mißt das Verhältnis der Haushaltsausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden sowie der gesetzlichen Sozial-systeme zum Bruttoinlandsprodukt. Soweit ist sie ein grobes Maß für den Anteil der staatlichen und staatlich bedingten wirtschaftli-chen Aktivität an der wirtschaftlichen Gesamtleistung der Volks-wirtschaft. Sie mißt aber keineswegs einfach einen Versorgungsgrad mit öffentlichen Gütern, sondern stellt eine schwierig zu interpretie-rende Größe dar. Jeder Versuch zu einer genaueren Analyse stößt auf Probleme der statistischen Erfassung und Kategorienbildung, auf ein Gestrüpp undurchsichtiger Verflechtungen, die nur für Spezialisten nachvollziehbar sind. Eine gründliche Kritik und grundlegende Re-vision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wären nötig, um das tatsächliche Wirtschafts-geschehen hinter den formalstatisti-schen Kategorien und Aggregaten sichtbar zu machen. Noch fehlt beispielsweise eine reproduktionstheoretisch aufgeklärte »Arbeits-kräfte-Gesamtrechnung« (vgl. Reyher et. al. 1988). Allein die bei *Eva Müller* gegebenen Hinweise auf eine andersgeartete Theorie und Berechnungsweise des »Nationaleinkommens« der DDR verwei-sen auf ungelöste Fragen (Müller 1996: 10 f.). Dennoch können aus dem aktuell vorliegenden Material Grundgrößen abgeleitet werden.

In offiziellen Verlautbarungen wird festgestellt, daß die Staats-quote von knapp 33 Prozent im Jahr 1960 bis Ende der neunziger Jahre auf etwa 49 Prozent stieg, 1995 auch schon über 50 Prozent lag und nach 2000 wieder auf einen niedrigeren Wert von ca. 46 Prozent zurückgeführt werden soll. Sowohl in gesamtwirtschaftlicher Be-trachtung als auch bei der Berechnung einer »persönlichen Staats-quote« für einen Durchschnittshaushalt – einer Familie mit Kind und einem Bruttojahreseinkommen von rund 100 000 DM – kann grob von einer Quote von 50 Prozent ausgegangen werden. Auch in an-deren Ländern Europas sind relativ hohe Werte zu verzeichnen. Ver-gleichende Statistiken für 1995 besagen, daß damals die Steuer-und Sozialquote in Dänemark und Schweden bereits bei 50 Prozent, in Deutschland, Frankreich und Österreich bei 43 Prozent, in Groß-britannien bei 34 Prozent lag. Aber auch die niedrigeren Werte von um die 30 Prozent für die USA und insbesondere Japan widerlegen nicht den sich abzeichnenden sozialhistorischen Wandel, daß eine etwa hälftige Sozialquote so oder so zur ökonomischen und zivilisa-torischen Normalität einer modernen Volkswirtschaft gehört.

Zur realistischen Einschätzung des staatlichen Einflusses ist nun anzumerken, daß mit dem bisherigen noch nicht alles erfaßt ist. Man spricht daher auch von einer ›unsichtbaren Staatsquote‹. Dazu zählen beispielsweise die Übertragung administrativer Funktionen an Unternehmen, zum Beispiel für die amtliche Statistik und die Steuer, ferner durch Rechtsnormen den Unternehmen auferlegte Ausgaben für Gemeinzwwecke, zum Beispiel für Umweltschutzaufgaben, ferner privatwirtschaftlich erbrachte sozialversicherungsähnliche Leistungen, zum Beispiel Mutterschaftsleistungen oder betriebliche Altersversorgung.

Wenn man gar öffentliche Unternehmen einbezieht, die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht zum Staatssektor gerechnet werden, verschieben sich die Gewichte noch weiter. Unternehmen im Eigentum der Gebietskörperschaften, mit deren wesentlicher Beteiligung oder Aktivitäten in öffentlich-privater Partnerschaft beschäftigen bei uns mindestens acht Prozent aller Arbeitnehmer und erbringen zehn Prozent der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung in der Erfüllung öffentlicher Aufgaben von der Energieversorgung bis zum Gesundheitswesen, wobei die Gewinnerzielung erklärtermaßen nicht Hauptzweck ist. Damit erhöht sich die Staatsquote aber auf derart erhebliche Werte, daß die oben genannte 50-Prozent-Marke eher noch als Untertreibung erscheint. In einer Untersuchung von *Rolf Kroker* über die Zusammensetzung und Aussagefähigkeit der Staatsquote wird sogar ein Wert von um die 70 Prozent genannt.

Wenn der Zweck dieses Klärungsversuchs darin besteht, den Stellenwert des im weitesten Sinne des Wortes Sozialwirtschaftlichen an der wirtschaftsgesellschaftlichen Gesamtleistung zu bestimmen, dann müssen bestimmte Aspekte noch genauer beleuchtet oder auch zusätzlich in die Schätzungen und Berechnungen einbezogen werden. Als besondere Tätigkeiten in gesellschaftlicher Verantwortung sind bestimmte, im häuslichen oder familiären Umkreis geleistete Dienste zu berücksichtigen. In rudimentärer Weise werden heute schon die Mutterschaft, Kindererziehung oder Angehörigenpflege in den Sozialversicherungszweigen anerkannt oder durch Sozialleistungen finanziert beziehungsweise unterstützt. Im gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsgeschehen spielt eine Masse unbezahlter oder deutlich unterbezahlter Arbeit eine wichtige Rolle. Dazu gehören freiwillige soziale Dienste, Ehrenämter und Selbsthilfe, nicht zu vergessen die mehr schlecht als recht unterhaltenen Pflichtdienste im Zivilbereich. Es geht um äußerst vielfältige, gesellschaftlich als notwendig und nützlich anerkannte Einrichtungen und Tätigkeiten – vom Zivildienst über selbstorganisierte Kindertagesstätten, Bürgervereinigungen und Sportvereine, Umwelt- und Tierschutzorganisationen bis hin zu freiwilligen Sozialeinsätzen sowie um internationale Kultur- und Solidaritätsarbeit.

Ein weiterer Aspekt ist, daß eine Fülle von Einrichtungen und Tätigkeiten aus freiwillig auferlegten Abgaben finanziert werden. Darunter fallen die durch Sammlungen, Spenden und Stiftungen, von Sponsoren und Fördervereinen finanzierten, gesellschaftlich als notwendig und nützlich anerkannten Sozial- und Kulturproduktionen und nicht zuletzt die gesamte Förder- und Stiftungsverwaltung selbst. Sie werden, wenn man so will, aus einer freiwilligen Selbst-

besteuerung für Gemein Zwecke finanziert. Wenn der Staat, was er teilweise durch Bezuschussung, Steuernachlaß und sonstige Fördermaßnahmen schon tut, dieses alles aus dem Steueraufkommen unmittelbar und voll bezahlen würde, wäre die Staatsquote direkt erhöht.

Soweit sich die angesprochenen Tätigkeiten in den »privaten Organisationen ohne Erwerbszweck« vollziehen, die vielfach subsidiär tätig oder öffentlich anerkannt sind, die subventioniert werden und den Gemeinnützigkeitsstatus genießen, Sponsoren finden – von Wirtschafts-, Berufs- und Fachverbänden über politisch-religiöse Vereinigungen bis zu Jugend-, Wohlfahrts- und Kulturorganisationen –, gibt die Statistik globale Anhaltspunkte. Aber wie soll dieses Feld, das bundesweit hunderttausende operativ tätige Trägereinheiten mit schwer bestimmbareren Rechts-, Arbeits- und Finanzstrukturen umfassen mag, letztlich erfaßt und bewertet werden?

In Untersuchungen über den Dritten oder Non-Profit-Sektor in Deutschland wird auf seine Bedeutung »als wesentlicher Teil der zivilgesellschaftlichen Infrastruktur moderner Gesellschaften und demokratischen politischen Kultur« (Priller et al. 1999: 12) hingewiesen. Zuletzt bleibt hier der Eindruck, daß das hinter der ungefähren Sozialquote verborgene sozialwirtschaftliche Geschehen sich in der offiziellen Wirtschafts- und Sozialstatistik äußerst mangelhaft widerspiegelt, unzureichend gewichtet ist sowie – wenn überhaupt – nach fragwürdigen kapitalökonomischen Maßstäben bewertet wird.

Eine neue Konstellation in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft

Worin liegt nun der entscheidende Wandel im Verhältnis von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, der sich in nur einem halben Jahrhundert vollzogen hat? In der Nachkriegszeit setzten sich historisch lange heranreifende Strukturveränderungen des nationalökonomischen Reproduktionszusammenhangs durch. Es formierte sich, mit einer wesentlich dualen Struktur zwischen staatlicher Zentralität und kommunaler Ebene, ein ökonomisch-soziales Gefüge, bei dem ein immer größerer Anteil des Sozialprodukts durch öffentliche Hände geht und, ergänzt durch private Leistungen in gesellschaftlicher Verantwortung, vor allem für die Reproduktion wesentlicher zivilisatorischer Konstitutionselemente der gesellschaftlichen Praxis eingesetzt wird.

Handelt es sich hier aber nur um die Entwicklung eines Wohlfahrtsstaates, der mit der vorübergehend florierenden Kapitalwirtschaft gekoppelt ist? Leben wir in einer an diese Form der Gütergemeinschaft unabdingbar geketteten Arbeits- und Konsumgesellschaft? Inwieweit ist, wie eingeworfen wird, der Dritte Sektor vielleicht doch nur »Ausfallbürge und Notreserve für Staats- und Marktversagen« (Creydt 1997: 186)? Ich möchte hier eine andere Sichtweise vorschlagen und Schlußfolgerungen ziehen, die nicht nur das neoliberale Wirtschaftskonzept über den Haufen werfen, sondern auch in eine andere Richtung weisen als die herkömmliche Kapital- und Krisentheorie seiner Kritiker.

Das von *Hegel* so genannte »System der gesellschaftlichen Arbeit« hat in der modernen Welt eine Gestalt angenommen, die weder in der – pragmatischen oder wissenschaftlichen – kapitalwirtschaft-

Zur Erfassung des sozialwirtschaftlichen sind formalstatistische Kategorien nicht geeignet, weil dahinter keine Idee der urbanen Praxis und keine reproduktionstheoretische Konzeption stehen. Eine entsprechend figurierte und empirisch abgeprüfte Systematik für die lokale Ebene enthält der *Stadtwegweiser Sozial-Atlas*. Das Kategoriensystem faßt 800 Sachgebiete in 50 Hauptabteilungen. Das Informationswerk gibt damit einen Leitfaden für jede Art diesbezüglicher Forschung und deckt das in der Regel unterschätzte enorme Volumen, die Komplexität des Gegenstandsbereichs auf.

lichen Eigenperspektive richtig erfaßt wird, noch in traditionellen marxistischen Reproduktionsschemata oder durch sonstige rein kapitaltheoretische Modellierungen abgebildet werden kann. Aus dem, was *Marx* einmal als unproduktive Arbeit angesprochen hat, ist ein gewaltiger Fonds oder eine neue Abteilung der gesellschaftlichen Gesamtproduktion geworden.

So beruht das Wirtschaftsgeschehen heute einerseits auf der industriellen Warenproduktion samt angelagerten Dienstleistungen, andererseits zugleich auf einer Vielzahl sozialwirtschaftlicher Dienste, die ihre unmittelbar benötigten Finanzmittel aber in der Hauptsache nur aus einem gesamtgesellschaftlichen Fonds ziehen können. Der notwendige Kommunikations- oder Austauschprozeß zwischen der Sphäre der industriewirtschaftlichen Warenproduktion einerseits und der Sphäre der sozialwirtschaftlichen Dienste andererseits kann sich per se nicht marktwirtschaftlich vollziehen. Der Staat oder überhaupt irgendwelche von der Gesellschaft legitimierten, hoheitlichen, subsidiären oder komplementären Organe (beispielsweise Finanzverwaltungen, Subventionsfonds, Sozialversicherungsträger, Gebietskörperschaften, Vereine, Stiftungen) müssen sich als Agenturen eines Mitteltransfers im gesamtökonomischen Geschehen betätigen.

Es ist diese wesentliche Strukturveränderung, in deren Zusammenhang sich der Staat und derivative Sozialorgane im ausgehenden 20. Jahrhundert zu maßgeblichen Vermittlungsagenturen im gesamtwirtschaftlichen Kreislaufgeschehen entwickelt haben. In der vereinfachenden Sprache der Systemtheorie würde man sagen, die Marktwirtschaft ist nur noch ein sehr bedingtes Teilsystem des ökonomischen Prozesses. Nur stupide Parteigänger einer Vermarktwirtschaftlichung können noch die Ansicht verbreiten, sie sei das Ganze, Wahre oder die in ihrem Bereich fungierende spezifische Verwertungslogik sei die allein seligmachende ökonomische Rationalität.

Die ökonomischen Zentralfunktionen des Staates und die Staats- oder Sozialquote stehen daher nicht für einen parasitären Staatsapparat, für reine Umverteilungsaufgaben, für die Subventionierung purer Kapitalinteressen, für die Unterhaltung nur notwendigster sozialer Grundfunktionen oder für die Bedienung irgendeiner Lobby. Sie sind vielmehr in erster Linie ein positiver Ausdruck für gesellschaftlich notwendige Arbeit an Lebenszwecken jenseits der kapitalwirtschaftlichen Warenform, für die Erzeugung zivilisatorischer Lebens-, Entwicklungs- und Zukunftsbedingungen der gesellschaftlichen Individuen und der ganzen Gemeinschaft. Sie stehen für Arbeit in gesellschaftlicher Verantwortung oder auch für Formen demokratischer Selbstorganisation. Sie stehen für die geschichtlich neu aufgefaltete Sphäre der sozialwirtschaftlichen Dienste.

Die für diese *zivilisatorische Errungenschaft* materiell notwendige, innerhalb nur eines Jahrhunderts entwickelte Grundlage bildet selbstverständlich die Steigerung der kapitalwirtschaftlichen Produktivität bis an den Umschlagpunkt automatischer Systeme, so daß im warenwirtschaftlichen Bereich mit zahlenmäßig immer weniger und zugleich immer besser qualifizierten Arbeitskräften ein immer umfangreicherer gesellschaftlicher Grundstock an Ausrüstungen reproduziert und ein wachsender Konsumtionsfonds erzeugt werden können. Gleichzeitig ist aber auf der anderen Seite die gemein- oder

Der Ausdruck »reale Praxisperspektive« impliziert, daß die Verausgabung von gesellschaftlich notwendiger Arbeit in der Form sozialwirtschaftlicher Dienste im objektiven Sinn ökonomischen Wert produziert. Daß dessen Realisierung durch bestimmte Mechanismen und Strategien verhindert wird, daß es dem Personal der sozialwirtschaftlichen Dienste noch so erscheint, als zehre es nur von den industriewirtschaftlich geschaffenen Werten, daß es hier die Praxisperspektive der Kapitalwirte noch übernimmt und das Anrecht auf Realisierung der von ihm durch gesellschaftlich notwendige Arbeit selbst geschaffenen Werte noch nicht praktisch einfordert, ist eine andere Sache.

Das Deutsche Institut für Urbanistik konstatiert in einer im August 2001 veröffentlichten Studie eine äußerst bedrohliche Situation im Hinblick auf den Investitionsbedarf der Städte, Gemeinden, Landkreise, kommunalen Zweckverbände, Krankenhäuser und Unternehmen wie Stadtwerke. Die Infrastruktur verfallt mehr und mehr, vor allem infolge der von 1992 bis 2001 erheblich zurückgefahrenen investiven Zuweisungen von Bund und Ländern (vgl. difu-Medieninformation).

sozialwirtschaftliche Sphäre zum unabdingbaren Existenzmedium und zur Partnersphäre der modernen, von unternehmensnahen Dienstleistungen gestützten industriellen Warenproduktion geworden.

Mit anderen Worten: Der gegebene Funktionszusammenhang bewirkt, notwendigerweise vermittelt eines volkswirtschaftlichen Transfers, die ganz und gar weltliche Formverwandlung von Gemein- und Sozialkosten der Kapitalwirtschaft in ein Ensemble sozialwirtschaftlicher Produktionen, denen im Grunde eine nicht-kapitalwirtschaftliche Ratio und Zielfunktion innewohnt. Und dieses bereits real bestehende Verhältnis läßt es schließlich als praktisch notwendig und berechtigt erscheinen, sie realiter als ebenbürtige, ebenso wertschaffende und im Hinblick auf Beschäftigung und Wohlfahrt sogar zukunfts-trächtige Produktionsabteilung zu behandeln. Aus der realen Praxisperspektive der sozialwirtschaftlichen Dienste, wenn man so will der »anderen Hälfte der Wirtschaft«, verschärft sich folglich das Problem, daß sie im übergreifenden funktionellen Zusammenhang der herrschenden Verwertungsökonomie entweder wertökonomisch überhaupt nicht in Betracht gezogen werden oder in dieser Praxisperspektive nur als wertverzehrend rangieren. Jedenfalls tritt hier ein wesentlicher Konstruktionsfehler im System der kapitalistischen Wirtschaftsweise zutage. Er wird durch das Lamento über zu hohe Lohnnebenkosten, einen übertriebenen Sozialstandard, eine lästige Verwaltungsbürokratie nur in gemeingefährlicher Weise vertuscht.

Daß die sozialwirtschaftlichen Dienste gar den Ansatz zu einer höherstehenden ökonomischen Rationalität des zweckorientierten, haushälterischen oder sparsamen Wirtschaftens beinhalten, kommt den Claqueuren einer reinen Profitökonomie, die in dieser eine all-gemeingültige, unüberbietbare Wirtschaftsweise sehen, schon gar nicht in den Sinn: Schulen, Stadtverwaltungen, Nahverkehrsbetriebe oder Krankenhäuser können – der wirtschaftsliberale Aberwitz will es so – im buchstäblichen Sinne nur auf Teufel komm raus privatisiert und nach betriebswirtschaftlicher Logik betrieben werden.

Die neoliberale Ideologie vernebelt die Wahrheit, daß die Kapitalwirtschaft im gegenwärtigen Zustand ein arrogantes, repressives Regiment über den riesigen, ihr fremden und unbequemen Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit oder die von ihr selbst millionenfach ausrangierten und nur noch notdürftig alimentierten, brachliegenden Arbeitskräfte ausübt. Gleichzeitig ist die Abteilung der industriewirtschaftlichen Warenproduktion, trotz der Auslagerung und Aufblähung von Dienstleistungsfunktionen, bei dem in Fabriken und Büros durch Automation und Informatik erreichten Produktivitätsniveau aber nicht mehr in der Lage, eine gesamtgesellschaftlich befriedigende Beschäftigung zu bieten. So werden die Probleme einer auf schrankenloses quantitatives Wachstum programmierten Verwertungsökonomie in die Zukunft verschleppt: Die Industriewirtschaft wird in eine prekäre Export- und Weltmarktabhängigkeit getrieben, es werden ohne vernünftige Kontrolle natürliche Ressourcen verbraucht und Verwüstungen der Umwelt hinterlassen, das nationalökonomische Potential wird in eine verlängerte Werkbank für transnationale, zum Teil subversive Kapitalunternehmungen verwandelt. Auf der anderen Seite werden soziale, infrastrukturelle und

zivilisatorische Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens vernachlässigt, deformiert und destruiert. Das Gemeinwesen, das seine Aufgaben erfüllen will, findet sich in den Sozialabbau, die Verschuldung und die Zinsknechtschaft getrieben.

Der systemisch gärende, auf der Grundlage kapitalwissenschaftlicher Ideologie weder begreifbare noch lösbare Widerspruch zwischen industrieller Warenproduktion und sozialwirtschaftlichen Diensten markiert die wichtigste Frontlinie der politisch-ökonomischen Entwicklung unserer Zeit. Die Vermutung liegt nahe, daß das Phänomen der Staatsverschuldung hier seine Wurzel hat. Er macht sich beispielsweise im neuerlichen Zusammenschluß von Dienstleistungsgewerkschaften geltend oder artikuliert sich in der Debatte über Neoliberalismus und Sozialstaat in noch verklausulierter Weise. Eine zukunftsfähige Lösung dieses Widerspruchs, damit auch eine Lösung des Beschäftigungs- und Umweltproblems, kann aber nur durch die weitere Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste und durch eine dem entgegenkommende steuer-, haushalts- und finanzpolitische Reorganisation ökonomischer Kreislaufprozesse gefunden werden, die definitiv eine paritätische Beziehung zwischen den beiden Hauptabteilungen des Wirtschaftslebens herstellt und damit zwangsläufig eine gesamtwirtschaftlich übergreifende, höherstehende ökonomische Logik herausbildet.

Gefordert ist demnach eine *Politik der politisch-ökonomischen Transformation*, die sich nicht damit begnügen kann, in herkömmlicher Manier kapitalwirtschaftlich generierten Wert ex post abzuwickeln und für soziale Zwecke umzuverteilen. Vielmehr muß volkswirtschaftlich objektiv bestehenden, *neuen Wertbildungsverhältnissen* ein institutioneller Ausdruck verschafft werden, was auch die Schaffung neuer ökonomischer Formen, Regularien und Organe auf gesamtstaatlicher, betrieblicher und vor allem auf der regionalen, kommunalen Ebene einschließen mag. Allem voran muß allerdings eine *kritische politische Ökonomie*, so oder so, die Fesseln der traditionellen Kapital- und Krisentheorie sprengen und das schwierige wert- und transformationstheoretische Neuland erschließen. Die *Theorie der Sozialwirtschaft* faßt sich, noch proto-theoretisch, in der These zusammen, daß der Entwicklung der ökonomischen Funktionen des modernen Staates und der damit zusammenhängenden Entfaltung der sozialwirtschaftlichen Sphäre eine die Kapitalwirtschaft transzendierende neue Ökonomie innewohnt, welche bereits als reale Latenz existiert, eine tragfähige Alternative zur neoliberalen Wirtschaftspolitik und Globalisierung aufweist und letztlich überhaupt auf die Möglichkeit einer anderen als der noch kapitalwirtschaftlich dominierten Wirtschaftsverfassung und gesellschaftlichen Assoziierungsform vorausdeutet.

Überwiegend wird die Darstellungsmethode, die Marx im *Kapital* anwandte und die uns eine artistische Konstruktion beschert hat, für den wirklichen Forschungsgang an Stelle der Gedankenexperimente genommen, aus denen sich die Wert- und Kapitaltheorie erst kristallisiert hat. Kompliziert wurde alles noch durch Versuche, die dialektisch inspirierte Darstellung als unüberbietbares, endgültiges Konstrukt hinzustellen. Tatsächlich verdankt sich die Marxsche Wert- und Kapitaltheorie empirisch-historisch unterlegten, kreislauftheoretischen Forschungen am Szenario einer gesellschaftlichen Gesamtreproduktion, also nicht begriffslogischen Ableitungen im Ausgang von einer Zellenform Ware. Die eigentliche Marxsche Methode ist insofern die einer – von *Quesnays Tableau économique* inspirierten – szenischen, utopisch-kritischen Praxisformanalyse (vgl. Müller 2001).

Literatur

- Altwater, Elmar u. a. (Hrsg.): Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise. Ökonomie und Politik in der Bundesrepublik, 2 Bde., Berlin 1982.
- Castells, Manuel: Die kapitalistische Stadt. Ökonomie und Politik der Stadtentwicklung, Hamburg 1977.
- Creydt, Meinhard: Dritter Sektor – Keimzellen für eine lebbare Zukunft?, in: Widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik, Heft 34 (1997), S. 184-189.
- Eichhorn, Peter u. a.: Privatisierungsdogma widerspricht Sozialer Marktwirtschaft. Öffentliche Unternehmen sind unverzichtbar zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben, in: Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft (Hrsg.), Beiträge zur öffentlichen Wirtschaft, Heft 13 (1994).

- Engels, Friedrich: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, in: Marx Engels Werke (MEW), Bd. 21, S. 25 ff.
- Galbraith, John Kenneth: Die Geschichte der Wirtschaft im 20. Jahrhundert, Hamburg 1995.
- Hobsbawm Eric J.: Das imperiale Zeitalter 1875-1914, Frankfurt/M. 1996.
- Hobsbawm, Eric J.: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/Wien 1999.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.): Leistungen der Daseinsvorsorge in Europa, in: Mitteilungen der Kommission KOM (2000) 580 endgültig.
- Kroker, Rolf: Der Staat als Wirtschaftsfaktor. Zur Aussagefähigkeit der Staatsquote, in: Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.), Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Nr. 93 (1981).
- Lapinsky, Paul: Der Sozialstaat. Etappen und Tendenzen seiner Entwicklung, in: Unter dem Banner des Marxismus, Heft 4/1928, S. 377-418.
- Lefebvre, Henri: Die Revolution der Städte, Frankfurt/M. 1976.
- Luxemburg, Rosa: Die Akkumulation des Kapitals, in: Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 5, S. 413 ff.
- Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in MEW, Bd. 42, S. 15 ff.
- Marx, Karl: Fragment des Urtextes von »Zur Kritik der Politischen Ökonomie« (1858), in: Ders.: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie (Rohentwurf), Berlin 1974, S. 869 ff.
- Marx, Karl: Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: MEW, Bd. 17, S. 313 ff.
- Mies, Maria: Globalisierung von unten. Der Kampf gegen die Herrschaft der Konzerne. Hamburg 2001.
- Mottek, Hans/Becker, Walter/Schröter, Alfred: Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß. Bd. I-III, Berlin (DDR) 1975.
- Müller, Eva: Das Volkseinkommen und seine Umverteilung über den Staat. Mit Anmerkungen: Nationaleinkommen und Volkseinkommen im Systemvergleich, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 10-1996.
- Müller, Horst: Kapitalwirtschaft und Sozialwirtschaft (I). Zur konkreten Utopie der politischen Ökonomie, in: UTOPIE kreativ, Nr. 47/48 (September/Oktober 1994), S. 123-135.
- Müller, Horst: Kapitalwirtschaft und Sozialwirtschaft (II). Übergang zur Sozialwirtschaft, in: UTOPIE kreativ, Nr. 50 (Dezember 1994), S. 25-37.
- Müller, Horst: Konkrete Praxisphilosophie und Theorie der ökonomischen Transformation, in: VorSchein. Blätter der Ernst-Bloch-Assoziation, Nr. 15 (1996), S. 78-127.
- Müller, Horst: Asche und Glut des Marxismus. Bilanz und Perspektive in der Zeit der Globalisierung, in: VorSchein. Blätter der Ernst-Bloch-Assoziation, Nr. 18/19 (2000), S. 66-90.
- Müller, Horst: Der Stadtwegweiser Sozial-Atlas. Einrichtungen, Angebote, Informationsquellen, hrsg. von der Stadt Nürnberg, 2000/01 (7. Auflage).
- Müller, Horst: Bloch, Kofler und das Projekt einer utopisch-kritischen Wissenschaft gesellschaftlicher Praxis, in: Jünke, Christoph (Hrsg.), Am Beispiel Leo Koflers. Marxismus und soziale Bewegungen im 20. Jahrhundert, Münster 2001.
- Priller, Eckhard/Zimmer Annette/Anheier Helmut K.: Der Dritte Sektor in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Zeitschrift Das Parlament, B9/1999, S. 12-21.
- Reyher, Lutz/Bach, Hans-Uwe: Arbeitskräfte-Gesamtrechnung. Bestände und Bewegungen am Arbeitsmarkt, in: Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 70 (1988), S. 120-143.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1999. Anlaß, Konzeptänderungen und neue Begriffe, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 4/1999 und Heft 6/1999.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Klassifikation der Wirtschaftszweige. Ausgabe 1993 (WZ 93). Wehler, Hans-Ulrich: Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918, Göttingen 1975.

ANJA OBERKOFER

Kritische Ansätze im amerikanischen Rechtsdenken

Die Critical Legal Studies sind eine fortschrittliche, linke Strömung in der amerikanischen Rechtstheorie, die seit den siebziger Jahren ihre theoretischen Grundlagen aufbauend auf Marx, Engels, Gramsci, aber auch auf Foucault und Derrida weiterentwickelt. Vorliegender Beitrag zeigt den widersprüchlichen Werdegang einer Rechtstheorie, die angetreten ist, sich mit den gesellschaftspolitischen Machtverhältnissen in den USA kritisch auseinanderzusetzen, und dabei insbesondere die Zusammenhänge zwischen gesellschaftlicher Macht und Recht zu analysieren.

Die zunehmende Etablierung der Critical Legal Studies an den amerikanischen Eliteuniversitäten bedingte jedoch eine Kehrtwende des vormals fortschrittlichen Denkens, als nunmehr die von ihren Vertretern Duncan Kennedy und Roberto Unger entwickelten Ansätze zu einem intellektuellen Glasperlenspiel der akademischen Jurisprudenz wurden und den Bezug zur Praxis und damit zum Menschen verloren.

Die Geschichte der Critical Legal Studies ist ein mahnendes Beispiel für das Scheitern fortschrittlicher Rechtstheorien, die nicht über den Horizont der bürgerlichen Gesellschaft hinausdenken.

Einführende Bemerkungen zu den Critical Legal Studies

Ein materialistischer Blick auf Veränderungen in der US-amerikanischen Rechtswissenschaft, die in Europa wegen ihrer jungen Tradition¹ eher am Rande wahrgenommen wird, kann für das Thema »Gerechtigkeit und Geschichte« nützlich sein, zumal in der Gegenwart die weltpolitische Vormachtstellung der USA auf längere Zeit hinaus unbestritten zu sein scheint. Zu den bemerkenswertesten, aber auch umstrittensten Strömungen zählen die Critical Legal Studies², in deren Arbeiten Denkansätze von Karl Marx, Friedrich Engels und Antonio Gramsci ebenso aufgenommen werden wie solche der Frankfurter Schule, Michel Foucault oder Jacques Derrida.

Die nationale konservative amerikanische Presse bezeichnet in den achtziger Jahren die Critical Legal Studies, zu deren prominentesten Vertretern Duncan Kennedy³, nunmehr Professor an der amerikanischen Kaderschmiede für Juristen, der Harvard University, und Jack Balkin⁴, Professor an der nicht weniger renommierten Yale Law School, gehören, als radicals. Bei den Critical Legal Studies handle es sich um ein Konglomerat »linker«, unorthodoxer rechtspolitischer und rechtswissenschaftlicher Ideen und Theorien, das versucht, sich auf Hochschulebene zu organisieren und mehr Einfluß in



Mag. Anja Oberkofler
Jg. 1975, Rechtsanwaltsanwältin in Wien; abgeschlossenes Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Innsbruck; derzeit Promotion an der Universität Wien: Kritische Ansätze im amerikanischen Rechtsdenken (Diss. Uni Wien August 2001); (Ver-)Pfändung von Internet-Domains, Medien & Recht 3/2001; Neueste Neue Akzente aus Strassburg, Die Rechtsprechung zu Art 10 EMRK, in: Medien & Recht 2/2000 (zusammen mit D. Damjanovic); Europäisches Deliktsrecht, Gedanken zur Realisierbarkeit, ÖJZ 1998, S. 502-505.

Der Beitrag wurde am 21. Januar 2001 auf dem Kolloquium anlässlich des 75. Geburtstages von Hermann Klenner gehalten.

1 Mit dem Ende des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges 1780 kann der Beginn der amerikanischen Rechtswissenschaft angesetzt werden, die im Laufe der Zeit eine gewisse Verselbständigung sowohl gegenüber der kontinental-europäischen als auch gegenüber der englischen erfahren hat. Im Gegensatz dazu reichen die Wurzeln der europäischen Rechtswissenschaft bis in die Antike zurück. So kannte bereits Aristoteles, wie er in seiner Nikomachischen Ethik darlegt, eine Unterscheidung zwischen positivem und natürlichem Recht: »Wie es nun ein doppeltes Recht gibt, das ungeschriebene und das gesetzliche, so scheint auch bei der Freundschaft aus Nutzen die eine auf dem Charakter, die andere auf dem Gesetz zu beruhen.« Aristoteles: Die Nikomachische Ethik, DTV (1986) 253.

2 Vgl. dazu Duxbury, der von »jurisprudence of modern times« spricht Duxbury: Patterns of American Jurisprudence (1995) 426; Duxbury bietet eine umfassende und kritische Darstellung der Geschichte der amerikanischen Rechtswissenschaft bis in die jüngste Vergangenheit.

3 Duncan Kennedy ist seit 1976 Professor of Law an der Harvard University.

4 Jack Balkin ist Professor für Verfassungsrecht an der Yale Law School. Balkin studierte Rechtswissenschaften an der Harvard University und promovierte an der philosophischen Fakultät der Universität Cambridge. Bevor er seine akademische Laufbahn als Professor für Verfassungsrecht einschlug, sammelte er praktische Erfahrungen als Anwalt in New York. Balkin ist unter anderem auch Gründer und Direktor der Yale's Information Society Projects, das sich mit Rechtswissenschaften und neuen Informationstechnologien befaßt.

5 Meyer: Ein Studienjahr an der Harvard Law School, JZ 1987, 715. Vgl. auch Kessler: Metamorphosen im Amerikanischen Vertragsrecht, JJ 1988, 113, für den die Critical Legal Studies ein »Amalgam von modern legal realism und Neomarxismus, wie er von der Frankfurter Schule entwickelt worden ist« bilden.

6 1961-1973.

7 Ermordung des schwarzen Bürgerrechtskämpfers Martin Luther King Jr. 1968.

8 Kennedy dazu 1970: »The war in Vietnam has made young people (...) more reluctant than in the past to commit a part of themselves which they know to be fragile to a legal process which they know to be brutal (...)« Kennedy: How the Law School fails, 1 Yale Review of

den juristischen Fakultäten zu gewinnen und dessen Hauptanliegen die »Dekonstruktion« der rechtlichen Dogmatik mit dem Ziel der Offenlegung der angeblich wirklich ergebnisbestimmenden Faktoren, häufig mit einer marxistischen oder feministischen oder einer besonders die Rolle der Minderheiten betonenden Tendenz«.⁵

Während des Vietnamkrieges⁶ und der zugespitzten Rassenauseinandersetzungen⁷ in den USA⁸ stellten einige sich mit der politischen Linken⁹ identifizierende Professoren und Studenten, ausgehend von den Überlegungen des in der Zwischenkriegszeit entstandenen Rechtsrealismus¹⁰, den liberalen Rechtsformalismus und die herrschende Rechtsdogmatik vehement in Frage.

1977 gelang es *David Trubek*¹¹ und *Duncan Kennedy*, der aus einer typischen upper-middle class stammend, von sich selbst sagte: »I was raised to be a part of the liberal ruling elite«¹², eine Gruppe linker Juristen auf der Gründungskonferenz der Critical Legal Studies zu versammeln.¹³ Doch schon in der Geburtsstunde der Critical Legal Studies zeigt sich das bekannte Dilemma vermeintlich linker Rechtstheorien, nämlich jenes ihrer mangelnden Homogenität und bürgerlichen Beschränktheit, so daß jegliche Versuche einer inhaltlichen Determinierung der Critical Legal Studies scheitern.¹⁴ Für *Roberto Unger*¹⁵, dessen »The critical legal studies movement«¹⁶ als ein Klassiker¹⁷ unter den Schriften über die Critical Legal Studies gelten kann, haben die Critical Legal Studies »die zentralen Ideen des modernen Rechtsdenkens«¹⁸ untergraben und anstelle dieser eine neue Konzeption des Rechts gesetzt.¹⁹ Gleichzeitig bemüht sich *Unger* zu betonen, daß diese Feststellung mehr ein Vorschlag sei als eine Beschreibung. Beispiele für diese den Critical Legal Studies inhärente Abneigung gegen jede präzise inhaltliche Determinierung ließen sich noch beliebig weiter anführen.²⁰ Aus diesem Grund, vor allem aber, da sich im Laufe der Zeit gewisse Themenschwerpunkte im Einflußbereich der Critical Legal Studies verselbständigten²¹ – hier sei auf die ihre eigene Daseinsberechtigung erfahrende Critical Race Theory²² oder die feministische Lehre²³ hingewiesen – ist es schwer, die Critical Legal Studies in ihrer Gesamtheit präzise zu erfassen und zu beurteilen. Nichtsdestoweniger kann hierorts schon festgehalten werden, daß die durchaus marxistischen beziehungsweise fortschrittlichen Ansätze der frühen Protagonisten der Critical Legal Studies wie etwa des *Morton Horwitz*²⁴, der in seinem »The Transformation of American Law, 1780 - 1860«²⁵ aufzeigte, wie die amerikanischen Richter die common law Doktrin an die geänderten wirtschaftlichen Verhältnisse im 19. Jahrhundert, die von zügelloser Konkurrenz geprägt waren, anpaßten oder auch die *Kennedys*, der in seinem 1983 verfaßten »Legal Education and the Reproduction of Hierarchy«²⁶ von der Juristenausbildung als einer Form konservativer Indoktrination spricht, nicht weiterentwickelt wurden, sondern im Laufe der Zeit verwässerten, so daß am Ende der Entwicklung der Critical Legal Studies etwa ein *Jack Balkin* steht, der mit seiner These von der Gerechtigkeit als einem im menschlichen Herzen verankerten transzendentalen Wert, der nach Artikulation verlangt, aber niemals gänzlich erfüllt werden kann²⁷, zu einer Gläubigkeit zurückkehrt, die schon längst überwunden zu sein scheint²⁸.

*Duncan Kennedy – ein Robin Hood²⁹
der amerikanischen Rechtstheorie?*

Duncan Kennedy und *Roberto Unger*, der die Critical Legal Studies mit seiner Vision einer den Liberalismus ablösenden kommunitaristischen Gesellschaftsform prägte³⁰, gelten bei diesem Prozeß als »Männer der ersten Stunde«. Insbesondere *Kennedys* Arbeiten haben die Critical Legal Studies nachhaltig beeinflusst, wobei sich drei in engem Konnex zueinander stehende Themenschwerpunkte herauskristallisieren. Schon frühzeitig durchschaut *Kennedy* die Funktion der Juristenausbildung zur Sicherung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse und analysiert diese, indem er immer wieder – und dies zu Recht – auf die Arbeiten von *Gramsci*, aber auch von *Foucault* zurückgreift.³¹ Der englische Rechtswissenschaftler *Duxbury* befindet sogar, daß »Kennedy's attack on the Yale Law School is critical legal studies at its best, a cride coeur against the repressiveness of an institution which purports to epitomize freedom and tolerance.«³²

In den siebziger Jahren steht die Normanwendung im liberalen Rechtssystem im Mittelpunkt der Veröffentlichungen *Kennedys*. 1977 erscheint im Rahmen der Gründungskonferenz der Critical Legal Studies *Kennedys* Aufsatz »Form and Substance in Private Law Adjudication«³³, in dem er sich mit den inneren Spannungen des Liberalismus, und insbesondere auch mit dem Konflikt zwischen Individualismus und Altruismus auseinandersetzt. Zwei Jahre später, nunmehr bereits Professor of Law an der Harvard Law School, entwickelt er in »The Structure of Blackstone's Commentaries«³⁴, beeinflusst von den Werken von *Hegel*, *Marx*, *Lukács* und *Marcuse*, seine schon in »Form and Substance in Private Law Adjudication« dargelegte These von den inneren Spannungen des Liberalismus als »fundamental contradiction«³⁵ weiter. Die Analysen des nunmehrigen Carter Professor of General Jurisprudence der Harvard Law School über die Spannungen im System des Liberalismus ziehen sich bis in die Gegenwart hinein. In seinem unveröffentlicht gebliebenen Manuskript »Utopian Rationalism in American Legal Thought«³⁶, in dem *Kennedy* sich der Theorie von *Hart* und *Sacks*, dargelegt in deren Buch »The legal process«³⁷ widmet, geht es *Kennedy* insbesondere um die von *Hart* und *Sacks* angenommene Fähigkeit von Richtern, auf Rechtsstreitigkeiten immer eine »correct answer« zu finden. Die Rolle der Richter im amerikanischen Rechtssystem sollte in späteren Jahren einen zentralen Punkt in den Arbeiten *Kennedys* spielen und findet ihren vorläufigen Abschluß in seinem 1997 erschienenen Buch *A Critique of Adjudication*³⁸, in dem er versucht, eine generelle Gesellschaftstheorie mit subversiven Bestrebungen zu entwickeln, die sich mit der Rolle der politischen Ideologie im Rechtsprechungsprozeß auseinandersetzt³⁹. Indem sich *Kennedy* mit den Funktionen von Rechtsregeln, Juristenausbildung und Rechtsprechung im herrschenden kapitalistischen System auseinandersetzt, setzt er sich aber auch mit der Frage nach der Gerechtigkeit in diesem System auseinander. Für *Kennedy* und die Critical Legal Studies liegen die Wurzeln der Logik und Struktur, die dem Recht zugeschrieben werden, in den Machtverhältnissen der jeweiligen Gesellschaft begründet. Das Recht dient, so *Kennedy*⁴⁰, in erster Linie der Unterstützung der

Law and Social Action (1970) 80. In dieser Zeit setzten sich vornehmlich Moral- und RechtsphilosophInnen in fachwissenschaftlicher Hinsicht mit der in den USA geführten civil disobedience Thematik auseinander. Vgl. dazu nur etwa Ronald Dworkin, einem Kritiker des Rechtspositivismus und der Critical Legal Studies, in *Taking Rights Seriously* (1977) oder auch Rawls: *A Theory of Justice* (1971).

9 Die Generation, die unter Dwight D. Eisenhower (34. Präsident der USA von 1953-1961) aufwuchs, begann sich in den sechziger Jahren vor dem Hintergrund des eskalierenden Kalten Krieges und der Ermordung John F. Kennedys (35. Präsident der USA von 1961-1963), in den viele junge Leute ihre Illusionen gesetzt hatten, politisch eine neue Heimat zu suchen und formierten sich zur New Left. Die Students for a Democratic Society (SDS) wurden 1962 gegründet und kritisierten v.a. die Unterstützung von Rassismus und Militarismus an den amerikanischen Universitäten.

10 Der amerikanische Rechtsrealismus verdrank viel der deutschen Freirechtswegung zu Anfang des 20. Jahrhunderts. Vgl. neben vielen anderen Herget/Wallace: *The German Free Law Movement as the Source of American Legal Realism*, 73 *Virginia Law Review* (1987) 399. Vgl. ausführlich zum Rechtsrealismus und seiner Protagonisten Casper: *Juristischer Realismus und politische Theorie im amerikanischen Rechtsdenken* (1967).

11 David Trubek, der sich u. a. mit Rechtsvergleichung und Völkerrecht beschäftigt, ist heute Dean of International Studies der University of Wisconsin Law School, an die er bereits 1973 berufen wurde.

12 *Kennedy* in einem dem *Barrister Magazine* 1987 gegebenen Interview zum Thema »Are lawyers really necessary?«

13 Vgl. dazu Binder: *On Critical Legal Studies as Guerilla Warfare*, 76 *Georgetown Law Journal* (1987) 23; »Critical Legal Studies was born of (...) dissonance between the student political experience of the sixties and the law school curriculum of the sixties and seventies«.

14 Vgl. Somek: *From Kennedy to Balkin: Introducing Critical Legal Studies from a Continental Perspective*, 42 *Kansas Law Review* (1994) 759. Somek sieht eine der wesentlichen Intentionen der Critical Legal Studies, für eine Gesellschaft, die sich nur scheinbar in einem normativ versöhnten Zustand befindet, eine angemessene Form der juristischen Analyse zu entwickeln (Somek: *Haben Sie heute schon dekonstruiert?*, *Rechtstheorie* 26. Band / Heft 2, 205).

15 Roberto Unger; Professor of Law an der Harvard University.

16 Unger: The critical legal studies movement (1986) 1.

17 Vgl. dazu Somek: From Kennedy to Balkin, 760, der von »the most admirable piece of scholarship explicitly aligned with the movement« spricht.

18 Vgl. dazu etwa Balkin: The Crystalline Structure of Legal Thought, 39 Rutgers Law Review (1986) 3: »If one attempts to view legal thinking as a coherent system of moral directives it becomes hopelessly complicated and confusing; however, if it is viewed dialectically as a continuing series of struggles between various sets of opposed ideas, its structure becomes relatively simple, crystal clear.«

19 Unger: The critical legal studies movement, 1.

20 Jedoch gilt es an dieser Stelle bereits mit Klenner übereinstimmend und warnend festzuhalten, daß »wenn Meinungsstreit (...) sich auf Definitionsgeizn reduziert, dann wird – günstigenfalls! – nur die Flucht aus der Wirklichkeit in die idealeren, sprich: dogmatischen Regionen begünstigt.« Klenner: Vom Recht der Natur zur Natur des Rechts (1984) 13.

21 Das Verhältnis sowohl der Critical Race Theory als auch der feministischen Theorie zu den Critical Legal Studies ist von Ambivalenz geprägt. Beide Theorien stellen insbesondere die von den Critical Legal Studies aufgestellte Behauptung eines Konsenses zugunsten der »reality of difference«, auf den das Rechtssystem gründet, in Frage. Vgl. dazu eingehend und grundlegend Duxbury: Patterns of American Jurisprudence, 504ff.

22 Vgl. dazu einen guten Überblick bietend Delgado/Stefanica (Hrsg): Critical Race Theory: The Cutting Edge (1999).

23 Prominenteste Vertreterin der feminist legal theory ist Catherine A. MacKinnon mit Sexual Harassment of Working Women: A Case of Sex Discrimination (1986), Feminism Unmodified: Discourses on Life and Law (1987), Toward a Feminist Theory of the State (1989).

24 Morton Horwitz ist Charles Warren Professor of American Legal History an der Harvard Law School und Vorsitzender des Program in the History of American Civilization.

25 Horwitz: The Transformation of American Law, 1780-1860 (1979).

Interessen derjenigen Schicht, die es formt. Recht als bloße Sammlung von Einstellungen und Vorurteilen, die die in der Gesellschaft herrschenden Ungerechtigkeiten legitimieren sollen, wird von den Mächtigen und Reichen als ein Instrument der Unterdrückung zur Sicherung der bestehenden gesellschaftlichen Hierarchie verwendet. Damit greift *Kennedy* die marxistische Theorie vom Recht als Ausdruck des Willens der ökonomisch und politisch herrschenden Klasse auf, dessen Inhalt in den materiellen Lebensbedingungen dieser Klasse wurzelt. Auch *Kennedy* betont den Klassencharakter rechtlicher Regeln, wengleich auch nicht in jener Deutlichkeit, Präzision und Konsequenz, die marxistischen Rechtstheoretikern zu eigen ist.

Und gerade im Bereich der Beschäftigung mit der Ideologie lassen sich innerhalb der Critical Legal Studies zwei Richtungen unterscheiden, die die innere Widersprüchlichkeit dieser Rechtstheorie verdeutlichen.⁴¹ Während *Kennedy* die wesentliche Rolle der Ideologie im Rechtssystem betont und bestrebt ist, die für ihn im Spannungsverhältnis zwischen Individualismus und Altruismus stehende Rechtsdogmatik darzustellen⁴², konzentriert sich etwa *Peter Gabel*⁴³ auf die Erfahrungen des einzelnen im Rechtssystem und die Erzeugung einer Entfremdung durch dieses und verleiht damit der Rechtstheorie der Critical Legal Studies einen pseudo-psychologischen Ansatz.

Trotz seiner Gedanken zur bestehenden Ungleichverteilung des gesellschaftlichen Reichtums wie etwa »... if you think that the distribution of wealth and power in our society is unjust, you should hold the people who make the laws responsible for it« beziehungsweise »the question is whether there should be a much more equal distribution of wealth and power than we now have«⁴⁴, zieht *Kennedy* ganz der Tradition der Critical Legal Studies verhaftet letztendlich keine Konsequenz aus dieser Fragestellung. Dann kann aber zu Recht gefragt werden: Cui bono?⁴⁵ Eine Rechtstheorie, die nur bestehende Verhältnisse kritisiert, aber keine Änderungen, keine revolutionären Änderungen beabsichtigt, ist nur ein williger Diener des herrschenden Systems, das sich mit dem Mäntelchen des Liberalismus umgeben kann. In Anlehnung an *Hegel* kann dann aber gesagt werden: »Die Kritik, die auf ein nur negatives (oder gar kein Resultat, Anm. Verfasserin) führt, ist ein nicht bloß trauriges Geschäft, sondern sich darauf beschränkend, von einem Inhalt nur zu zeigen, daß er eitel ist, ist selbst ein eitles Tun, eine Bemühung der Eitelkeit.«⁴⁶

Altes Problem im neuen Gewand – Rechtsstaatlichkeit als Verfahrensrecht

Diese Konsequenzlosigkeit ist nicht nur ein theoretisches Defizit der Critical Legal Studies, was sich im besonderen Maße an der von *Kennedy* geübten Kritik an der amerikanischen Rechtsprechung und der Rolle der amerikanischen Richter zeigt. Diese als kritisch angelegte Rechtstheorie bleibt für die USA allerdings ein als fortschrittlich einzuschätzender Versuch, das gesellschaftliche System von innen zu reformieren. Aufgrund der realen Klassenverhältnisse ist aber auch dieser Versuch letztendlich zum Scheitern verurteilt. Zur Illustration sei jener Teil der Kennedyschen Rechtsprechungstheorie herausgegriffen, die angesichts ihrer unrühmlichen Vergangenheit

im faschistischen Europa von besonderer Brisanz erscheint: Das eng mit dem Gedanken von Gerechtigkeit verbundene Rechtsstaatlichkeitsprinzip, das sowohl in Europa als auch in den USA eine wichtige gesellschaftliche Rolle spielt. Von großem Interesse erscheint die unterschiedliche Bedeutung, die der *rule of law* auf dem amerikanischen Kontinent zukommt. Mit dieser hat sich *Kennedy* in seiner *A Critique of Adjudication*, wenngleich verkürzt, auseinandergesetzt. Für die bürgerliche Reaktion in Europa war die »Herrschaft des Rechts« in ihrem Kampf gegen den Kommunismus immer ein wichtiges Instrument, vor allem die Trennung zwischen Judikative und Legislative wird als Herzstück der bürgerlichen Seite angesehen, die – nur scheinbar! – Hand in Hand mit den Menschenrechten und der repräsentativen Demokratie, basierend auf freien Wahlen, einhergeht. Das amerikanische System der Gewaltenteilung bedeutete in der Praxis eine sich im Lauf der Zeit abwechselnde Kontrolle der Gesetzgebung durch die Liberalen und Kontrolle der Judikative durch die Konservativen. Dies liegt an der grundsätzlich größeren Bedeutung der richterlichen Normsetzungstätigkeit in den USA, da die Gerichte sowohl im Privat- als auch im Verfassungsrecht ein wichtiges Werkzeug zur Durchsetzung von Gesetzesvorhaben darstellen. Die Macht und der Einfluß amerikanischer Höchstgerichte, die vor allem in 19. Jahrhundert dem Orakel von Delphi⁴⁷ gleich verehrt wurden, zeigte sich gerade zuletzt bei der umstrittenen US-Präsidentschaftswahl⁴⁸. *Duncan Kennedy* stellte der klassischen Rolle beziehungsweise Bedeutung der *rule of law*, die es für ihn als eine Frage der politischen Moral – hier kann nur gefragt werden: wessen Moral? – doch nur die der herrschenden Klasse! – zu unterstützen gelte, seine eigene – breite – Definition gegenüber, deren globales Anwendungsfeld er folgendermaßen zusammenfaßt: »That there be justiciable legal restraints on what one private party can do to another, and on what executive officers can do to private parties; That judges understand themselves to be enjoined to enforce these restraints independently of the views of the executive and the legislature, and of political parties; That judges understand themselves to be bound by a norm of interpretive fidelity to the body of legal materials that are relevant to whatever dispute is before them.«⁴⁹ Dem zufolge sieht *Kennedy* die *rule of law* als eine der Gerichtsbarkeit unterworfenen Machtbeschränkung Privater im Verhältnis untereinander als auch im Verhältnis zum Staat an, wobei die Richter dazu angehalten sind, diese Machtbeschränkungen unabhängig von den politischen Ansichten der Vollziehung, der Gesetzgebung und politischer Parteien durchzusetzen und sich an die Norm der interpretativen Treue zum gesetzlichen Material⁵⁰, das im jeweiligen Fall relevant ist, gebunden zu fühlen haben. Unter dieser von *Kennedy* institutionell beziehungsweise verfahrensrechtlich ausgestalteten *rule of law* haben die Bürger automatisch das Recht auf Anrufung des Gerichts. Dieses Recht naturrechtlichen Charakters⁵¹ bilde die notwendige Konsequenz zu den der Gerichtsbarkeit unterworfenen Einschränkungen privaten und öffentlichen Handelns. Obwohl *Kennedy* von »seiner« *rule of law* Definition überzeugt ist, macht er doch zwei Vorbehalte, von denen hier nur einer – aber ein wesentlicher – behandelt wird, geltend: Die *rule of law* hat nach *Kennedys* Auffas-

26 Kennedy: *Legal Education and the Reproduction of Hierarchy* (1983).

27 Balkin: *Being just with deconstruction* 3 *Social and Legal Studies* (1994) 393. Online-Version ist unter der Internet-Adresse <http://www.yale.edu/lawweb/jbalkin/articles/beingjust1.htm> abrufbar.

28 Vgl. dazu auch Klenner: *Vom Recht der Natur zum Natur des Rechts*, 156.

29 Auf die Frage, ob *Kennedy* sich selbst angesichts seiner gesellschaftspolitischen Einstellungen als Robin Hood sehe: »Robin Hood was an outlaw«, (*Kennedy*: *Are lawyers really necessary?*).

30 Vgl. dazu Unger: *Law in Modern Society: Towards a Criticism of Social Theory* (1976).

31 *Kennedy Duncan*: *Are lawyers really necessary*, *Barrister Magazine*; *How the Law School fails*, 1 *Yale Review of Law and Social Action* (1970) 71; *Legal Education and the Reproduction of Hierarchy* (1983)

32 Duxbury: *Patterns of American Jurisprudence*, 422.

33 *Kennedy*: *Form and Substance in Private Law Adjudication*, 89 *Harvard Law Review* (1976) 1685-1778.

34 *Kennedy*: *The Structure of Blackstone's Commentaries*, 28 *Buffalo Law Review* (1979) 206-382.

35 fundamental contradiction – that relations with others are both necessary to and incompatible with our freedom is (...) pervasive *Kennedy*, *Blackstone* 215. Vgl. dazu auch Somek: Haben Sie heute schon dekonstruiert? 207, der treffend *Kennedys* Gedanken resümiert und festhält, daß *Kennedy* die »Produkte der rechtswissenschaftlichen Analyse als Dokumente eines Widerspruchs unserer gesellschaftlichen Existenz ansieht, der uns zwar zur Realisierung unserer Freiheit verhält, in Rechtsverhältnissen mit anderen einzutreten, welche aber gleichzeitig die solcherart gewonnene Freiheit stets auch bedrohen.«

36 Vgl. dazu Duxbury: *Patterns of American Jurisprudence*, 456.

37 Hart / Sacks: *The Legal Process: Basic Problems in the Making and Application of Law*. *Kennedy* setzt sich mit Hart und Sacks auch in seinem jüngsten Buch, jedoch nur kurz, in Zusammenhang mit der Problematik einer Unterscheidung zwischen »rule application« und »rule making« auseinander. Siehe *Kennedy*: *A Critique of Adjudication* (1997) 31.

38 Kennedy: A Critique of Adjudication.

39 Kennedy: A Critique of Adjudication.

40 Kennedy: Are lawyers really necessary?

41 Balkin: Ideology as Constraint, 43 Stanford Law Review (1991) 1167ff.

42 Für Habermas geht es Kennedy darum zu zeigen, »daß die amerikanische Entwicklung des Privatrechts und der Privatrechtsjudikatur um zwei unvereinbare Prinzipien kreist. Auf der einen Seite kommt der Grundsatz der individuellen Vertragsautonomie und damit die liberale Gesellschaftsvision einer geregelten Konkurrenz zweckrational handelnder Privatleute zur Geltung, auf der anderen Seite der Grundsatz des Vertrauensschutzes in einer reziprok verpflichtenden Vertragsbeziehung und damit die konträre Vision einer auf gegenseitiger Rücksichtnahme und Solidarität beruhenden Assoziation.« Habermas: Faktizität und Geltung (1998) 265.

43 Gabel: The Phenomenology of rights-consciousness and the Pact of the Withdrawn Selves, 62 Texas Law Review (1984) 1563 ff.

44 Kennedy: Are lawyers really necessary? .

45 In ähnlichem Zusammenhang – nämlich in seiner kritischen Auseinandersetzung mit der Frankfurter Schule – meint etwa Beyer zu recht: »Der Kritik-Gehalt der Theorie darf nicht den Kritik-Gehalt der Praxis, also die Tat, verbauen.« Beyer: Die Sünden der Frankfurter Schule: Ein Beitrag zur Kritik der »Kritischen Theorie« (1971) 20.

46 Hegel: Jubiläumsausgabe, Frommanns-Verlag, Bd 16, 399.

47 Vgl. noch zum heutigen Verständnis der Person des Richters als mythische Figur ausführlich Kennedy: A Critique of Adjudication. Hingegen spielt nach Kennedys Ansicht die RichterInnen auf dem europäischen Kontinent eine weniger einflußreiche Rolle. Auch Fikentscher: Methoden des Rechts, Bd. 2 (1975) 283 befindet: »(...) naturgemäß steht die Person des Richters für einen anglo-amerikanischen Juristen im Vordergrund«.

48 Vgl. dazu auch Noll: Im Prinzip mündig (1996) 70.

49 Kennedy: A Critique of Adjudication, 13.

50 Vgl. dazu in anderem Kontext den vehementesten Kritiker der Critical Legal Studies, Ronald Dworkin in seinem Law's Empire (1998) 255 und seiner Vorstellung von law as integrity.

sung keinen absoluten Wert, sondern ist im Zusammenhang mit den modernen liberalen westlichen Institutionen zu sehen und »sometimes has to be compromised with ideas like emergency, national security, or just ›substantial justice‹«. ⁵² Diese Einschränkung zeigt die Schwäche der Kennedyschen Definition der Rechtsstaatlichkeit als verfahrensrechtliches Recht, denn gerade dieser Vorbehalt eröffnet – wie könnte es anderes sein! – das Tor zur inhaltlichen Bestimmung des Rechtsstaatlichkeitsprinzips und kann damit nicht als ein von den gesellschaftlichen Bedingungen losgelöstes – quasi im freien Raum schwebendes – verfahrensrechtliches Recht betrachtet werden. Daß dieses Kennedysche Verfahrensmodell der Rechtsstaatlichkeit im bürgerlichen Europa nicht auf Gegenliebe gestoßen ist, mag nicht weiter verwundern. ⁵³ Denn selbstverständlich kann auch *Kennedys rule of law* wie jedes andere Rechtsinstitut immer nur der herrschenden Klasse dienen, denn Recht und damit seine Institute sind immer nur Instrumente, um die Politik einer herrschenden Klasse durchzusetzen. Nichtsdestoweniger dürfen aber die Leistungen der Critical Legal Studies in einem Land, in dem Mitte der fünfziger Jahre – also nur zehn Jahre, bevor sich eine kritische Linke entwickeln konnte – derartige fortschrittliche Ansätze vor dem Untersuchungsausschuß des amerikanischen Senats über unamerikanische Umtriebe enden hätten können ⁵⁴, nicht zu gering bewertet werden.

Durch das Infragestellen einer »neutralen« Rechtsanwendung, insbesondere aber durch ihre These von Richtern als ideologische Akteure ⁵⁵ haben die Critical Legal Studies, vor allem *Duncan Kennedy*, zu einem geänderten Verständnis der amerikanischen Rechtsprechung beigetragen. Nicht vergessen werden darf in diesem Zusammenhang auch der Einfluß der Critical Legal Studies auf das System der amerikanischen law schools ⁵⁶, wobei – und dies sei hier nur der Vollständigkeit halber erwähnt – für die amerikanische Jurisprudenz die Verknüpfung von Methodenfragen mit Ausbildungsfragen eine Sache der Notwendigkeit ist. Diese Verknüpfung beginnt nicht erst mit den Critical Legal Studies, die das Recht den Studierenden aus einem anderen Blickwinkel – vermöge einer »humanistic critique« ⁵⁷ – näher bringen: »Legal education is no longer a form of conservative indoctrination which is unopposed«, ⁵⁸ sondern ist seit der Einführung der case method Mitte des 19. Jahrhunderts an den amerikanischen law schools durch den Chemiker *Charles William Eliot* ⁵⁹ Teil der amerikanischen Rechtstradition.

Vermeintlicher Nutzen einer Dekonstruktion zum Zwecke der Gerechtigkeit bei Jack Balkin

Die von den Critical Legal Studies vertretenen Thesen vom politischen Charakter des Rechts, vom Einfluß der Ideologie auf die Rechtsprechung und von der Auseinandersetzung zwischen Liberalismus und Altruismus paßten sich im Laufe der Zeit dem mainstream an. Anstatt die Fortschrittlichkeit voranzutreiben, verfielen die Critical Legal Studies in einen Rückschritt. Dies zeigt sich deutlich an dem Rechtstheoretiker *Jack Balkin*, der für manche – auch Europäer – einen der herausragendsten Beiträge zur Rechtstheorie des 20. Jahrhunderts geleistet haben soll ⁶⁰. Daß diese Meinung nicht uneingeschränkt zu teilen ist, legen nachfolgende Ausführungen

nahe. Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre wurde es in der amerikanischen, linken Rechtstheorie populär, die Dekonstruktion – ursprünglich eine von Jacques Derrida⁶¹ an dem Saussure'schen Differenzkonzept orientierte Methode zur Beurteilung literarischer und philosophischer Texte, deren Hauptaugenmerk den impliziten Oppositionen oder Grenzziehungen innerhalb des Textes, die von seiner eigenen Logik, wenn man sie weiterverfolgt, unterlaufen werden und ein Paradoxon darstellen – auch auf das Recht anzuwenden. Daß begriffliche Oppositionen nicht nur in Literatur und Philosophie, sondern gerade auch im Recht vorhanden sind, womit die Umkehrung begrifflicher Hierarchien, wie sie Gegenstand der Dekonstruktion ist, auch im Recht ein Betätigungsfeld findet, machte diese anti-humanistische⁶² Methodik für die Rechtstheorie interessant. Derrida, wahrlich kein Rechtstheoretiker, bemerkte schon frühzeitig, daß es »normal, vorhersehbar, wünschenswert war, daß Untersuchungen dekonstruktiven Stils in das Problemfeld des Rechts, des Gesetzes und der Gerechtigkeit einmünden. Dieses Feld wäre sogar ihr eigentlicher Ort, der Ort, wo sie am ehestens zu Hause sind, wenn es denn so etwas gibt wie einen eigenen Ort.«

Warum sich gerade eine humanistische Rechtstheorie wie die Critical Legal Studies dieses Analyseverfahrens bedient, bedürfte einer eigenen Untersuchung, auch wenn Balkin die Antwort in der dekonstruktiven Tradition der amerikanischen Rechtstheorie finden will⁶³. Eine differenziertere Betrachtungsweise zeigt aber, daß am Ende des Prozesses der Aneignung der Dekonstruktion als Instrument zur Analyse des Rechts durch die Critical Legal Studies ein Rückgriff auf naturrechtliche Werte steht, der die anti-humanistische Grundthese der Dekonstruktion scheinbar redigiert und legitimiert.

Da im Gegensatz zur Dekonstruktion des Rechts die literarische Dekonstruktion nicht primär kritischen Zwecken gewidmet war, mußten die Critical Legal Studies die Dekonstruktion dem von ihnen gewünschten kritischen Verwendungszweck anpassen.⁶⁴ Bei einer Dekonstruktion des Rechts geht es den Rechtstheoretikern der amerikanischen Linken um die Kritik an der Inkohärenz doktrinärer Unterscheidungen und um das Aufzeigen von Ungerechtigkeiten im Recht.⁶⁵ Durch dekonstruktives Fragen, das die Grundlagen des Rechts, der Moral und der Politik betrifft, ohne selber aber ein begründetes Verfahren zu sein oder sich gegen die Begründung zu richten, sollten bestimmte Werte aus dem Gleichgewicht gebracht und komplizierter beziehungsweise paradoxer gefaßt werden.⁶⁶ Die Technik und Entwicklung der Dekonstruktion des Rechts sind, wie Balkin⁶⁷ oder auch Somek⁶⁸ feststellten, eng und untrennbar mit den Critical Legal Studies verbunden. Was die Dekonstruktion für die Critical Legal Studies interessant macht, ist die von der Dekonstruktion in das Zentrum ihrer Analyse gerückte Veränderbarkeit von Bedeutungen und begrifflichen Grenzen, ihr interdisziplinärer Anwendungsbereich und das Untergraben der Logik von Texten.⁶⁹ Daß die Verwendung der Dekonstruktion durch die Critical Legal Studies nicht unproblematisch ist, sei an dieser Stelle nur der Vollständigkeit halber erwähnt.⁷⁰ Das Verdienst der Critical Legal Studies liegt aber jedenfalls in der pragmatischen Verwendung der Dekonstruktion als eine von vielen Techniken für die Analyse spezifischer Probleme in

51 Dieses Recht steht den BürgerInnen auch in Abwesen eines bill of rights zu. (Kennedy: A Critique of Adjudication, 14).

52 Kennedy: A Critique of Adjudication, 14.

53 Vgl. dazu etwa Bauman: Critical Legal Studies, 34.

54 An dieser Stelle sei an die Ermordung von Julius und Ethel Rosenberg am 19. Juni 1953 im Sing Sing Prison, New York erinnert.

55 Vgl. dazu Kennedy: A Critique of Adjudication, 39ff und 182ff.

56 Vgl. dazu nur Kennedys eigene Beiträge How the Law School fails, 1 Yale Review of Law and Social Action (1970) 71; Kennedy Duncan: Legal Education and the Reproduction of Hierarchy (1983); siehe auch Ward, Kantianism, Postmodernism and Critical Legal Thought (1997) 113: »The empirical basis to much of the early CLS scholarship can be explained, in part, by the lingering influence of realism, not just doctrinally, but in its concern with legal education. The practical impulse for CLS was not just the demise of certain scholars in individual tenure disputes with various universities, but more generally, a deep – seated feeling that the established orthodoxy of legal education was wholly uncritical, both socially and politically.«

57 Kennedy: Are lawyers really necessary?

58 Kennedy: Are lawyers really necessary?

59 Charles William Eliot (1834-1926); Professor der analytischen Chemie; 1869 –1909 Präsident der Harvard University von 1869-1909; setzte sich in den Jahren 1911-1912 weltweit für den Frieden ein; vgl. dazu American Authors 1600-1900 (1938) 247 f. Eliot war als Mathematiker und Chemiker begeisterter Anhänger und Verfechter der »classroom laboratory method«, bei der die Aufgabe des Professors vornehmlich darin bestand, die Studenten anzuleiten, aus konkreten Fällen allgemeine Grundsätze abzuleiten. Vgl. dazu kritisch Schlegel: American Legal Theory and American Legal Education, A Snake swallowing its tail?, 50 in: Joerges / Trubek (Hrsg.): Critical Legal Thought: An American-German Debate (1989).

60 Vgl. etwa Somek: From Kennedy to Balkin, 782.

61 Jacques Derrida (1930 -); französischer Philosoph. U. a. hat Jacques Derrida die der Dekonstruktion zugrundeliegende Leseoperation 1989 in seiner keynote address an die Conference of Critical Legal Studies an der Cardozo Law

School vorgeführt, die in der These gipfelt »La déconstruction est la justice« Derridas »Deconstruction and the Possibility of Justice« wurde später unter dem Titel *Force of Law: The Mystical Foundation of Authority* veröffentlicht 11 *Cardozo Law Review* (1990) 919. Vgl. zu Person von Derrida auch Pierre Bourdieu, der meinte: »Für mich ist unter allen philosophischen Tugenden Jacques Derridas die wertvollste seine Fähigkeit, einen kritischen Blick auf die Philosophie zu werfen.« Siehe aber auch Balkin: »Derrida can justly be blamed for not being the clearest of writers, but it is hardly different from many other philosophers in the Continental tradition who write in a metaphorical and hyperbolic style.« Balkin: *Nested Oppositions*, 99 *The Yale Journal* (1990) 1670.

62 Die Menschen werden von der Dekonstruktion als Produkte kultureller Kräfte gesehen, die außerhalb der menschlichen Kontrolle liegen.

63 Vgl. Balkin: *Nested Opposition*, 1704.

64 Balkin betont aber auch, daß eine Dekonstruktion des Rechts nicht unbedingt und zwangsläufig einen kritischen Zweck erfüllen muß (vgl. Balkin: *Being Just with Deconstruction*, 394). Im Prozeß der Entwicklung einer Dekonstruktion des Rechts schlug Balkin eben dann ein Verständnis von Dekonstruktion vor, welches deren Gebrauch in der kritischen Rechtstheorie erlaubte. Balkin: *Transcendental Deconstruction, Transcendent Justice*, 92 *Michigan Law Review* (1994) 1131.

65 Vgl. dazu Balkin: *Deconstruction's Legal Career* (1998) Part I, 2. Dieser Beitrag Balkins ist nur online unter der Internet-Adresse <http://www.yale.edu/lawweb/jbalkin/articles/deccar1.htm> abrufbar.

66 Vgl. Derrida: *Der »mystische Grund der Autorität«*, 17 u. 19.

67 »Deconstruction has arrived on the American scene as one of the many European philosophical movements that have accompanied the rise of interdisciplinary legal studies in general and the law and literature and Critical Legal Studies movement in particular« (Balkin: *Nested Oppositions*, 1704).

68 Somek ist der Ansicht, daß die der juristischen Klassifikation gewidmete Dekonstruktion sich ihre aus der Übertragung der Derridaschen Philosophiekritik auf die Rechtstheorie resultierende Problemstellung zunächst vom Kernbereich der Critical Legal Studies vorgeben hat lassen. Somek: *Haben Sie heute schon dekonstruiert?* 204. Somek unterscheidet drei Versionen der Dekonstruktion, wobei diese insofern miteinander verbunden sind,

spezifischen Rechtsbereichen.⁷¹ Dekonstruktion kann damit als Mittel zum Zweck verstanden werden. Als Mittel dienen die dekonstruktiven Techniken, Zweck ist das Aufzeigen inkohärenter Strukturen im liberalen Rechtsdenken.

Von den Vertretern der *Critical Legal Studies* widmet sich vor allem Balkin⁷² der Dekonstruktion und entwickelt sie zu einer, wie er meint, für die kritische Rechts- und Gesellschaftstheorie dienlichen weiter. Die Dekonstruktion kann für Balkin nur dann einen kritischen Zweck erfüllen, wenn nicht mehr bloß die Entdeckung instabiler Bedeutungen in verschiedenen begrifflichen Schemata im Zentrum der Analyse steht, sondern durch die Dekonstruktion die Unannehmbarkeit eines bestimmten Textes zu Tage tritt und eine »bessere« Betrachtungsweise der Dinge aufgezeigt werden kann. Balkin spricht von einer ad infinitum durchführbaren Dekonstruktion als einem nützlichen Handwerkszeug, um »durch die Erzeugung veränderter Beschreibungen des Rechts alternative Gestaltungsmöglichkeiten der Rechtsgleichheit sichtbar werden zu lassen«⁷³. Aber selbst angesichts dieser potentiellen Endlosigkeit der Dekonstruktion finde diese ihr Ende, »when we feel that we have achieved sufficient enlightenment from the text or conceptual scheme we have deconstructed.«⁷⁴

Auch bei der Dekonstruktion stellt sich unausweichlich die Frage nach Gerechtigkeit: Ist die Dekonstruktion eine Möglichkeit, Gerechtigkeit zu sichern? Oder gefährdet nicht vielmehr die Dekonstruktion das Recht und macht damit bereits die Bedingung der Möglichkeit von Gerechtigkeit zunichte?⁷⁵

Dekonstruktive Techniken scheinen zumindest auf den ersten Blick keine bestimmte Gerechtigkeitvorstellung zu unterstützen sowie die Möglichkeit jeder stabilen Konzeption von Gerechtigkeit auszuschließen.⁷⁶ Dies liegt nicht zuletzt an der sich aus den Grenzen und der Partialität der menschlichen Dekonstruktion erklärenden politischen Beliebigkeit des dekonstruktiven Arguments: »Not only does a deconstructionist begin deconstructing for a reason, she also ends her deconstruction for a reason«⁷⁷, sondern auch daran, daß die Dekonstruktion dem Logozentrismus, den sie durch die Umkehr begrifflicher Hierarchien beständig kritisiert, nicht entkommen kann.⁷⁸ Für Balkin steht die Antwort auf die Frage nach der Gerechtigkeit in der Dekonstruktion in engem Konnex mit dem Grund und Zweck der Dekonstruktion im allgemeinen und ihrer kritischen Verwendung im besonderen.⁷⁹ Eine kritische Verwendung der Dekonstruktion könne vor allem, so Balkin, die Ungerechtigkeit des Rechts beziehungsweise die Verschleierung dieser Ungerechtigkeiten aufzeigen. Insbesondere beschäftigt sich Balkin daher mit der möglichen Verbindung zwischen Dekonstruktion und Politik oder zwischen Dekonstruktion und Gerechtigkeit⁸⁰, wobei sich aber die Frage für Balkin nicht dahingehend stellt, ob Dekonstruktion Gerechtigkeit ist, sondern welche Form der Dekonstruktion uns bei unserem Streben nach Gerechtigkeit dienen kann. Und eben eine solche Dekonstruktion erfülle einen kritischen Zweck.⁸¹ Wenn wir daher mit Balkin das Recht für einen kritischen Zweck dekonstruieren, müssen wir von einer begrifflichen Opposition und der daraus resultierenden komplexen Beziehung wechselseitiger Abhängigkeit und Differenzie-

zung zwischen Recht und Gerechtigkeit ausgehen. Das Argument des Dekonstruierenden basiert für *Balkin* damit aber immer auf der Möglichkeit einer Alternative, die nicht nur anders, sondern auch gerechter ist beziehungsweise wie es an anderer Stelle bei *Balkin* heißt: »[...] our belief that human law, convention and culture can be deconstructed for normative purposes must rest on the assumption of transcendent human values – and, in particular, a transcendent value of justice.«⁸² Dies selbst dann, wenn die Ergebnisse dieser Dekonstruktion unvollständig und Gegenstand weiterer Dekonstruktionen sind, denn nicht zuletzt sind dekonstruktive Argumente immer limitierte Begegnungen mit den unzähligen dekonstruierbaren Seiten des Rechts, der Sprache und der Kultur. Aus diesem Grunde dürfen wir nach *Balkin* auch Dekonstruierbarkeit nicht mit Ungerechtigkeit verwechseln.⁸³ Die Antwort auf die Frage, wie für *Balkin* eine Dekonstruktion gerecht werden beziehungsweise dem Streben nach Gerechtigkeit nützlich sein kann, entwickelt *Balkin* in seiner Auseinandersetzung⁸⁴ mit *Derrida*, der sich unter anderem in einer an der Cardozo Law School gehaltenen Eröffnungsansprache zum Kolloquium über »Deconstruction and the Possibilities of Justice« intensiv mit der Beziehung zwischen Gerechtigkeit und Dekonstruktion beschäftigt hat – und diese Antwort heißt bei *Balkin* »transzendente Dekonstruktion«. *Balkin* wirft *Derrida* insbesondere vor, daß nicht der Gebrauch der Dekonstruktion ein dekonstruktives Argument bei *Derrida* zu einem Argument für die Gerechtigkeit mache, sondern die Auswahl bestimmter Texte oder Begriffe, die dekonstruiert werden sowie die Art und Weise, in der das dekonstruktive Argument verwendet wird: »I shall argue that *Derrida's* encounter with justice really shows that deconstructive argument is a species of rhetoric, which can be used for different purposes depending upon the moral and political commitments of the deconstructor.« Des weiteren, so führt *Balkin* aus, setze *Derridas* Gebrauch des dekonstruktiven Arguments zur Kritik an der Ungerechtigkeit bestehender Verhältnisse den Glauben an eine Idee von Gerechtigkeit voraus, die zwar unbestimmt, aber nicht auf einen herkömmlichen Begriff der Gerechtigkeit reduzierbar sein darf. Damit aber machen für *Balkin* *Derridas* Argumente keinen Sinn, solange er sich nicht auf eine transzendente, durch das menschliche Recht nur unvollständig artikulierte Idee der Gerechtigkeit stützt: »Menschliches Recht, menschliche Kultur und Sitte sind niemals gänzlich gerecht, nichtsdestoweniger bedarf aber die Gerechtigkeit des menschlichen Rechts, der menschlichen Kultur und Sitte, um artikuliert und durchgesetzt werden zu können.«⁸⁵ Das Fundament der Konzeption einer transzendentalen Dekonstruktion, mit der *Balkin* der Dekonstruktion nunmehr eine rekonstruktive Wendung zu verleihen sucht⁸⁶, legt *Balkin* in seinem Satz nieder: »The essence of what I am calling transcendent deconstruction, then, is to note the interval between the human capacity for judgement and evaluation that inevitably and necessarily transcends the creations of culture, and the prescriptions and evaluations of that culture, which in turn articulate and exemplify human values like justice.«⁸⁷

Transzendente Dekonstruktion im Sinne *Balkins* ist damit von einer Konzeption von Werten abhängig, die sowohl außerhalb des zu

als sie auf die Probleme der vorangehenden Version antworten. Die moralskeptische Dekonstruktion von Clare Dalton, die instrumentalistische von Balkin und die diskurskritische von Pierre Schlag. Hinsichtlich der moralskeptischen und diskurskritischen Dekonstruktion siehe umfangreich und ausführlich Somek: Haben Sie heute schon dekonstruiert?, 207ff.

69 Vgl. dazu Balkin: Deconstruction's Legal Career, Part II, 2.

70 Siehe dazu umfangreich Balkin: Deconstruction's Legal Career, Part II, 2ff, der u.a. von einer Gefährdung der theoretischen Grundlagen der Critical Legal Studies durch die Dekonstruktion spricht.

71 Balkin: Deconstruction's Legal Career, Part II, 3.

72 Balkin Jack: Being just with Deconstruction; Deconstruction's Legal Career, Deconstructive Practice and Legal Theory www.yale.edu/lawweb/jbalkin/articles/ [=96 Yale Law Journal (1987) 743]; Tradition, Betrayal, and the Politics of Deconstruction www.yale.edu/lawweb/jbalkin/articles/ [= 11 Cardozo Law Review (1990) 1113]; Transcendent Deconstruction, Transcendent Justice; Nested Oppositions.

73 Vgl. Somek: Haben sie heute schon dekonstruiert?, 219.

74 Balkin: Being just with Deconstruction, 4.

75 Vgl. dazu Derrida: Der »mystische Grund der Autorität«, 8-9.

76 So zutreffend Balkin: Being just with Deconstruction, 1.

77 Balkin: Tradition, Betrayal, and the Politics of Deconstruction, Part II 2.

78 Vgl. Balkin: Tradition, Part II, 1-2.

79 Balkin: Being Just with Deconstruction, 2; Tradition, Betrayal and the Politics of Deconstruction, Part I, 1ff.

80 »For several years now I have been concerned with the problem of how one should apply the insights of deconstructive practice to questions of law and justice.« Balkin: Being just with Deconstruction, 1)

81 Balkin: Deconstruction's Legal Career, 9.

82 Balkin: Being just with Deconstruction, 6-7.

83 Ebenda, 1 und 6.

84 Insbesondere in Being just with Deconstruction kritisiert

Balkin Derrida heftig, indem er ein-drucksvoll darlegt, daß Derrida gleichzeitig (1) die Unmöglichkeit von Gerechtigkeit (2) Nicht-Dekonstruierbarkeit von Gerechtigkeit behauptet sowie meint, Dekonstruktion sei Gerechtigkeit und, daß die Nichtdekonstruierbarkeit von Gerechtigkeit und die Dekonstruierbarkeit von Recht die Möglichkeit der Dekonstruktion sicherstelle. Vgl. dazu auch Derrida: Der »my-stische Grund der Autorität«, 30ff.

85 Balkin: Being Just with Deconstruction, 7.

86 Vgl. Somek: Haben Sie heute schon dekonstruiert? 220.

87 Balkin: Transcendental Deconstruction, Transcendent Justice, 1139.

88 Balkin: Being just with Deconstruction, 1.

89 Ebenda, 394.

90 Balkin: Transcendental Deconstruction, Transcendent Justice, 1139.

91 Ebenda, 1186.

92 Balkin: Being Just with Deconstruction, 7.

93 Balkin: Transcendental deconstruction, Transcendent Justice, 1177.

94 Teubner: Des Königs viele Leiber. Die Selbstdekonstruktion des Rechts, <http://www.uni-bielefeld.de/sozsys/deutsch/leseproben/teubner.htm>, 12.

95 Klenner: Vom Recht der Natur zum Natur des Rechts, 139.

96 Klenner: Vom Recht der Natur zum Natur des Rechts, 141.

97 Vgl. Balkin: Being Just with Deconstruction, 8.

98 Klenner: Vom Recht der Natur zum Natur des Rechts, 156.

dekonstruierenden Textes als auch hinter den positiven Normen von Kultur und Sitte liegen⁸⁸: »This something, and its failure to be adequately captured by our cultural norms is precisely what makes a deconstructive critique of injustice possible.«⁸⁹

Die transzendentalen Werte erreichen uns nach *Balkin* aber nicht in einer bestimmaren Form, sondern »they need culture to turn their inchoate sense into an articulated conception«.⁹⁰ Sie existieren nicht in einem platonischen Himmel, sondern vielmehr in den Quellen der menschlichen Seele, und folglich bildet auch die Gerechtigkeit für *Balkin* »a human value or urge within the human soul«⁹¹. *Balkin* versteht demzufolge den Wert der Gerechtigkeit als »an insatiable yearning or longing for justice lodged on the human heart«⁹² und daher sind Rechtsinstitute und Rechtsinstitutionen für *Balkin* nicht deshalb ungerecht, weil sie schlechte Kopien einer bestimmten Form der Gerechtigkeit darstellen, sondern weil sich unsere rechtlichen Konstruktionen aufgrund dieser unvollständigen sowie unbestimmten Forderung nach Gerechtigkeit niemals mit dieser decken können. Dadurch wird aber nicht nur die Gerechtigkeit zu einem Näherungswert, sondern auch die Dekonstruktion bei *Balkin* wie *Teubner* zutreffend feststellt, zu einer »rhetorical practice that can be used for many purposes depending on the political choices of the deconstructor«⁹³ und »thematisiert dann nur noch die normative Kluft zwischen unartikulierten Werten und ihrer kulturellen Artikulierung.«⁹⁴

Balkin übersieht ebenfalls, daß Recht immer Interessen, nicht aber Werte, artikuliert und realisiert und zwar im Sinne *Klenners* »unverhältnismäßig davon, ob das Rechtsdenken diesen Vorgang durch übersinnliche Argumente sanktioniert oder durch Kausalanalysen dekuviert, ob dieses Rechtsdenken das Recht legitimiert oder illegitimiert.«⁹⁵ Denn, wenn Vernunft und Erfahrung nicht mehr als Zentralkategorien dienen, »nicht mehr Vernunft kontra Glauben die Lösung, sondern Glauben plus Verstand die Lösung ist«⁹⁶, ist der Rückschritt näher als der Fortschritt. Mit dem Rückgriff auf quasi-naturrechtliche Werte, vor allem aber mit der These von Gerechtigkeit als einem im menschlichen Herzen verankerten transzendentalen Wert, der nach Artikulation verlangt, aber niemals gänzlich erfüllt werden kann und mit dem Verständnis von Dekonstruktion als »a sort of interval between this indeterminate longing and its partial and imperfect realizations in human culture«⁹⁷ kehrt *Balkin* zu einer bereits überwundenen geglaubten Gläubigkeit zurück und damit auch zu einer die Fremdlegitimation des bürgerlichen Rechts betreibenden Rechtsphilosophie.⁹⁸ Und dies trotz der unbestrittenmaßen kritischen Ansätze, die aber nicht soweit führen, die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse gänzlich in Frage zu stellen und bestehende Hierarchien, und damit sind nicht nur begriffliche gemeint, sondern eben auch gesellschaftliche, umzukehren. Solange der sich als links bezeichnende Rechtstheoretiker im allgemeinen und der Dekonstruktionist im besonderen nur für die Verbesserung, nicht aber für einen radikalen Systemwechsel in der Gesellschaft eintritt, unterstützt und trägt er das bestehende Macht- und Herrschaftsgefüge.

LOTHAR BISKY

Eine späte Begegnung. Zur Erinnerung an Hans Mayer

Das »Jahrhundert der Extreme« (Hobsbawn) ist reich an Zufällen und Merkwürdigkeiten. *Hans Mayer*, der bis 1963 in Leipzig deutsche Literaturgeschichte lehrte, mußte schmunzeln, als ich ihm im Jahre 1996 in Tübingen erzählte, wie ich nicht zuletzt auch seinetwegen in Leipzig studieren wollte und ihn 1963 im legendären Hörsaal 40 nicht mehr hören konnte. Er hatte damals gerade die DDR verlassen. Ich war inzwischen Vorsitzender der PDS geworden, besuchte einen von der SED vergraulten, aber nicht gebeugten Mann, den ich zu den ganz großen marxistischen Literatursoziologen zählen kann.

Er selbst war weniger – wie mir schien – an meinen Auffassungen zur Kulturosoziologie interessiert, sondern verwickelte mich in ein Gespräch über *Lenins* Imperialismustheorie. Was wird geschehen, wenn auf jedem Quadratmeter unseres Planeten nur noch kapitalistische Produktionsverhältnisse bestimmend sind? Muß der Kapitalismus erst auf jedem Quadratmeter Erde gesiegt haben, bevor er zu Ende geht?

Mein Anliegen, dessentwegen ich ihn in Tübingen aufgesucht hatte, war so schnell erledigt, daß es mir fast die Sprache verschlug. Ich plante damals die Veranstaltungsreihe »Bei Bisky« als eine Möglichkeit, in der Zeit der oberflächlich-flotten Talk-Shows eine Gelegenheit für Diskurse zu schaffen. Ihn wollte ich als einen der ersten Gäste einladen. Er sagte einfach und definitiv Ja, um sich auf die Fragen zu konzentrieren, die er an eine demokratisch-sozialistische Partei hatte.

Zu jenem Zeitpunkt hatte ich bereits »Der Turm von Babel« gelesen, seine »Erinnerung an eine Deutsche Demokratische Republik«. Ein deshalb so bemerkenswertes Buch, weil es gegen den Zeitgeist zu Beginn der neunziger Jahre geschrieben war, in dem die Blockfreunde und Wendehäse mit den heftigsten Attacken die DDR völlig undifferenziert verdammt, ein wenig wohl aus Selbsthaß derjenigen, die nie echten Widerstand gegen die SED-Führung geleistet hatten, sich das selbst nie vergeben werden und deshalb wie einst die Lakaien eifrig den Kolonialmächten ihre ideologischen Bedürfnisse befriedigen halfen und den modernen Ablaßhandel (Freispruch von Vergangenheiten bei Eintritt oder Übernahme in eine der Parteien der Bonner Republik) schweigend und massenhaft praktizierten. *Hans Mayer*, der wirklich Grund zur Klage und wirklichen Widerstand geleistet hatte, beschämte jene wetterwendischen Geschichtsoportunisten durch eine differenzierte Erinnerung an die handfesten

Lothar Bisky – Jg. 1941, Prof. Dr., Medienwissenschaftler, seit 1990 Vorsitzender der PDS-Fraktion im Brandenburgischen Landtag, bis 2000 Vorsitzender der PDS

Motive, die zur Gründung der DDR führten und die Hoffnungen, die damit verbunden waren.

Hans Mayer selbst hat sich im Dezember 1993 zu den drei Büchern »Der Turm von Babel« (1991), »Wendezeiten« (1993) und »Der Widerruf« (1993), die gleichsam unplanmäßig im Ergebnis »Eine Deutsche Trilogie« darstellen, geäußert.

»Die Geschichte der beiden Kommunisten Hanna und Kurt, deren unbedingte Parteitreuere sich auch noch im sibirischen Arbeitslager zu bewähren hat, wurde geraume Zeit vor den Ereignissen des 9. November 1989 konzipiert. Plötzlich war alles verändert. Die Geschichte dieser Hanna und dieses Kurt war, um es höhnisch zu sagen in Anspielung auf unnötige Realismus-Debatten der Stalinisten, durch ebendiese neue ›Realität‹ zu Ende geschrieben worden. Als die Erzählung dann in dem Buch ›Der Turm von Babel‹ gelesen werden konnte, nahm sie sich durchaus anders beim Leser aus als in irgendeinem Vorjahre.

Als das Buch, dessen Titel an ein Gedicht ›Turm von Babel‹ von *Johannes R. Becher* erinnern wollte, im Frühjahr 1991 erschien, wurde über jene Deutsche Demokratische Republik zumeist nach dem Grundsatz geurteilt: Ende schlecht, alles schlecht. Dagegen wurde in unserem Buch, also dem späteren »Ersten Band«, bewußt angeschrieben. Im deutschen Inland erregte diese Schreibweise viel Mißfallen. Außerhalb von Deutschland sah man das anders.«

Hans Mayer, der sich als deutschen Universitätsprofessor und deutschen Schriftsteller sah, zog als Fazit seines Lebens, seiner Erfahrung mit Emigration und Antisemitismus: »Deutscher bin ich nicht mehr und kann es auch nie mehr sein.« Sein Erschrecken über die Neonazis in den neunziger Jahren war deutlich spürbar. Nach meinem Eindruck empfand er den triumphalen Sieg der Enkel *Hitlers* über die Enkel *Stalins* durchaus mit gemischten Gefühlen und großer Skepsis.

Christoph Hein hat ihn in einem Nachruf zu Recht den bedeutendsten deutschen Literaturkritiker des 20. Jahrhunderts genannt. Und er war ein unbeugsamer Mann. Er verriet nicht seine Erkenntnisse, als er zu Beginn der sechziger Jahre in der DDR heftig bedrängt wurde. Und er verriet ebensowenig seine Erkenntnisse über die DDR, als diese nicht mehr existierte. Welch eine Haltung in einer Zeit der Wendehäule und Spirellis!

Am 7. Dezember 1996 traf ich ihn im Grand Hotel in Berlin, um die Veranstaltung in Potsdam am nächsten Tag zu besprechen. Beiläufig erzählte ich ihm, daß gerade eine Veranstaltung von PDS-Kulturleuten mit ihren Gästen auf der Probebühne des Berliner Ensembles stattfand. Das weckte bei ihm viele Erinnerungen, und er begann zu erzählen. Bald saß er auch, überwältigt vom Strom seiner Erinnerungen, auf der Probebühne und ließ uns Zuhörenden ein Bild der Berliner Theater der zwanziger Jahre im Geiste entstehen. Hat er überhaupt eine einzige wichtige Schauspielerin ausgelassen? War nicht jeder bekannte Theaterschauspieler jener Zeit charakterisiert worden? Und *Brecht* natürlich und selbstverständlich, und die Arbeitsbeziehung zwischen *Brecht* und *Mayer*.

Am 8. Dezember dann sprach er über das Kulturerbe. Wer hätte dazu Gültigeres sagen können als er. Die Veranstaltung fand in der

Reihe »Bei Bisky« im Alten Ratheus in Potsdam statt. Zuvor hatte er in der kleinen Gaststätte dort einen »Strammen Max« gegessen, und das mit höchstem Genuß. Dies war für ihn wohl verbunden mit Erinnerungen an die Stadt Leipzig, die zum Mittelpunkt seines Lebens geworden war. Sein Vortrag war wie immer druckreif, die Antworten auf die Fragen der Zuhörer auf die Gegenwart bezogen. Ich amüsierte mich, als *Adolf Dresen* als einer seiner Schüler nach dem Vortrag mit ihm den Disput aus der Prüfung fortsetzte, den *Dresen* bereits zu seiner Prüfung an der Universität in Leipzig bei *Mayer* angezettelt hatte. *Dresen*, der große Theaterregisseur, hatte sich stets zu seinem Lehrer *Hans Mayer* bekannt. Er starb im gleichen Jahr. Mit ihm hatte ich anregende Gespräche über das Vermächtnis *Mayers*, und ich sehe in *Dresens* Regieleistungen, in Büchern der Schriftsteller meiner Generation aus Leipzig *Volker Braun* und *Christoph Hein*, bei *Stephan Hermlin* und *Christa Wolf* – um nur einige zu nennen – kulturelle Spuren von *Hans Mayer*. Er, der Musikliebhaber, zeichnete sich durch ein nahezu enzyklopädisches Wissen über Literatur aus, war ein exzellenter Theaterkenner, seine Brechtstudien sind legendär, seine soziologische Sicht der Literatur, ihre geschichtliche Einordnung und Reflexion wie Kritik dokumentieren das Werk eines großen Aufklärers.

Hans Mayers geistiges Erbe gehört allen. Selbstverständlich besonders auch kulturell und künstlerisch interessierten Sozialistinnen und Sozialisten. Wer Zusammenhänge zwischen Literatur und Gesellschaft in der Geschichte wissen will, über kulturelle Leistungen deutscher Juden, wer den kulturellen Neubeginn der Antifaschisten nach dem Sieg über die Nazis verstehen will, der wird immer wieder auf die Bücher *Hans Mayers* zurückgreifen können.

Ich bin sehr glücklich, daß ich diesen großen Geist kennenlernen konnte. In seiner Nähe konzentrierte auch ich mich – wie andere – auf die Worte des Meisters. Der große Respekt vor seinem unüberschaubaren Wissen und seinen klaren und originellen Urteilen, vor seiner Intellektualität insgesamt, umgaben ihn wie eine Aura. Wir hörten zu und lernten. Der Meister wird viele Schüler behalten.

GÜNTER WIRTH

Martin Luther King. Erinnerungen und Reflexionen

Günter Wirth – Jg. 1929,
Publizist.
1973 - 1990 Chefredakteur
beziehungsweise Heraus-
geber der evangelischen
Monatszeitschrift
STANDPUNKT; 1985 - 1993
Honorarprofessor für
Neue und Neuere Kirchen-
geschichte an der
Humboldt-Universität zu
Berlin; bis September 1990
Leiter der wissenschaft-
lichen Arbeitsgruppe des
Vorsitzenden der DDR-CDU,
Lothar de Maizière.

Das bürgerrechtliche Engagement *Martin Luther Kings* und seiner Freunde in der DDR ist nicht von Anfang an zur Kenntnis genommen worden. Zwar war die Frage des Umgangs mit den Farbigen in den USA immer abrufbar im Inventar der DDR-Propaganda – übrigens auch im kulturellen Leben, wenn ich an *Paul Robeson* denke, an das Schauspiel »Hotelboy Ed Martin« von *Maximilian Scheer* oder an die Rezeption des Werks des bedeutenden schwarzamerikanischen Wissenschaftlers *William DuBois*, der übrigens in Berlin studiert und dessen Memoiren *Jürgen Kuczynski* herausgegeben hatte – und als sich *Dietrich Bonhoeffer* bei seinem Studienaufenthalt in den USA am 18. Februar 1931 mit »Negro Literature« beschäftigte, gehörte hierzu *DuBois'* »Soul of black folks«. Die DDR-Propaganda konnte aber auch auf ganz anderen Klavaturen spielen und etwa bei Schilderung von »Besitzerwillkür der US-ARMY« populistisch auf Negersoldaten abheben. Auch im ideologischen Kampf gegen den Amerikanismus, den American Way of Life, gegen bestimmte Erscheinungsformen des Jazz usw., spielte diese Nuance eine Rolle. So oder so war jedenfalls die Rassenfrage integraler Bestandteil des Kampfes gegen den amerikanischen Imperialismus. Dies bekam jeder zu spüren, der – so oder so – in solchen Fragen eine eigene Meinung formulierte: Als etwa um 1949/50 der Dresdner Theaterkritiker und Schriftsteller *Wolfgang Paul* im liberaldemokratischen »Sächsischen Tageblatt« das Theaterstück zweier amerikanischer Kommunisten zur Rassenfrage (»Tiefe Wurzeln«) verriß, weil dieses seinerzeit viel gespielte Stück den ästhetischen und dramaturgischen Ansprüchen nicht genügte, mußte er gehen – er habe den Befreiungskampf der amerikanischen Farbigen verraten. *Paul* ging aber sogleich nach Westberlin, wo er – zuletzt Präsident der Gerhart-Hauptmann-Gesellschaft – vor einigen Jahren verstarb.

Daß man *Martin Luther King* um 1960 in der DDR zur Kenntnis nahm, daß er in den Medien eine gewisse Rolle zu spielen begann, selektiv, wie es freilich allen Medien eigen ist, hatte damit zu tun, daß mit *King* und der Southern Christian Leadership Conference (oder jedenfalls erstmalig wieder) eine effektive Bewegung entstanden war, die neue Tatsachen und Akzente im Bürgerrechts-Kampf zu setzen imstande war und die damit den herrschenden Kreisen in den USA zu schaffen machte. Und was den herrschenden Kreisen in den USA zu schaffen machte, mußte die Medien in der DDR interessieren.

Da es in der damaligen DDR-Führung noch einige Persönlichkeiten gab, die die USA als Emigrationsland kennengelernt hatten, neben dem terrible simplificateur *Gerhart Eisler*, Chef des Staatlichen Rund-

funkkomitees, der differenzierender argumentierende und genauer beobachtende *Albert Norden*, war es interessant festzustellen, daß in diesen Kreisen (oder soll man sagen: sogar in diesen Kreisen?) so etwas wie eine stille Bewunderung des Muts, vor allem der Strategie und Taktik von *Martin Luther King* und seiner Bewegung entstand.

Allerdings galten diese stille Bewunderung und die relativ laute Zustimmung der Medien mehr der Stoßrichtung der Aktionen *Kings*, nicht aber deren Methode. Gewaltlosigkeit war zweifellos eine Kategorie, die nicht auf die Normierungen des Klassenkampfes zu beziehen war, auch wenn eine Schrift zur Gewalttheorie von *Friedrich Engels* durchaus positiv hierbei in Anwendung hätte kommen können; in einem Vortrag in der Ostberliner Evangelischen Akademie habe ich dies jedenfalls einmal so getan und dabei übrigens eine Kontroverse mit *Rudolf Schottlaender* provoziert. Generell war es aber leider so, daß die Gewaltlosigkeit von *Martin Luther King* oder die von *Mahatma Gandhi* (Satyagraha) in der DDR unter ideologischem Verdikt, in der Nähe des »schwächlichen Pazifismus«, stand. Dies war freilich ohnehin weniger Gegenstand der öffentlichen Diskussion, sondern mehr des Diskurses unter den Auguren, den Theoretikern des Marxismus-Leninismus.

Und wie war Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre das Echo auf *Martin Luther King* in den Kirchen der DDR? Hierzu muß man zwei Aussagen treffen: 1. Die Kirchen in der DDR standen damals in einem noch nicht abgeschlossenen Prozeß der Standortsuche und in permanenten Auseinandersetzungen mit dem Staatsapparat der DDR, so daß oft genug der Blick auf die eigenen Probleme den auf die in anderen Teilen der Welt verstellte. 2. Hinzu kam, daß es vor Gründung des Kirchenbundes in der DDR relativ wenig Kontakte von kirchlichen Persönlichkeiten in der DDR ins Ausland und speziell zur Ökumene gab, einmal wegen der soeben genannten innenpolitischen Gründe, dann aber auch deshalb, weil die ökumenischen Beziehungen auch der Kirchen in der DDR noch vom Kirchlichen Außenamt in Frankfurt am Main maßgeblich bestimmt wurden. Nicht vergessen darf man überdies die Schwierigkeiten, die es damals mit DDR-Pässen und mit der notorischen Devisenknappheit in der DDR zu bewältigen galt. Schließlich wäre mit Blick auf *Martin Luther King* nicht ganz eine heute unbegreifliche, damals aber real wirksame Problematik zu berücksichtigen: *Martin Luther King* war Baptist, und das Verhältnis der Landeskirchen zu den Freikirchen war vor 40 Jahren noch nicht das beste, zumal die Behörden der DDR versuchten, ein gutes Verhältnis zu den Freikirchen gegen die Landeskirchen ins Spiel zu bringen.

Alle diese einschränkenden Bemerkungen hatten keine Bedeutung für einen Bereich des kirchlichen Dienstes, für den publizistischen. Sowohl in den Gemeindeblättern wie vor allem in der Monatsschrift »Die Zeichen der Zeit« traten ökumenische Probleme in herausragender Weise in Erscheinung, und insbesondere der Chefredakteur der »Zeichen der Zeit«, *Gerhard Brennecke*, war geradezu avantgardistisch in der Vermittlung ökumenischer Erfahrungen an die Gemeinden in der DDR, darunter auch aus dem Umfeld der sogenannten Jungen Kirchen und der Bewegung der Farbigen. Es ist daher kein Zufall, wenn schon 1968 in der Evangelischen Verlagsanstalt ein Buch über *Martin Luther King* herauskam, das mit *Anneliese Vahl* (heute: *Vahl-Kaminski*) eine Mitarbeiterin der »Zeichen der Zeit« zur Verfasserin hatte.

Solche publizistischen Aktivitäten der Kirche, die Meldungen in den DDR-Medien und – nicht zu vergessen – die Berichte aus dem von Herrn *von Schnitzler* so genannten »Schwarzen Kanal« faszinierten damals vor allem junge Christen, so daß in den Evangelischen Studentengemeinden und in den Jungen Gemeinden *Martin Luther King* so etwas (ich sage es mit Vorbehalt) wie eine Kultfigur wurde.

Mit 1963, mit dem Marsch auf Washington und mit der Unterzeichnung der Bürgerrechtsgesetze durch Präsident *John F. Kennedy* zum 100. Jahrestag der Emanzipationserklärung *Abraham Lincolns*, war gleichsam eine neue Qualität der Bewegung der Farbigen in den USA im allgemeinen und ihres charismatischen Führers *Martin Luther King* im besonderen entstanden. Dies wirkte sich übrigens einerseits dahingehend aus, daß andere, traditionelle Abteilungen der amerikanischen Bewegung der Farbigen wie die NAACP sich in mancher Hinsicht den Alternativen *Kings* annäherten, während auf der anderen Seite – nicht ohne Zusammenhang mit der weltweiten antiautoritären Studentenbewegung – mit den Black Muslims eine gewaltsam operierende Organisation sich massiv von *Martin Luther King* abgrenzte. Wenn also nach 1963 in der DDR über die USA gesprochen wurde, dann war wie selbstverständlich auch von *Martin Luther King* die Rede, er war in einem geradezu atemberaubenden Tempo zu einer der repräsentativsten Persönlichkeiten der USA geworden. Die Meldungen über die Verleihung des Nobelpreises 1964 waren denn auch nicht überraschend.

Auf dem Weg nach Oslo zur Entgegennahme dieses Preises besuchte *Martin Luther King* Ostberlin. Es war bezeichnend, daß die Marienkirche, wo *King* predigen sollte, schon lange vor Beginn des Gottesdienstes überfüllt war, so daß ein weiterer Gottesdienst in der nahegelegenen Sophienkirche anberaumt werden mußte. Bezeichnend war freilich auch, daß die, die den fernen *Martin Luther King* stets zu loben bereit waren, jetzt hinsichtlich des nahen Sorgen hatten: Würde das bürgerrechtliche Potential *Kings* womöglich inspirieren zu analogen Haltungen und Aktivitäten in der eingemauerten Stadt? Und es gab wohl auch in kirchlichen Kreisen eher konservativer Orientierung eine Sorge anderer Art, ob nämlich so etwas wie eine charismatische, die Grenzen der Kirchlichkeit sprengende Option von hier aus um sich greifen könnte. Beide Seiten sorgten sich indes umsonst: Es war die biblische Botschaft, die *Martin Luther King*, einer der großen Prediger des 20. Jahrhunderts, verkündete, nichts anderes. Immerhin blieb auf beiden Seiten dieser Stachel zurück.

Genau in dieser Zeit, 1964 war es, daß wir uns im Union-Verlag – in dem seit 1951 bestehenden Verlag der DDR-CDU – überlegten, wie *Martin Luther King* in unserem Verlagsangebot zur Wirkung gebracht werden könnte. Zuerst wurde nicht zufällig *Martin Luther King* unter die ersten fünf Hefte einer neu konzipierten Reihe biographischer Skizzen »Christ in der Welt« aufgenommen – neben *Albert Schweitzer* und Papst *Johannes XXIII.*, *Otto Nuschke* und *Emil Fuchs*, und dieses von mir verfaßte Heft sollte unter den dann fast hundert erschienenen zu einem der erfolgreichsten werden, neben dem über den grand docteur aus Lambaréné. Im Herbst 1964 geriet ich merkwürdiger- und glücklicherweise in die Frankfurter Buchmesse, die damals zwar auch schon ein Mega-Ereignis war, sich aber noch übersichtlich darbot. Ich hatte an der Beisetzung des seit Mitte der fünfziger Jahre

vom Union Verlag betreuten Schriftstellers und Pädagogen *Leo Weismantel* teilgenommen, und auf der Rückreise von dem hessischen Wohnort des Dichters gestattete ich mir einen Abstecher zur Buchmesse.

Da ich mich vor allem für wissenschaftliche und kulturgeschichtliche Literatur interessierte, war ein Besuch am Stand des damals aufstrebenden Econ-Verlags Düsseldorf und Wien geboten, und dort wurde ich von *Kings* Buch »Warum wir nicht warten können« fasziniert. Ich hatte auch das Glück, mit dem Verleger *Erwin Barth* von Wehrenalp ins Gespräch zu kommen und mit ihm einen Geschäftsmann und Intellektuellen kennenzulernen, der Verständnis für unsere Situation, sowohl hinsichtlich Druckgenehmigungsverfahren wie Devisenlage, zeigte. Jedenfalls konnte schon im nächsten Jahr eine erste Auflage des Buchs von *King* bei uns erscheinen, zwei weitere folgten.

Um dies vorwegzunehmen: Wiederum ein Jahr später, 1966, legten wir in einer zweisprachigen Schrift die Nobelpreisrede von *Martin Luther King* unter dem Titel »Die neue Richtung unseres Zeitalters« vor. In dem Familien- und Hausbuch »Ernte und Saat« veröffentlichten wir 1966 eine der wichtigsten Predigten *Kings* »Tätige Liebe«, und auch die autobiographischen Bücher von *Coretta* und von *Martin Luther King* sen. wurden im Union Verlag herausgebracht.

Es müßte allerdings auch hinzugefügt werden, daß im Umfeld dieser Veröffentlichungen im Union Verlag noch andere hinzukamen, etwa die Wiedergabe des Vortrags, den der amerikanische Schriftsteller *James Baldwin* auf jener Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen im Juli 1968 gehalten hatte, die eigentlich durch eine Predigt von *Martin Luther King* hätte eröffnet werden sollen. Auch die Autobiographie und die Nobelpreisrede *Albert Luthulis*, des legendären Chefs des Afrikanischen Nationalkongresses und Lehrers *Nelson Mandelas*, standen im Kontext dieses Verlagsprogramms, in dem schließlich einige literarische Gestaltungen dieser Problematik nicht fehlten, und zwar die Romane des evangelischen Pfarrers und Schriftstellers *Alfred Otto Schwede*, »Die Abraham Lincoln Story« (1971) und zuvor »Glory, glory hallelujah«, also die Geschichte des von *Paul Robeson* besungenen *John Brown*, und es lag nahe, daß *Schwede* in diesem Roman auch ein Bekenntnis zu *Martin Luther King* ablegte. Nach der Ermordung *Kings* wurde des Vermächtnisses von ihm in einer (übrigens von dem schon genannten *Albert Norden* initiierten) Gedenkschrift gedacht.

Wenn dies eine Positionsbestimmung des Werks von *Martin Luther King* im Verlagsprogramm des Union Verlages war, und wenn diese nicht nur statistischen Mitteilungen ihrerseits ein Beitrag zur Frage der King-Rezeption in der DDR sind, dann ließe sich noch eine andere Positionsbestimmung ins Auge fassen; auch sie hätte letztlich eine gewisse politische Bedeutung.

Als wir im Union Verlag *Kings* Buch »Warum wir nicht warten können« vorlegten, stand dieses im Verlagsangebot neben der Friedensrede von *Carl Friedrich Freiherr von Weizsäcker* »Bedingungen des Friedens«; sie hatten wir kurz zuvor herausgebracht, 1964. 1966 stand dann die Nobelpreisrede von *Martin Luther King* – es war dies übrigens, wie die Nobelstiftung bestätigte, die erste Buchausgabe dieser Rede überhaupt – neben der Lizenzausgabe des seinerzeit als sensationell empfundenen und heute womöglich vom Titel her mindestens anregenden

Buchs »Der Wettlauf zum Jahr 2000« von *Fritz Baade*, dem damaligen Präsidenten des Kieler Weltwirtschaftsinstitutes, das heute noch existiert und zu jenen Forschungseinrichtungen zählt, die die Jahreswirtschaftsberichte für die Bundesregierung ausarbeiten und verantworten. *Baade* war schon vor 1933 SPD-Reichstagsabgeordneter gewesen, und nach der Rückkehr aus der Emigration wurde er u. a. Bundestagsabgeordneter der SPD.

Ich weiß von kirchlichen Persönlichkeiten, mit denen ich Ende der sechziger Jahre im Gespräch war, etwa vom späteren Bischof *Albrecht Schönherr*, wie in diesen Kreisen die erwähnten Veröffentlichungen in ihrer Bedeutung je einzeln, aber auch in ihren Zusammenhängen, aufgenommen worden sind.

So mußte auffallen, was an entscheidender Stelle in *von Weizsäcker*s Friedensrede mit einem Begriff umrissen wurde, der nicht im »Notizbuch des Agitators« in der DDR stand, im Gegenteil: Weltinnenpolitik. *Von Weizsäcker* verstand hierunter: »Der Weltfriede ist nicht das goldene Zeitalter, sondern sein Herannahen drückt sich in der allmählichen Verwandlung der bisherigen Außenpolitik in Welt-Innenpolitik aus. Unter dem Titel Welt-Innenpolitik werde ich hier zwei verschiedene, aber beide aus der Vereinheitlichung der Welt entspringende Phänomene beschreiben: Die Entstehung übernationaler Institutionen und die Beurteilung weltpolitischer Probleme mit innenpolitischen Kategorien ...«

Während hinsichtlich des ersten Phänomens vor allem die damals relevante Verhandlungsdiplomatie kritisch untersucht wurde, merkte *von Weizsäcker* zum zweiten etwas an, das einerseits vertraut klang (Planung), andererseits aber gar nicht auf den Alltag der Leser/innen in der DDR zu beziehen war: »Das moderne Problem heißt: Freiheit und Planung. Moderne Industriegesellschaften wie einerseits die der atlantischen Nationen, andererseits die der Sowjetunion, werden einander unmerklich immer ähnlicher; dies geschieht unter der Decke widerstreitender Ideologien und echter Gegensätze politischer Gewohnheit und politischen Gefühls. Die technischen Notwendigkeiten erzwingen ein weitgehend geplantes Leben, und mit oft kaum erkennbarem Zwang, mit ökonomischem Druck und der Verlockung des Lebensstandards werden die Menschen dem Plan eingefügt.

Wenn es in unserer Welt noch eigentliche menschliche Freiheit geben soll, so bleibt uns nicht erspart, auch den Raum dieser Freiheit zu planen. Ein Plan ohne Freiheit wird sich in einer fortschreitenden technischen Welt am Ende als unterlegen, ja als funktionsunfähig erweisen; er widerspricht der Natur des Menschen, der diese Technik und ihren Fortschritt trägt.«

In dem vorhin genannten Buch von *Fritz Baade* ging es letztlich auch um diese Problematik, um die Perspektive einer geplanten Gesellschaft, in der die Freiheit allein als eine soziale, kollektive Größe statuiert wurde, und um die Perspektive der anderen Gesellschaft, in der Planung und Freiheit auf einen Nenner gebracht werden sollten. Überdies ging es um den Wettbewerb dieser beiden Gesellschaften und darum, welchen Einfluß sie je auf die unworbene Dritte Welt gewinnen könnten. Als *Baade* sein Buch schrieb, sah dieser Wettbewerb, dieser »Wettlauf« noch nicht so schlecht für die realsozialistische Gesellschaft aus. Schließlich war dieses Buch vor 1968 erschienen, und 1968 sollte das

Schlüsseljahr für den »Wettlauf« werden. Es kann hier nur angedeutet werden, aber es war wohl so, daß trotz aller Widersprüche in der Folge von 1968 ein Erneuerungsprozeß in der westlichen Gesellschaft möglich und real wurde, akzeptiert zuletzt auch von den Konservativen. Umgekehrt wurde der Erneuerungsprozeß in der sozialistischen Gesellschaft, wie er vom »Prager Frühling« signalisiert worden war, à la *Breshnew* eingedämmt. 1989 begann 1969.

Wenn man *Baades* Metapher vom »Wettlauf« aufnimmt, ist impliziert: Es ist eine Welt, in der er sich abspielt. Eine Welt – dies ist nun aber auch der Kerngedanke in *Kings* Nobelpreisrede, wo er in der Zusammenfassung seiner Ausführungen seinerseits eine bezeichnende Metapher zur Wirkung bringt: »Alles, was ich gesagt habe, läuft auf den einen Punkt hinaus: die Behauptung, daß der Fortbestand der Menschheit von der Fähigkeit des Menschen abhängt, die Probleme der Rassendiskriminierung, der Armut und des Krieges zu lösen; die Lösung dieser Probleme wiederum ist davon abhängig, daß der Mensch seinen moralischen mit seinem wissenschaftlichen Fortschritt in Einklang bringt und die Kunst, in Eintracht zu leben, praktisch zu üben lernt. Vor einigen Jahren starb ein berühmter Romancier. Unter seinen Papieren fand sich eine Liste von Fabeln, die er für künftige Geschichten in Aussicht genommen hatte; die am stärksten unterstrichene war: ›Eine weit voneinander getrennte Familie erbt ein Haus, in dem sie zusammen wohnen muß.‹ Dies ist das gewaltige neue Problem der Menschheit. Wir haben ein stattliches Haus geerbt, ein großes ›Welt-haus‹, in dem wir zusammen leben müssen – Schwarze und Weiße, Menschen aus dem Osten und dem Westen, Heiden und Juden, Katholiken und Protestanten, Moslems und Hindus, eine Familie, die in ihren Ideen, ihrer Kultur und ihren Interessen übermäßig verschieden ist und die – weil wir nie mehr ohne einander leben können – irgendwie lernen muß, in dieser großen Welt miteinander zu leben.

Dies bedeutet, daß unsere Ergebenheit immer mehr auf das weltweite Ganze gerichtet werden muß anstatt auf einzelne Teile. Wir müssen jetzt die allergrößte Ergebenheit gegenüber der Menschheit als Ganzes an den Tag legen, um das Beste in unseren individuellen Bereichen zu bewahren.«

WELTHAUS – es war dies die bildhafte Umschreibung dessen, was *Franklin Delano Roosevelt* und *Wendell S. Willkie*, die Führer der amerikanischen Nation im Zweiten Weltkrieg, im Konsens der beiden großen Parteien, die sie repräsentierten, als Kriegs- beziehungsweise Friedensziel formuliert hatten, nämlich die Herstellung der ONE WORLD, der einen, einzigen Welt, durch die im Kampf gegen das NS-Regime vereinten Nationen (noch klein geschrieben). Es kam dann zwar nach dem Sieg der Alliierten zu den Vereinten Nationen (jetzt groß geschrieben) also zur UNO, aber fast gleichzeitig zur neuerlichen Spaltung der Welt, zum Kalten Krieg, zum »Wettlauf«, und *Martin Luther King* wußte, wenn er in seiner Osloer Rede gegen atomare Waffen, für friedliche Lösung der weltpolitischen Probleme eintreten würde, geriete er zwischen die Fronten.

Daher setzte er – und das ist, wenn ich dies richtig sehe, eigentlich die über 1964 und 1968 und 1989/90 weiterführende und gültige Botschaft *Martin Luther Kings* – die entscheidenden Akzente im zweiten, im mittleren Teil der Nobelpreisrede. Hatte er im ersten Teil über die

Bürgerrechtsbewegung und über seine Konzeption der Gewaltlosigkeit gesprochen und ging es im dritten Teil um den Frieden und die atomare Bewaffnung, so im Mittelteil um das, was *King* besonders am Herzen lag, um den Kampf gegen die Armut, also um die Ergänzung der individuellen Bürgerrechte durch die sozialen, und dies für die Angehörigen aller Rassen, und aus der Sicht von heute. Hundert Jahre nach dem Eintritt der USA in die aktive Gestaltung der Weltpolitik (Krieg mit Spanien um Kuba, die Philippinen) erscheint *Kings* Beschwörung der Problematik der Armut überdies als Aufruf an die gegenwärtige einzig noch führende Weltmacht, ihr nicht auszuweichen, sondern gerade ihr alle Kraft zugunsten wirklicher Lösungen zu widmen.

Die diesbezüglichen Kernsätze von *Kings* Osloer Rede sind: »Letzten Endes dürfen die Reichen an den Armen nicht achtlos vorübergehen, weil sowohl Reiche wie Arme in ein einziges Gewand des Schicksals gehüllt sind. Alles Leben steht in Zusammenhang miteinander, und alle Menschen sind voneinander abhängig. Die Not der Armen schwächt die Reichen, und die Rettung der Armen stärkt sie. Wir sind notgedrungen unseres Bruders Hüter, weil die Struktur der Gesellschaft auf Wechselwirkung beruht. John Donne veranschaulichte diese Wahrheit, als er schrieb: ›Kein Mensch ist eine Insel, abgeschlossen in sich; jeder ist ein Stück des Kontinents, ein Teil des Meeres: Wenn ein Stück Erde weggespült wird von der See, wird Europa kleiner, genauso, wie wenn es ein Vorgebirge wäre, ein Gutshof deiner Freunde oder deiner selbst; der Tod jedes Menschen schwächt mich, denn ich bin inbegriffen in der Menschheit: Und deshalb ende nie zu fragen, für wen die Stunde schlägt: sie schlägt für dich.«

Was *Martin Luther King* hier – im Anschluß an einen häufig von ihm zitierten englischen Dichter aus dem 16. Jahrhundert – zu seinem Menschenbild formuliert, ist auf eigene Weise auf das zu beziehen, was er im Jahr zuvor in seinem berühmt gewordenen Brief aus dem Gefängnis in Birmingham an zögerliche und zweifelnde Kirchenführer und Theologen geschrieben hatte: »Um die Sprache des jüdischen Philosophen *Martin Buber* zu gebrauchen: die Rassentrennung setzt an die Stelle der ›Ich-Du-Beziehung‹ die ›Ich-Es-Beziehung‹ und führt dazu, daß Menschen zu Sachen herabgewürdigt werden. So ist die Segregation nicht nur politisch, wirtschaftlich und soziologisch ungesund, sondern auch falsch und sündhaft. *Paul Tillich* hat gesagt, daß Sünde das gleiche ist wie Trennung und Absonderung. Ist nicht die Rassentrennung wesensmäßig der Ausdruck der tragischen Trennung des Menschen, seiner furchtbaren Absonderung, ja seiner schrecklichen Sündhaftigkeit?«

Als ich dies damals las, erinnerte es mich nicht nur daran, daß sich *Martin Luther King* als Student viel mit den Auffassungen des in die USA emigrierten deutschen Theologen und Antifaschisten *Paul Tillich* beschäftigt hatte; es ergab sich für mich vielmehr auch eine große Nähe zu dem, was ich in dem Buch von *Fritz Baade*, in dessen letztem Kapitel »Die große Zeit des Christentums« gelesen hatte – ein für einen Ökonomen in einem mehr dem Politökonomischen gewidmeten Buch offenbar denkwürdiges Kapitel. Dort kann man etwa lesen: »Unsere Hoffnung, daß der Wettkampf zwischen Vernunft und Wahnsinn, in dem wir stehen, zugunsten der Vernunft entschieden wird, stünde auf sehr schwachen Füßen, wenn nicht die Kräfte des Glaubens mit denen

des Verstandes verbündet wären. So wie der Christ als Christ sich darüber freuen darf, daß er die Lehren Christi so, wie sie in der Bergpredigt verkündet sind, nun endlich ernst nehmen und befolgen darf, so bedeuten diese Lehren für die gesamte Menschheit eine entscheidende Hilfe bei dieser Wahl zwischen Selbstvernichtung und der Hoffnung auf eine Welt, die fast ein Paradies auf Erden werden könnte.

Das Wort : ›Liebet eure Feinde!‹ ist allzu lange nur als ein Sonntagswort empfunden worden, ohne praktische Bedeutung für den Alltag. Heute wird es ein Wort der Realpolitik, und wem dieses Wort zu streng und zu fordernd zu sein scheint, der soll sich mindestens mit dem Ersatzwort neuerer Literatur vertraut machen: ›Feinde sind auch Menschen.‹ Die Hoffnung der Menschheit darauf, daß ihre Kinder das Jahr 2000 erleben werden, wird erheblich erhöht werden, wenn wir hoffen dürfen, daß die entscheidenden Politiker in der Welt, in der östlichen wie in der westlichen, mindestens diese bescheidenere Wahrheit einsehen.

Aber das Schönste, was in der Bergpredigt zu den Problemen gesagt worden ist, die vor dem heute lebenden Menschen und vor der nächsten Generation stehen, ist das Wort aus den Seligpreisungen: ›Selig sind die Sanftmütigen, denn sie werden das Erdreich besitzen.‹

Kings Menschenbild nach seiner Osloer Rede und nach dem Brief aus dem Gefängnis hat indes offenbar noch eine andere, nicht uninteressante Dimension, die Nähe zur jüdischen Gemeinschaft. Sie wird nicht allein durch die Beschwörung *Martin Bubers*, des Freundes von *Emil Fuchs*, der das Nachwort zur DDR-Ausgabe von »Warum wir nicht warten können« geschrieben hatte, angedeutet, sie geht auch aus der aktiven Beteiligung amerikanischer jüdischer Persönlichkeiten, etwa des bekannten Rabbiners *Joachim Prinz*, an der Bürgerrechtsbewegung hervor, und nicht zuletzt ist darauf zu verweisen, daß Dr. *Hans Lamm*, der Übersetzer von »Warum wir nicht warten können«, vor dreißig Jahren eine führende Rolle im Zentralrat der Juden gespielt hat.

Wenn wir als Christen in der DDR die Gedanken *Martin Luther Kings* auf- und annahmen, dann natürlich wie auch andere in der damaligen DDR in Hinsicht auf die Erfolge der Aktionen im Bürgerrechtskampf. Wir hatten uns aber zu hüten, und dem einen gelang dies besser als dem anderen, vor den Versuchungen eines notorischen und prinzipiellen Antiamerikanismus.

Möglicherweise konnte solcher Versuchung dann am ehesten entgegengesteuert werden, wenn *King* im Kontext auch anderer Positionen nonkonformistischer Art, von denen hier einige damals in der DDR auf dem Buchmarkt greifbar gewesene Proben angeführt worden sind, zur Kenntnis genommen wurde, gewissermaßen mit der Formel: Für das WELTHAUS der SANFTMÜTIGEN, das auf den Pfeilern von PLANUNG und FREIHEIT ruht ...

Eine Nachbemerkung: Wenn hier – aus Anlaß des 70. Geburtstages von *Martin Luther King* – Erinnerungen und Reflexionen zur King-Rezeption in der DDR aufgezeichnet worden sind, dann ist verständlich, warum ausgeblendet blieb, was das Erbe dieses Führers der Farbigen für den Alltag im Deutschland von heute bedeuten könnte. Das ist also ein ganz anderes, gesondert zu bearbeitendes Thema.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau



Foto: Henrik Pohl

Wolfgang Sabath – Jg. 1937, Journalist und Autor, Berlin.

Wer hätte das gedacht: Der Sommer, als er – medienmäßig – schon am Abnibbeln war, hielt noch einmal feinste Kost für die deutschen Leserschaften bereit. Und wer schon die Planscheplanschebilder des Rudolf Scharping in der Zeitschrift »Die Bunte« verpaßt hatte (entweder, weil er dieses Organ prinzipiell mit Mißachtung adelt oder weil er nicht »dazu kam«, den Beitrag zu lesen und die dazugehörigen Bilder zu besehen), kam dann immer noch zurecht. Denn anschließend leistete sich Minister Rudi noch eine Art Flugaffäre – woraufhin dann die Opposition robust einstieg und das Thema für alle Zeitungen interessant wurde. Momentan ist noch offen, ob Schröders Militärminister die Angelegenheit unbeschadet überstehen wird; es könnte sein, daß bei Auslieferung dieses Heftes der »Utopie ... « ein anderer seinen Stuhl eingenommen haben wird.

Da soll sich grämen, wer Lust hat. Interessant an dem ganzen Scharpingschen Spätsommer/Frühherbstspektakel war, daß andere Themen dabei so schön auf der Strecke gelassen werden konnten. Wenn in jenen Tagen und Wochen zum Beispiel von Mazedonien in den Zeitungen geschrieben wurde – und es wurde viel darüber geschrieben –, dann passierte es tagelang hauptsächlich im Zusammenhang mit des Ministers Reiserouten zwischen diesem Kriegsschauplatz und der Gefährtin am Mittelmeer.

Zugegeben, das kam alles irgendwie ein bißchen kleinkariert daher, und zur Komik, die so ein verliebter Hagestolz gemeinhin zu verströmen vermag, kam jene, die von der CDU/CSU ausging. Wahrlich, es war ein Bild für Götter, wie sich die Gefährten Glos + Merz im Fernsehen moralisch empörten. Da hatte eigentlich immer nur noch Roland Koch gefehlt, dann wäre die Muppet-Show perfekt gewesen.

Letztens hieß es in Berlin, eine unabhängige Kommission des Abgeordnetenhauses habe vorgeschlagen, die Diäten zu erhöhen. Dieser Vorschlag ist juristisch sicher einwandfrei (so, wie es formal an Rudolf Scharpings Flügen nichts zu beanstanden gegeben hatte), aber Diätenerhöhung in einer Zeit, wo die Stadt Berlin aus dem letzten Finanzloch pfeift, Diätenerhöhung in einer Zeit, wo die Ämter den Bedürftigen die Pfennige vorzählen und wo sie von Arbeitslosen verlangen, jedweden Job anzunehmen, in einer Zeit, wo Schulen verrotten – da erhöhen sie sich ... – man glaubt es kaum. Alle, alle sind sich einig.

Auch in der CDU-Spendenaffäre, die uns monatelang beschäftigt hatte, an der wir aber schließlich mehr oder weniger immer weniger Interesse zeigten (Aussagen standen letztlich immer gegen Aussagen, und jeder log, so gut er konnte, wir bekamen immer mehr das Gefühl, schon alles und nichts darüber erfahren zu haben ...), gab es im Berichtszeitraum kleine lustvolle Begebenheiten. Das Interesse der Zeitungen fokussierte sich auf Walter Leisler Kiep. Und den Clown in der Inszenierung gab wieder einmal der Lobbyist Schneider. Der verlangte die hunderttausend Mark zurück, die von ihm an Kiep geflossen waren und die der zunächst privat verwendet hatte. Pack.

Das »Neue Deutschland« tut so, als stünde den Berlinern bald ein Regierender Bürgermeister namens Gregor Gysi ins Haus, und während die Zeitungen erstaunt feststellten, daß sich beispielsweise der Hauptstadtsender SFB noch nicht auf Wahlkampfhöhe befinde, kann davon beim Schabowski-Nachfolgeblatt keine Rede sein. Die Damen und Herren und die verbliebenen Genossinnen und Genossen sind voll auf der Höhe des Berliner Wahlkampfes, vorwärts immer, rückwärts nimmer: Jetzt, Genossen, ist keine Zeit für Fehlerdiskussionen, weil: »Gregor« soll Bürgermeister werden. Da werden dann Berichte von Wahlveranstaltungen ganz, ganz schnell zu Hofberichten.

Zweifelloos hat die Wahl in Berlin überregionale Bedeutung, und Gysi als Regierender, das ist schon eine Vorstellung, die nicht ohne Reiz ist (obwohl ich partout nicht einzusehen gewillt bin, warum sich die PDS dieses Lotterladens Senat annehmen soll, aber ich bin eben nicht auf der Höhe der Zeit ...). Der überregionale Aspekt wurde neulich auch dokumentiert, als ND-Feuilletonchef Peter Berger jene Gaus-Sendung »Zur Person« rezensierte, in der der vorpommersch-mecklenburgische Minister Holter befragt wurde. Der Mann hatte gerade etliche Angelegenheiten zu klären. Und eine seiner ersten Reaktionen war, die Vorwürfe, denen er ausgesetzt sei, hingen mit den Berliner Wahlen zusammen. Die Sendung hätte also trotz des ausgesprochen langfasrigen Naturells des Ministers eigentlich spannend werden können. Doch Peter Berger rechnete es Günter Gaus hoch an, daß er Holters aktuelle Probleme nur streifte und Holter auch nicht wegen des Umfallers der Holter-PDS in der Rentenreform nachhakte. Das fand der Rezensent ausgesprochen nobel. So denken Pressesprecher.

Was soll's. Es gibt ja auch ein Leben ohne die Parteien – (obwohl die das selber natürlich heftig bestreiten). Darum lesen wir die Seiten mit dem »Vermischten« (manchmal heißen sie auch »Panorama« oder »Aus aller Welt«) mindestens genauso gern wie den Politikteil oder das Feuilleton. Und was lasen wir nun im »Vermischten«? Daß sie bei Bayer in Leverkusen einen Sack Potenzpillen geklaut haben. Ist das nicht spannend?

Elmar Altvater, Johan Galtung,
Mascha Madörin, Birgit Mahnkopf,
Wolfgang Sachs,
Claudia von Werlhof:
Neoliberalismus – Militarismus –
Rechtsextremismus. Die Gewalt
des Zusammenhangs,
Promedia Verlag Wien 2001,
144 S. (23,40 DM)

Ausgangspunkt der in diesem Buch präsentierten Überlegungen zu Strategien gegen die herrschende ökonomische und kulturelle Ordnung neoliberaler Globalisierung ist die von *Oskar Negt* und *Alexander Kluge* stammende Beschreibung dieser (Welt)Ordnung als »besonderes Gewaltverhältnis« (Negt/Kluge: Geschichte und Eigensinn 1981). Gefragt ist also nicht die ansonsten nur allzu übliche Problemorientiertheit, die über die Bearbeitung dieser oder jener Frage immer schön ordentlich getrennt nach Disziplinen und Weltregionen und vorsorglich unter Ausblendung übergreifender Verflechtungen – *ceteris paribus* – nachdenkt. Hier geht es ausdrücklich um »die Gewalt des Zusammenhangs«, um jene Komplexität der Problemlagen, die es gerade so schwierig macht, Alternativen zu entwerfen und zu verwirklichen. Allerdings ist das mit den »alternativen Entwürfen und Strategien« so eine Sache, denn wie alternativ die Alternative sein muß, um als solche gelten zu dürfen, ist offenbar ein weites Feld.

Soweit besagte Gegenentwürfe beziehungsweise -strategien in den Beiträgen überhaupt eine nennenswerte Rolle spielen, sind sie in der Regel eher vage. Bei *Wolfgang Sachs* resümieren sie sich in der hoffnungsgesättigten, an den späten *Rudolf Bahro* erinnernden Botschaft, daß alles davon abhängt, »inwiefern die Menschen in der Lage sind, das eigene Konsum-, Wohlstands- und Machtmodell von innen her in Frage zu stellen« (S. 124). Etwas konkreter wird da schon *Elmar Altvater*, der bei seinen Überlegungen, wie die übergreifende Logik von Energiemodell, Finanzregime und Politik zu erschüttern sei, am Ende auf die globale Vernetzung von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) setzt, die sich schon freuen

dürfen, bei »weichen Politikfeldern« wie der internationalen Klimapolitik – »wo sich recht wenig bewegt« (S. 29) – eine (Neben)Rolle zu spielen. Da viele NGOs »inzwischen von internationalen Organisationen gekauft« (S. 46) seien, wird bei *Claudia von Werlhof* Widerständigkeit mit der »internationalen Zivilgesellschaft« in Verbindung gebracht. Und weil die Globalisierung selbst mit Gewaltverhältnissen einhergeht, ist auch aktiver Widerstand gerechtfertigt (vgl. S. 35, 45). Vor allem aber geht es ihr um das Hervorbringen einer »neuen Vision«, wozu angesichts der Unfähigkeit von »Sozialdemokratie, Grünen, Liberalen und Kommunisten« »die Zivilgesellschaft aufgerufen (ist), dies zu tun« (S. 41). Offen bleibt, an wen sie sich mit dieser Mission wendet – wahrscheinlich an die von *Sachs* bereits erwähnten »Menschen« überall und überhaupt. Das war er schon, der am weitesten gehende »Gegenentwurf« zur globalisierten neoliberalen (Gewalt)Ordnung, jedenfalls in diesem Band.

ARNDT HOPFMANN

Birger P. Priddat (Hrsg.):
Kapitalismus, Krisen, Kultur,
Metropolis-Verlag Marburg 2000,
225 S. (44,80 DM)

Kultur und Ökonomie beziehungsweise Ökonomie und Kultur, so lautet die übergreifende Thematik des vorliegenden Sammelbandes. Damit werden im Rahmen einer Gesellschaftsanalyse Fragestellungen aufgegriffen, die sonst bestenfalls am Rande wissenschaftlicher Erörterungen auftauchen, zumeist aber gänzlich übergangen werden. Ökonomen gehen in der Regel davon aus, daß ihre Theorie »ein allgemeingültiges, kulturunabhängiges Aussagensystem« (S. 190) darstelle und Kulturtheoretiker vergessen gerne die ökonomische Basis der Kultur. Dabei wird übersehen, daß die ökonomische Theorie selbst einen kulturgeschichtlichen Anfang hat: *Adam Smiths* »Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen« (1776). Für das ganze 19. Jahrhundert war eine »enge Konnotation von Geschichte, Kultur und Ökonomie« typisch. Die Herauslösung der Wirtschaftswissenschaften aus diesem Verbund erfolgte erst zu

Beginn des 20. Jahrhunderts. Was von den »großen Konnotationen des 19. Jahrhunderts« übriggeblieben ist, ist »nurmehr der Weberische Schatten des ›Geistes des Kapitalismus‹« (S. 193). Aber *Max Weber* verstand sich bereits als Soziologe, gehört also nicht mehr in die Ahnengalerie der Ökonomen. »Die Frage nach einem Verhältnis von Kultur und Ökonomie ist somit zu einer soziologischen geworden, die den Ökonomen durchschnittlich fremd blieb« (S. 193). Im folgenden bemächtigte sich die Ökonomie der Kultur nur auf dem Wege bestimmter finanzwissenschaftlicher Fragestellungen, etwa als Problem öffentlicher Haushalte und öffentlicher Güter oder als Phänomen spezifischer Preisbildung auf Kunstmärkten. Die umgekehrte Darstellung aber, die Frage, welche Stellung die Ökonomie im Kontext der Kultur einnimmt, wird dagegen kaum erörtert. Ihr Aufgreifen ist das Verdienst der Autoren vorliegender Publikation. Dabei wird das große Thema, welches in der Vision des Herausgebers bald »ein eigenständiges Forschungsgebiet« (S. 7) sein wird, weder umfassend noch erschöpfend behandelt. Vielmehr stellen die in dem Band vereinigten sieben Aufsätze erste Überlegungen und Skizzen zu der Problematik dar, nicht mehr.

Einleitend behandelt *Dirk Baecker* in systemtheoretischer Manier und durchaus unorthodox die Gesellschaft als »Kultur«. In einem zweiten Essay spürt *Wolfram Elsner* evolutions-theoretisch den Möglichkeiten des Erhalts kultureller Identitäten unter den Bedingungen einer globalen Krise nach. Der allenthalben zu konstatierenden »kulturellen Zerstörung und Reduzierung der Vielfalt regionaler sozialer Formen« (S. 23) setzt er die Auffassung entgegen, daß die Leistungs- und Überlebensfähigkeit einer globalen Population »wesentlich von der Sicherung von Diversität, also regionaler kultureller Identitäten, insbesondere der Sicherung der Vielfalt, Komplexität und Redundanz von organischen Formen, Arbeitsformen und sozialen Interaktionsformen« (S. 31) abhängig ist. Programmatisch nimmt sich der Text *Johan Galtung*s mit dem Titel »Eine Welt in einer ökonomischen Krise« aus. Aufbauend auf einer wenig überzeugenden Charakteristik des heutigen Kapitalismus als »Hyperkapitalismus« (S. 41 ff.) beschreibt er die Probleme der Gegenwart als Ausdruck einer globalen

Fehlsteuerung und Fehlentwicklung. Das Fazit ist schließlich ein globales Krisenszenario mit Unterversorgung und Unterfinanzierung (bei lebensnotwendigen Gütern) einerseits und Überversorgung und Überfinanzierung (bei normalen und Luxusgütern) andererseits (vgl. S. 48). Ökonomisch ist seine Darstellung wenig unternetzt, kulturphilosophisch scheint sie fragwürdig. Ob sie als Denkansatz und Forschungsprogramm etwas taugt, muß vorerst offen bleiben. Was sich mit Gewißheit sagen läßt, ist aber, daß sie zur Diskussion anregt. In der Zusammenfassung ergibt sich folgende charakteristische Aussage: »Dem Okzident ist die Krise nicht fremd. Der Okzident liebt die Krise, nährt die Krise. Es gibt eine ganze Pornographie von Krisen, sehr aufregend und ständig dargestellt in den Medien. Die führende Ideologie der Ökonomie garantiert die Krise ... *Prognose: Es wird schlimmer werden... Therapie: Alles ... umdrehen*« (S. 73, 79). Besser faßbar ist der sich daran anschließende Aufsatz von *Carsten Herrmann-Pilath* über den »asiatischen Kapitalismus«, worin die asiatische Wirtschaftskrise als eine »Krise der Kultur«, der kulturellen Differenz zwischen Asien und Europa/Amerika gedeutet wird. Wenn der »rationale Kapitalismus« des Westens, so der Autor, kein »Phänomen der Realität« ist, sondern »eine Selbstbeschreibung des Beobachters«, so entpuppt sich die Asienkrise als eine »Krise der Kultur des Beobachters, der seiner eigenen Geschichte Asiens untreu wird« (S. 121). Ein sehr lesenswerter Aufsatz! Weitere Texte sind Einzelaspekten des Themas gewidmet. So behandelt *Franz Liebl* kulturelle »Trends als Krisenphänomen« (S. 131 ff.) und *Stephan Panther* schreibt über »Kulturelle Faktoren in der Ökonomie und die Webersche Protestantismusthese« (S. 165 ff.). In einem abschließenden Beitrag versucht *Birger P. Priddat*, den Stand der Forschung auf diesem Gebiet zusammenzufassen und anhand einzelner Thesen und Fragestellungen die unterschiedlichen Positionen zu markieren. Er gelangt dabei zu dem Schluß, daß die bisher zu findende »fein säuberliche Grenzlinie« zwischen ökonomischer Theorie und Kultur nicht mehr gilt. Die Frage nach dem Verhältnis von Kultur und Ökonomie endet damit, so *Priddat*, daß »man zur Kenntnis nehmen muss, daß die Frage danach, was relevant ist, nicht ökonomisch

misch entschieden wird, sondern durch den gesellschaftlichen Diskurs, der die Kultur festlegt ... und der auch bestimmt, welche Fragen ökonomisch, welche nicht ökonomisch bestimmt werden« (S. 217 f.). – Vielleicht dienen diese Überlegungen dazu, die Lücke in der ökonomischen Theorie wieder zu schließen, die durch das Weglassen der Kulturdimension zu Anfang des 20. Jahrhunderts entstanden ist.

ULRICH BUSCH

Christoph Wulf, Birgit Althans,
Kathrin Audehm, Constanze
Bausch, Michael Göhlich, Stephan
Sting, Anja Tervooren, Monika
Wagner-Willi, Jörg Zirfas:
Das Soziale als Ritual. Zur
performativen Bildung von
Gemeinschaften, Leske + Budrich
Opladen 2001, 387 S. (48,00 DM)

Die hier in Rede stehende ethnographisch angelegte Studie ist eine höchst instruktive Untersuchung, deren Erkenntnisinteresse sich aus der Frage ableitet, wie sich soziale Beziehungen in performativen Prozessen von Ritualen bilden. Dabei deutet der performative Charakter von Ritualen darauf hin, daß Ritualisierungen nicht mehr unter Aspekten der Stereotypie oder Starrheit erfaßt werden, sondern Rituale auch produktiv sind. In Anlehnung an *John Austins* Sprechakththeorie und ihrer Erweiterung durch *Jacques Derrida* und *Judith Butler* wird deutlich, daß performative Äußerungen Handlungen sind, die (neue) Sachverhalte erzeugen. Performative Äußerungen produzieren das, was sie bezeichnen, beispielsweise Identitäten. Rituale als performative Äußerungen sind dabei immer in einen gesellschaftlichen Rahmen gefaßt, und ihre (Re)Produktion verläuft durch Wiederholungen, wodurch Rituale Sinn generieren oder transformieren. Dabei können sie über den Kontext ihres Erscheinens hinaus Wirkungen zeitigen.

Die Studie konzentriert sich auf diejenigen performativen, rituellen Praktiken, durch die Gemeinschaften hergestellt und gestaltet werden. Körperlich-mimetische und sprachlich-attribuierende Performativa werden dabei als

Mittel betrachtet, Differenzen zu produzieren und zu bearbeiten, Komplexität zu reduzieren sowie Übergänge zu strukturieren.

Im Fokus der Analyse stehen vier Sozialisationsfelder performativ-rituellen Handelns: der Lebensraum der Familie, Übergänge im Schulalltag, Pausenspiele von Kindern sowie Medieninszenierungen von Peergroups. Ferner wird die Stadt als performativer Raum bestimmt, der von seinen Bewohnern ständig re-inszeniert wird (Kapitel 1) und rituelles Handeln als praktisch-mimetisches Wissen auszeichnet (Kapitel 6). Abgerundet wird der Band von einer instruktiven Zusammenfassung der verschiedenen Aspekte, die den performativen Charakter von Ritualen kennzeichnen.

Das erste Kapitel beschreibt die Stadt als performativen Raum sowie die Rituale, die diesen Raum erzeugen und ständig re-inszenieren. Die Veranschaulichung des performativen Raumes geht dabei von der Stadt Berlin aus, dann auf den Innenbezirk bis hin zur Schule, von wo aus insbesondere den Möglichkeiten performativer Rituale für Kinder nachgegangen wird. Im zweiten Kapitel wird die rituelle Dynamik im Lebensraum von Familien am Beispiel des Essensrituals untersucht. Die unterschiedlichen Eßräume lassen dabei die performative Wirkung des Raums sichtbar werden. Ferner kommt es beim Essen zur Inszenierung der Familie als normative Gemeinschaft, die ständig neu bearbeitet, erhalten oder verändert wird. Fokus der Betrachtung ist vor allem die Bearbeitung von Störungen und Krisen der Gemeinschaft sowie überhaupt erst die Bildung von Familie durch rituelle Praktiken. Das dritte Kapitel widmet sich der Rekonstruktion von Übergangsritualen im Schulalltag. Schulische Rituale und Übergangsphasen (das Ankommen in der Schule, das Warten vor der Klasse, die Raumverteilung der Schüler und Lehrer sowie Schulwochenanfang und -ende) werden als kulturelle, ordnungsstiftende und damit performative Aufführungen begriffen und analysiert. Den Pausenspielen als performative Kinderkultur widmet sich das fünfte Kapitel. Dabei zeigt sich, wie durch Geben, Empfangen und zirkulierenden Tausch die rituelle Grundlage für Gemeinschaftsbildung gelegt wird, wobei insbesondere das Geschlechterverhältnis genauer

betrachtet wird. Das fünfte Kapitel analysiert, wie sich Kinder in mimetischen Prozessen mediale Inszenierungen aneignen und diese bei der Selbstgestaltung sozialen Handelns anwenden. Die Kinder greifen auf die vom Fernsehen vermittelte kollektive Vorstellungswelt zurück und nutzen diese in rituellen Handlungen zur Bearbeitung eigener Entwicklungsprobleme. Diesem Aspekt widmet sich insbesondere das sechste Kapitel. Dort wird der Frage nachgegangen, wie rituelles Handlungswissen in bezug auf Vorbilder erworben wird. Besonders interessant ist dabei die Blickrichtung auf den szenisch-körperlichen Aspekt rituellen Handelns, der in der Aneignung von Gesten und Bewegungen den Körper performativ und wiederholt konstituiert. In der Aneignung und rituellen Wiederholung bildet sich eine Handlungsfähigkeit, die auch im spielerischen Umgang mit den inhärent symbolischen Elementen liegt. In diesem Sinne könnte die Handlungsfähigkeit der Subjekte ähnlich wie bei *Judith Butler* in der wiederholten Reartikulation liegen. Dabei zeigt die Untersuchung ferner die performative Bildung und Modifikation von Gemeinschaften auf.

Ist die Studie eine fulminante Bereicherung für alle diejenigen, die sich für eine analytische Beobachtung von Mikroritualen interessieren, so zeigt sich im letzten Kapitel, daß sie auch das Handwerkszeug für die Betrachtung von Ritualen überhaupt zu liefern vermag. Im siebten Kapitel werden die verschiedenen Aspekte des performativen Charakters von Ritualen zusammengefaßt und erläutert.

Da wäre zum einen der Aspekt der Komplexität zu nennen: Rituale sind überdeterminiert, lassen heterogene Elemente zu und sind mehrdeutig. Eine weitere Forschung könnte sich an der Mehrdeutigkeit von Ritualen, die hier als symbolische Inszenierung von Differenzbearbeitung ausgewiesen werden, ausrichten. Rituale sind demnach nicht nur Ausdruck eines äußerlichen sozialen Allgemeinen (Durkheim), sie repräsentieren nicht nur Bedeutung, sondern sie generieren, transformieren und produzieren in ihrem Vollzug Sinn. Ein anderer Aspekt ist das Spielerische von Ritualen, der darin besteht, daß neue Themen spielerisch hinzugenommen werden, Kreativität entfaltet und mit den Normen der Gemeinschaft gespielt wird. Das Spielerische ist dabei im

Schnittpunkt zwischen Macht, Normativität, Kritik und Kontingenz verortet. Dies verweist auf den Aspekt der Macht. Rituale sind immer in diskursive Ordnungen wie Gesellschaft oder Gemeinschaft und dadurch in Machtstrukturen eingebettet. Die diskursiven Ordnungen bestimmen partiell die rituellen Handlungen und die mit ihnen verbundenen kognitiven sowie affektiven Dimensionen der Erfahrung. Dadurch tragen sie implizit dazu bei, etwas als wirklich oder natürlich zu betrachten, ohne daß dem einzelnen dies absolut bewußt wäre. Die Macht der Performativität hat den Effekt der Einverleibung von Machtverhältnissen und deren Generierung. Rituale sind demnach auch der Prozeß, in dem Normen aufgeführt und präsentiert werden, die das Subjekt immer wieder performativ produzieren.

Im Anschluß an *Butler* ließe sich sagen, daß die Performativität als Macht die Naturalisierung von Geschlecht bewirkt, weil dieses in wiederholten Praktiken immer wieder aufgerufen und sedimentiert wird. Besonders aufschlußreich ist auch die Betrachtung der sakralen Dimensionen von Ritualen. Das Heilige ist heute beispielsweise in den elektronischen Kommunikationspraktiken zu sehen, in denen den Geräten performative und heilige Kraft der Vergemeinschaftung zukommt, man denke hier an das Tamagotchi. Andere angesprochene Aspekte von Ritualen sind: die Ikonologie des Performativen, die szenische Aufführung, Körperlichkeit, Mimesis, Regelmäßigkeit und Makrorituale.

Insgesamt ist die Studie eine instruktive Bearbeitung des Themenkomplexes »Ritual« und liefert Anstoß für weitere Forschungen. Insbesondere das letzte Kapitel zu den Perspektiven des Performativen hält einen Begriffsapparat bereit, der nicht nur für Analysen der Gemeinschaftsbildung interessant ist, sondern auch für jegliche Formen und Prozesse von Ordnungskonstitution, wie zum Beispiel Identitäten, Sinnsysteme und politische Bewegungen. Den Stellenwert hervorgehoben zu haben, den dabei das Performative innehat, das somit nicht auf einen Aspekt der Sprechakttheorie reduziert werden kann, macht den innovativen Charakter des Buches aus.

STEPHAN MOEBIUS

Mary Kaldor:
 Neue und alte Kriege,
 Edition Zweite Moderne,
 hrsg. von Ulrich Beck,
 Suhrkamp Frankfurt/M. 2000,
 279 S. (38,00 DM)

Diesem Buch von *Mary Kaldor* ist eine große Verbreitung in der Öffentlichkeit zu wünschen, weil es sich gegen den Wahnsinn neuer Rüstung und gegen das Verbrechen neuer Kriege wendet. Bereits in der Einleitung schreibt sie, »...daß...ein neuer Typus organisierter Gewalt ... als Bestandteil unseres gegenwärtigen, globalisierten Zeitalters gelten muß. Diese Form von Gewalt hat die Gestalt eines ›neuen Krieges‹ angenommen... (der) durch das Verschwimmen der Grenzen zwischen Krieg (üblicherweise als politisch motivierte Gewalt zwischen Staaten oder organisierten politischen Gruppen definiert), organisiertem Verbrechen (privat motivierte, normalerweise auf finanziellen Gewinn abzielende Gewalttaten privat organisierter Gruppen) und massiven Menschenrechtsverletzungen (von Staaten oder politisch organisierten Gruppen gegen Individuen begangene Gewalttaten) geprägt« (S. 7 f.) ist. Unabhängig davon, ob man *Mary Kaldors* inhaltliche Bestimmungen von Krieg, organisiertem Verbrechen und massiven Menschenrechtsverletzungen als ausreichend ansieht, drei Grundgedanken sind beachtenswert:

Erstens sieht sie diese »neuen Kriege« als *Bestandteil des globalisierten Zeitalters* an. Zweitens hält sie die *Grenzen zwischen den Formen organisierter Gewalt nicht mehr für exakt bestimmbar*. Drittens konstatiert sie, daß »...das staatliche Gewaltmonopol von unten untergraben wird, und zwar durch Privatisierung der Gewalt« (S. 13). Als Folge unterscheiden sich die neuen Kriege »hinsichtlich ihrer Ziele, der Art der Kriegführung und ihrer Finanzierung«.

Die neuen Kriege »haben...eine *Politik der Identität* zum Ziel«. Damit bezeichnet sie »einen Machtanspruch, der auf der Grundlage einer besonderen, partikularen Identität erhoben wird« (S. 15). Kriegführung bezwecke nicht mehr primär die militärische Eroberung, son-

dern die politische Kontrolle fremder Territorien und ihrer Bevölkerung. Die heute weltweit funktionierenden Medien betreiben Massensuggestionen und verbreiten Furcht und Haß, die wiederum als Vorwand für »Destabilisierungstechniken« wie »Zwangsumsiedlungen und politische, psychologische und ökonomische Einschüchterungstechniken« bis hin zu Massenmord, Massenvertreibung und damit Ausschaltung aller »Personen mit einer abweichenden Identität« (S. 18) dienen. Für die neue Art der Kriegführung sei typisch geworden, daß die Kriegswirtschaft nicht wie noch während des Kalten Krieges zentralisiert bleibt, sondern dezentralisiert wird. »Nur wenige Menschen nehmen am Krieg teil, die Arbeitslosigkeit ist extrem hoch« (S. 19). Indem die Kriegsparteien Furcht und Haß erzeugen, »verstärken sie wechselseitig die Gewaltspirale und helfen einander, ein Klima von Unsicherheit und Verdacht zu erzeugen« (S. 20). Menschen, Ethnien, Nationen, Völker und Staaten werden nicht zusammengeführt, sondern gegenseitig ausgeschlossen und ausgegrenzt.

Um diese Entwicklung aufzuhalten, so *Mary Kaldor*, sei die »Wiederherstellung der Legitimität«, die »Wiedereinsetzung einer – sei es lokalen, nationalen oder globalen – öffentlichen Kontrolle der organisierten Gewalt« erforderlich. Der Politik des Ausschlusses gelte es »alternative, zukunftsorientierte kosmopolitische Maßnahmen entgegenzusetzen, die die Kluft zwischen Globalem und Lokalem überwinden und Legitimität auf der Grundlage demokratischer, auf Einbeziehung zielender Werte neu aufbauen... Was wir brauchen, ist eine Allianz zwischen lokalen Verteidigern ziviler Werte und transnationalen Institutionen, die den Weg zu einer Kontrolle der Gewalt weisen können, ...politische, militärische und wirtschaftliche Aspekte umfassen, ...im Rahmen internationalen Rechts operieren und auf dem internationalen Korpus sowohl des Kriegsrechts als auch der Menschenrechte fußen, den man vielleicht als kosmopolitisches Recht bezeichnen könnte« (S. 22). Die letzten Sätze der Einleitung sind wenig euphorisch. Die Autorin meint, keine Optimistin zu sein und daß ihre Vorschläge utopisch wirken könnten. Sie »entspringen einzig der Hoffnung, nicht der Zuversicht, und erscheinen mir

als einzige Alternative zu einer düsteren Zukunft« (S. 25). Das Einleitungskapitel verdient Aufmerksamkeit, weil sie hier neben ihren Ausgangspositionen auch die wesentlichsten Erkenntnisse aus den nachfolgenden Kapiteln in gestraffter Form vorwegnimmt. Es folgen die Kapitel 2. »Alte Kriege«, 3. »Bosnien-Herzegowina: Fallstudie eines neuen Krieges«, 4. »Die politischen Ziele der neuen Kriege«, 5. »Die globalisierte Kriegswirtschaft«, 6. »Die kosmopolitische Alternative«, 7. »Regieren, Legitimität und Sicherheit«. Ausführliche Anmerkungen und Quellenangaben zu den einzelnen Kapiteln ermöglichen dem Leser, die Entstehung der Gedankengänge der Autorin nachzuvollziehen.

Das Kapitel »Alte Kriege« schlägt den Bogen von Clausewitz »Über den Krieg« bis zu den totalen Kriegen des 20. Jahrhunderts, in denen der öffentlich-staatliche Bereich versucht, »sich die Gesamtheit der Gesellschaft einzuverleiben« (S. 43). Damit wächst »der Zwang zur öffentlichen Rechtfertigung« von Kriegen (S. 46). Während die Entwicklung von Atomwaffen Kriegführung im hergebrachten Sinne weitgehend unmöglich machte, etablierte der Kalte Krieg jedoch »eine Art von permanenter Kriegspsychose, die auf der Abschreckungstheorie gründete und ... den Krieg im Bewusstsein« (S. 50) hielt. Am Ende »des Kalten Krieges ... sahen wir uns ... mit einer neuen Kriegslust konfrontiert«, damit schließt dieses Kapitel.

Den Krieg in Bosnien-Herzegowina bezeichnet die Autorin als »Paradigma der neuen Form von Kriegführung« (S. 52). Als sie dies schrieb, gab es den NATO-Krieg gegen Jugoslawien und die neue NATO-Doktrin von 1999 noch nicht. Sie fragt mit großer Berechtigung, warum konnte der Nationalismus in den Teilrepubliken Jugoslawiens einen so aggressiven Charakter annehmen, obgleich es eine lange »Periode friedlicher Koexistenz verschiedener Gemeinschaften und Nationalitäten« (S. 57) gegeben hat und Jugoslawien eine beachtliche »Rolle als Führer der Bewegung der Blockfreien« (S. 59) spielte. Man sollte die Ursachen der neuen Welle des Nationalismus in der Gegenwart, nicht in der »vorkommunistischen Vergangenheit« suchen und davon ausgehen, daß seit 1989/90 »der Nationalismus für politische Zwecke wieder-

belebt wurde« (S. 58). Durch die Anerkennung der Selbständigkeit von Slowenien und Kroatien durch bestimmte Westmächte, Deutschland allen voran (Mary Kaldor schreibt auf Seite 69 beschönigend: »durch die internationale Gemeinschaft«), wurden Furcht und Haß geschürt und politisch mißbraucht. »Die Geschehnisse in Bosnien lassen sich verstehen als ein Krieg ausschlußorientierter Nationalisten gegen eine säkulare, multikulturelle, pluralistische Gesellschaft« (S. 72). Durch die internationale Unterstützung bei der Wiederbelebung des Nationalismus wurde der Krieg »gegen die Zivilbevölkerung und die Zivilgesellschaft« (S. 94) in Bosnien-Herzegowina geführt, so daß sein »Genozid-Charakter« zum »Hauptmerkmal des Krieges« (S. 103) geworden ist, dessen aggressive nationalistische Welle Vorbote für die politischen Ziele des NATO-Krieges gegen Jugoslawien 1999 war, um den Balkan unter die Vorherrschaft der NATO zu bringen. Hat Mary Kaldor das vorausgesehen?

Im 4. Kapitel findet sich der Satz: »Politisch geht es in den neuen Kriegen um Machtansprüche auf der Basis *scheinbar* (von mir hervorgehoben – W. T.) traditioneller Identitäten (Nation, Stamm, Religion)« (S. 110). Diese »neue Welle der partikularistischen Politiken der Identität« sei nur zu verstehen aus der »wachsenden kulturellen Diskrepanz zwischen jenen, die ... an transnationalen Netzwerken teilhaben, und jenen, die von den globalen Prozessen ausgeschlossen sind..., auch wenn ihr Leben durch genau diese Prozesse tiefgreifend beeinflusst wird« (S. 111). Das wird so lange so bleiben – nicht nur in Jugoslawien, ebenso in Osteuropa, Afrika, Asien, Lateinamerika und nicht zuletzt in der angeblich zivilisierten westlichen Welt –, so lange sich unter den globalen »Diaspora-Nationalisten und Fundamentalisten, ...Neoliberale ... genauso wie transnationale Verbrechersyndikate« befinden, »die von den neuen Kriegen profitieren« (S. 111). Des Pudels Kern der neuen Kriege: politische Macht auszuweiten in trauer Gemeinschaft mit Erhöhung des Maximalprofits. Die Autorin setzt sich mit Globalisierung (vgl. S. 112 ff.), Politik der Identität (vgl. S. 121 ff.) und mit Kosmopolitismus versus Partikularismus (vgl. S. 138 ff.) auseinander.

Im Kapitel »Die globalisierte Kriegswirt-

schaft« (vgl. S. 144 ff.) belegt *Mary Kaldor* an konkreten Beispielen die Folgen der Privatisierung der Streitkräfte: »Unterm Strich geht das ›Scheitern‹ des Staates mit einer wachsenden Privatisierung der Gewalt einher« (S. 147). Das »Gewaltmuster« der neuen Kriegsakteure leitet sie aus »jenen Modi der Kriegführung« ab, »wie sie Mao Zedong und Che Guevara systematisierten« (S. 154) – eine strittige, aber bedenkenswerte Sicht – und wie sie von »der Anti-Guerillakriegsführung« (S. 156) zum Beispiel der USA in Vietnam praktiziert wurde. Der Unterschied bestehe darin, daß die Guerillakämpfer »im Revolutionskrieg ... Unterstützung durch die Bevölkerung« erreichen wollen, der Anti-Guerillakampf dagegen »Vertreibung der Bevölkerung« betreibt, denn »alle potentiellen Opponenten gilt es zu beseitigen« (S. 157). Die Techniken des Anti-Guerillakampfes, wie systematische Ermordung, ethnische Säuberungen, das Unbewohnbarmachen großer Gebiete, Vergewaltigungen und andere Gewaltakte, fallen laut Artikel 2 der UNO-Konvention unter Völkermord (vgl. S. 159).

In den beiden letzten Kapiteln diskutiert *Mary Kaldor* Alternativen zur gewachsenen Barbarei der neuen Kriege, wofür nach Beendigung des Kalten Krieges günstige internationale Bedingungen und mit der »Agenda für den Frieden« des UN-Generalsekretärs *Boutros-Ghali* vernünftige Orientierungen gegeben waren (vgl. S. 177). Was erreicht wurde, ist enttäuschend, weil einflußreiche Politiker hartnäckig »an überkommenen Denkmustern bezüglich organisierter Gewalt« (S. 178) festhalten und mit Medienunterstützung »Kriege wie Naturereignisse« (S. 179) erklären. Auf die Vielzahl der angeführten Beispiele und die Berufung auf bedeutende Vertreter des Kampfes für den Frieden der letzten zwei Jahrhunderte kann hier nicht eingegangen werden. Das alles muß man selbst lesen und Schlußfolgerungen für eigene Friedenspositionen und entsprechendes Handeln ableiten.

Im Nachwort zur deutschen Ausgabe geht die Autorin auf den Luftkrieg gegen Jugoslawien im Frühjahr 1999 und den 50. Jahrestag der NATO-Gründung ein (vgl. S. 241 ff.). Über die inneren Probleme in Jugoslawien, die die ethnischen Krisen verursachten und die NATO zum bombardierenden Eingreifen ver-

anlaßten, gibt es bereits kompetentere Veröffentlichungen. Treffend jedoch ist die Bezeichnung der militärischen Aggression als »Spektakelkrieg« der NATO (S. 249). Die am Bildschirm mitzuverfolgenden »Grauen eines wirklichen Krieges« halten in der Bevölkerung »die Vorstellung des äußeren Feindes am Leben« – so schwätzten auch die deutschen Bundeswehr-reformer wie *Scharping* und andere. Wie der Irak fungierte auch Jugoslawien als »aktueller Ersatz für die sowjetische Bedrohung früherer Zeiten«. Beides »soll neue Ausgaben für die Luftstreitkräfte rechtfertigen« (S. 252), wie sie der neue USA-Präsident *Busch jr.* auch zu betreiben gedenkt.

Das Buch von *Mary Kaldor* ist lesenswert und zu empfehlen, selbst wenn man vielleicht manchem ihrer Gedanken nur bedingt folgen kann oder will.

WOLFGANG TRIEBEL

Franz Müntefering,
Matthias Machnig (Hrsg.):
Sicherheit im Wandel. Neue
Solidarität im 21. Jahrhundert,
Berliner vorwärts Verlags-
gesellschaft, 2001,
277 S. (24,80 DM)

»Sicherheit im Wandel« – das soll die Botschaft sein, die die SPD im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes vermitteln will und so lautet auch der Titel des offiziellen Buches, das Generalsekretär *Müntefering* und Bundesgeschäftsführer *Machnig* herausgegeben haben. Die zweite Botschaft soll lauten: Die SPD ist die ›Partei der Mitte‹ – ›Neue Mitte‹ wurde nämlich bei der Vorstellung des Buches als zu enge Orientierung verworfen.

Der Band soll den Leitantrag für den Parteitag im November 2001 »untermauern«, einen Beitrag zur Programmdebatte leisten und positive Signale für die politisch interessierte Öffentlichkeit aussenden. ›Offiziös‹ ist das Buch deshalb zu nennen, weil es in der vorliegenden Form keine Rücksicht auf Beschlußlagen zu nehmen braucht, gleichzeitig aber mit der SPD-Meinung identifiziert werden kann.

Der Band enthält 18 Beiträge, angefangen von *Thomas Meyer*, der über das Thema »Grundwerte im Wandel« schreibt, über *Sigmar Mosdorf*, der sich zur Wirtschafts- und Finanzpolitik äußert, und *Edelgard Bulmahn*, die über die Bildungspolitik nachdenkt, bis zu *Matthias Machnig*, der über die Erfolgsbedingungen für die Modernisierungspolitik räsoniert. Wie bei anderen »offiziösen« Schriften ist auch im vorliegenden Buch vieles sehr »rund« formuliert; es soll ja schließlich für die SPD und ihre Reformpolitik werben.

Thomas Meyer widmet sich in seinem Beitrag unter anderem dem Zusammenhang von Gerechtigkeit und Gleichheit. Er möchte die diesbezüglichen Aussagen des Berliner Programms der SPD präzisieren: »Ungleichheit in Einkommen und Eigentum ist nur in dem Maße gerecht, wie sie auf persönlichen Leistungen beruhen, die der gesamten Gesellschaft zugute kommen und daher von ihr gewollt sind. Gerechtigkeit erfordert darum heute in unserer Gesellschaft und in der Welt im Ganzen mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen und Eigentum« (S. 28). Weiter schreibt *Meyer*, daß das politische Bündnis zur Sicherung des Sozialstaats zwischen alten und neuen Arbeitnehmern und den an der gesellschaftlichen Integration interessierten sozial orientierten Selbständigen heute von der Linken »einen Schritt nach vorn« verlange. Sie müsse die Teilperspektive einer bloß markt-kritischen Politik ersetzen durch eine politisch gestaltende Gesamtperspektive, in der sich die neuen Mittelklassen mit ihren ökonomischen Interessen und Erfahrungen wiedererkennen. Soweit, so gut. Seine Schlußfolgerung ist, daß dies allein durch eine differenzierte Gerechtigkeitspolitik verwirklicht werden könne, in der elementare Gleichheit und gerechte Ungleichheit glaubwürdig aufeinander bezogen seien. »Politisch wird daher die Anerkennung der gerechten Ungleichheit zur Voraussetzung der Sicherung der gerechten Gleichheit« (S. 29). Stellt man diese Aussage in den Kontext der konkreten Regierungspolitik, die nach *Müntefering* fortgesetzt werden soll, dann weisen solche Formeln wie die von der »gerechten Ungleichheit« eher in die entgegengesetzte Richtung, ähnlich der von einem Mehr an Gleichheit in der Verteilung von Einkommen und Eigentum. Und dies

um so mehr, als der stellvertretende SPD-Parteivorsitzende und Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, *Wolfgang Clement*, die Frage, wieviel Ungleichheit gebraucht würde, damit Leistung erbracht wird, und wieviel Ungleichheit mit Gerechtigkeit verträglich sei, als den archimedischen Punkt der Debatte bezeichnet hat.

Wie nicht anders zu erwarten, liest sich der Beitrag von *Hans Martin Bury*, Staatsminister beim Bundeskanzler, wie eine einzige Erfolgsgeschichte der Regierung, die angeblich auf allen Politikfeldern eine zukunftsfähige Politik betreibt. Da ist schon die Arbeitslosigkeit seit *Kohl* um eine Million gesunken und die Bundesrepublik befindet sich dank der Schröder-Regierung auf einem »stabilen Wachstumspfad«. Das Bündnis für Arbeit lobt der Autor über den grünen Klee. Durch dieses wäre es zu einer stärkeren Beschäftigungsorientierung von Politik und Tarifpartnern gekommen. Komisch, daß sich das in der Praxis noch nicht niedergeschlagen hat. Nur an einer Stelle schimmert durch, was wir zu erwarten haben: Ähnlich wie bei der Rente »werden wir bei der Gesundheitspolitik zu einer neuen Balance zwischen Eigenverantwortung und kollektiver Sicherheit kommen müssen« (S. 135), heißt es da. Denn, so der Autor, angesichts der Belastung des Faktors Arbeit mit Lohnzusatzkosten seien die Möglichkeiten der Finanzierung von Gesundheitsleistungen durch die Sozialversicherung begrenzt, wenn nicht ausgeschöpft.

Eine ähnlich positive Botschaft verbreitet ein anderer Staatsminister, *Siegmar Mosdorf* (Bundесwirtschaftsministerium). Auch seine Botschaft ist klar: Die Staatsquote soll 40 Prozent betragen, die Selbständigenquote soll von 9 auf 15 Prozent erhöht werden. Das gesellschaftliche Libretto heiße Freiheit und Selbständigkeit, mehr Subsidiarität, ein anderer Staat, aber auch Fairneß, Teilhabe und Verantwortung (vgl. S. 150).

Der Medizinprofessor *Karl W. Lauterbach* schreibt in seinem Beitrag über das deutsche Gesundheitssystem wesentlich klarer und offener. Der wesentliche Grund in den unterschiedlichen Lebenserwartungen liege in der Zugehörigkeit zu unterschiedlichen sozialen Schichten. Dies sei aus dem Blickfeld der Debatte geraten und könnte über eine Verstär-

kung der Prävention wieder hineingeholt werden (vgl. S. 197). Er sieht in einem System von »Grund- und Zusatzversorgung einen Bruch mit der bisherigen sozialdemokratischen Gesundheitspolitik in Europa ..., weil damit das Ziel gleicher Gesundheitschancen für alle Einkommensschichten als Grundsatz aufgegeben würde« (S. 198). Eine schlüssige Lösung des Problems liefert aber auch er nicht.

Problemorientiert ist auch der Beitrag von *Edelgard Bulmahn* über »Bildungspolitik als Strukturpolitik« angelegt. Hier geht es um solche Fragen, wie Barrieren beim Zugang zur Bildung abbauen, das überholte Rollenverständnis von Männern und Frauen überwinden, Integration und Förderung von Migrantinnen und Migranten, Demokratie und Toleranz erfahrbar machen, eine zweite Chance für junge Erwachsene ohne abgeschlossene Berufsausbildung geben usw.

Matthias Machnig arbeitet schlüssig heraus, warum die Kategorie »Sicherheit« in einem umfassenden Sinne heute in Zeiten vieldimensionaler Veränderungen von besonderer Wichtigkeit ist. *Machnig* bezeichnet die Prinzipien »Chancen eröffnen, Eigeninitiative fördern und den sozialen Zusammenhalt organisieren« als die drei Prinzipien, die den »Kern des sozialdemokratischen Projekts des 21. Jahrhunderts bilden« (S. 255). Eigeninitiative und Leistungsbereitschaft sieht *Machnig* im Unterschied zu einer neoliberalen Sicht im Zusammenhang mit sozialer Gerechtigkeit. Die Entfaltung des einzelnen setze einen Staat voraus, der ausreichend stark ist, um Gefahren auch tatsächlich abwenden zu können. »Denn unabhängig von Einkommen, Begabung und Lebensweise: Freiheit braucht Sicherheit. Politik, die auf die Ermöglichung von Chancen und die Stärkung von Eigeninitiative setzt, muss deshalb immer auch Sicherheit vermitteln.« Es bleibt aber abzuwarten, ob die SPD-geführte Regierung »Modernisierung tatsächlich mit sozialer Verantwortung« verbindet. Die bisherigen Ergebnisse sind da eher ambivalent.

Insgesamt betrachtet sind Sammelbände immer in Themen und Aussagen vielgestaltig. Beim vorliegenden Buch sind zu viele Themen zusammengewürfelt. Neben regierungsamtlichen Verlautbarungen findet man problemorientierte Beiträge, neben Politikbereichen Analysen zum Wählerpotential (drei Beiträge

von Parteienforschern) usw. Es läßt sich zwar alles unter einzelne Kapitelüberschriften zusammenfassen, ein einigermaßen stringentes Bild entsteht allerdings nicht. Man wollte wohl für jeden und für jede etwas bieten.

HORST DIETZEL

**Nordamerikastudien.
Historische und literaturwissenschaftliche Forschungen aus österreichischen Universitäten zu den Vereinigten Staaten und Kanada,**
hrsg. von Thomas Fröschl,
Margarete Grandner,
Birgitta Bader-Zaar
(Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit, Bd. 24/2000,
hrsg. von Thomas Angerer u. a.),
Verlag für Geschichte und Politik
Wien/R. Oldenbourg Verlag
München 2000, 368 S. (87,62 DM)

Das Institut für Geschichte an der Universität Wien gibt seit 1974 *Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit* heraus. Die jährlich erscheinenden Sammelbände mit Beiträgen verschiedener Autoren sind jeweils einer bestimmten Thematik gewidmet. Der jetzt vorliegende Band 24 befaßt sich mit den Nordamerikastudien. Er enthält 16 Aufsätze, die einen repräsentativen Querschnitt der historischen und literaturwissenschaftlichen USA- und Kanada-Forschungen an österreichischen Universitäten bieten. Vorgestellt werden die wichtigsten Projekte der späten neunziger Jahre. Der Band widerspiegelt die inhaltliche Breite der Untersuchungen, Methodenvielfalt und Versuche interdisziplinären Vorgehens.

Die Aufsätze sind in fünf thematische Komplexe gegliedert. Im ersten mit dem Thema »Nordamerika und Europa« untersucht *G. Stourzh* die Entwicklung einer »Culture of Rights« mit individuellem Rechtsschutz und Rechtsgleichheit für alle Menschen in Europa und Amerika. Für die amerikanische Geschichte inter-

essiert ihn dabei besonders der Widerspruch zwischen generellem Bekenntnis zu Menschenrechten und der unmenschlichen Haltung gegenüber den schwarzen Sklaven mit den bis in die Gegenwart reichenden Folgeerscheinungen. In einem Beitrag »American Empire – British Empire – Holy Roman Empire« behandelt *Th. M. Fröschl* den politischen Diskurs, der in Europa und Nordamerika im 18. Jahrhundert zu diesem Thema geführt wurde. Ein besonderes Anliegen bestand seiner Meinung nach darin, Fehlentwicklungen des British Empire und des Holy Roman Empire bei der Ausgestaltung des American Empire möglichst zu vermeiden.

Im zweiten Themenkreis »Selbstbild und Fremdbild« analysiert *K.-D. Ertler* Missionsberichte von Jesuiten in Neu-Frankreich aus der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts, die die Konflikte zwischen verschiedenen Welten, zwischen europäischen und indigenen Kulturen deutlich machen. *W. Krieglleder* beschäftigt sich mit deutschsprachigen Amerika-Romanen der Jahre 1776-1860. Besonders interessieren ihn die Positionen, die die jeweiligen Autoren zur Sklaverei in den USA beziehen. Charakteristisch ist, wie er feststellt, eine widersprüchliche Haltung, die zwar die Sklaverei ablehnt, rassistische Vorstellungen aber durchaus akzeptiert. *H. Tschachler* untersucht die Veränderungen im Deutschland-Bild des amerikanischen Autors *Lewis Mumford* (1895-1990), vor allem für die Zeit der Weimarer Republik sowie der Nazi-Herrschaft.

Das Thema des dritten Teils lautet »Österreich und die USA«. *M. Grandner* und *B. Bader-Zaar* geben einen weitgespannten Überblick über Nordamerika in Lehre und Forschung österreichischer Universitäten vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Staatsvertrag von 1955. *K. A. Mayer* wertet Berichte aus, die *Charles Francis Adams, Jr.* über seinen Wien-Besuch während der Weltausstellung von 1873 verfaßte. Wie *Mayer* zeigt, läßt sich der »Massachusetts Yankee« *Adams*, der aus einer der angesehensten Familien Neuenglands stammt, in seinem Urteil über Österreich in nicht geringem Maße von Stereotypen und Überheblichkeit leiten. Um ganz andere Berichte aus einer anderen Zeit geht es bei *S. Beer*. Er analysiert amerikanische »Intelligence Studies«, die durch Experten von 1941 an erarbeitet wurden, um die künftige Österreich-Politik

der USA zu bestimmen. *R. Wagnleitner* beschäftigt sich mit der politischen, kulturellen und ökonomischen Hegemonie, die die USA in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg über Europa ausübten. Seiner Meinung nach ist dabei mehr europäische Selbstkolonisation als amerikanischer Kulturimperialismus im Spiel.

Im vierten Teil sind Beiträge zu »Kultur, Politik und Recht. Amerikanische Querschnitte« zusammengefaßt. Untersucht werden: der »Transcendentalismus« der 1840er, eine philosophisch-literarische Strömung in Neuengland mit betont sozialreformerischen Bestrebungen (*M. Draxlbauer*); die literarische Auseinandersetzung mit dem Thema »Familie« am Beispiel von drei Autoren aus dem amerikanischen Süden (*W. Zacharasiewicz*); die unterschiedlichen Bewertungen der Rekonstruktionsperiode 1865 - 1877 in den Arbeiten schwarzer Historiker (*F. Haslinger*); Diskriminierung und Internierung von etwa 120.000 Amerikanern japanischer Herkunft in den Jahren 1941-1945 und die folgenden Auseinandersetzungen mit diesem offenkundigen Unrecht (*M. Leitner-Rudolph*); der Civil Rights Act von 1964, der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts verbietet (*K. Riegler*).

Im fünften Teil »Hispanoamerika und die USA« werden in zwei Aufsätzen politisch-kulturelle Interaktionen in der amerikanischen Hemisphäre untersucht: mexikanische Identität zwischen Tradition und Moderne (*M. Kaller-Dietrich*) und: die Schwierigkeiten eines Vergleichs von »frontier« und »frontera«, das heißt, der sich immer weiter westwärts verschiebenden Grenze in den USA und der Siedlungsgrenze in Südamerika (*G. Drekonja-Kornat*).

Die meisten der Autoren vertreten die Wiener Universität beziehungsweise andere wissenschaftliche Institutionen der Hauptstadt. Repräsentiert sind ferner, wenn auch in geringerem Maße, Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Salzburg und Schwaz/Tirol. Der Sammelband macht das hohe Niveau der österreichischen Nordamerika-Forschungen, die im wesentlichen allerdings USA-Forschungen sind, deutlich. Leider werden sie, wie auch die American Studies anderer europäischer und außereuropäischer Länder, in den Vereinigten Staaten kaum ernsthaft zur Kenntnis genommen.

KARL DRECHSLER

HELGA GREBING: Why is Berlin so important for us?

In 1995 Helga Grebing – former directress of the Research Institute of the European Labour Movement, at the University of Bochum – published a book criticising not only the ›tense search in Germany for a new national identity‹ but also the decision of the German parliament to make Berlin the new capital. But in this article, Grebing has completely revised her former view about Berlin. She now believes that Berlin will be ›simply a normal European capital‹ like any other. Even more than this, with its political and cultural institutions, with its universities and scientific facilities, and, of course, its many foreign ethnic groups – particularly Turkish, Polish, and Russian people – Berlin has, in Helga Grebing eyes, the potential of becoming an important link between Western and Eastern Europe.

DIETER DEHM: Three Bridges spanning the Walls in the Program Discussion

The basis for unity and solidarity in the dispute over a party's program, have to be sought in three areas that have divided the left East from West, communist from social-democratic tendencies. Making people equal is one of the prejudices on which anti-communism has fed for over 150 years. In this essay we try to show how the collective systems are the true dispositions for a real development of talent and unified personality – it's like a catharsis. The term of the ›profit dominating society‹ is used in the current discussion of the program. The old question arises: how much can reforms achieve as long as private property remains intact. Under the point of view of the modern monopoly theory this essay tries to find out which property should remain private and which it will be necessary to apply a strategy of socialisation and nationalisation. This essay speaks of a ›historical cut‹ into bourgeois relationships. The contradiction is also mentioned that exists between those socialists in government and those that refuse cooperation with parties to their political right. This essay tries to work out a dialectic for governing comprised of critics inside and opposition outside of the government. It appears that an atmosphere of respect and a search for consensus is a necessity rather than a continued source of division among the left.

FRANK RICHTER: Plurality or Pluralism?

In reflecting upon the contemporary theoretical situation inside the Party of Democratic Socialism (PDS) concerning the concepts of plurality and pluralism and in discussing Wolfgang F. Haug's concept of ›plural Marxism‹, the author shows, that the PDS may not yet be a pluralistic party. Rather than using plurality as instrument for theoretical development, claims of monopolizing of Marxian theory dominate in the PDS. At best, this situation could lead to tolerance.

RUDOLF LUDLOFF: The Capitalist Forces of Production and the PDS Programme

A party programme such as that of the PDS should begin with an analysis of recent transformations in productive forces and from this deduce its social and political strategies for the foreseeable future. Upon this basis, it should be examined how the working class has been involved in these change processes and how these transformations have in turn affected the development of this class. The economic and political struggle of workers and other employees virtually determines the conditions in which profit is made and competition is carried out. Workers demands and, those made by, employees to create technical progress have been repeatedly implemented

since 1833 with support of the bourgeois state. Even decisions concerning war and peace were aspects of this relationship. The developments in China since the Deng era have drawn on the experience of Lenin's New Economic Policy and have made some of these impulses productive. This has helped create modern production forces surpassing the days of the Industrial Revolution. This development does not necessarily imply a return to capitalism.

HORST MÜLLER: State Redistribution and Tendencies of Transformation in Modern Capitalist Societies

If we analyse the development of social reproduction patterns throughout the 19th and 20th centuries, we will find that the state developed increasingly into an institution responsible for the redistribution of produced values. The so-called rate of social (state-managed) transfers shows a remarkable change not only in economic but also in social relations. This is why the author raises the question of whether these changes can be understood as the genesis of a fundamental change leading beyond capitalism.

ANJA OBERKOFER: Critical Legal Studies and the American Jurisprudence

The Critical Legal Studies are a radical, left movement among American jurists, that has its roots not only in the works of Marx, Engels and Gramsci but also in the contributions of Foucault and Derrida. This article exposes the contradictory evolution of a theory of law, whose objective was a critical evaluation and analysis of the existing social circumstances and especially the structure of (judicial) power in the USA. As soon as the Critical Legal Studies and its most known protagonists, Duncan Kennedy, Roberto Unger and Jack Balkin, became established and recognised as professors in Ivy League educational establishment, their contributions and theories of the Critical Legal Studies lost its radicalism its links to the people as well as its orientation toward promoting social change. This fact becomes evident in Jack Balkin's »Discourse of Justice« and in Duncan Kennedy's »Theory of the Rule of Law« which are both evaluated in this article.

GÜNTER WIRTH: Martin Luther King – The Reception of his Ideas in The GDR

In his article Günter Wirth – former member of the Christian Democratic Union (CDU) of the German Democratic Republic (GDR / »East Germany«) and a leading scientist and journalist in the fields of culture and history – examines the reception of the ideas of Martin Luther King and his civil-rights-movement in a country under state-socialist political and ideological rule. Wirth distinguishes three levels of political interest: the leadership of the Socialist Unity Party of Germany (SED) and its state-controlled media, the Protestant Church and finally church newspapers and publishing houses. While the official political leaders took a reserved position because of Martin Luther King's plea for non-violence, the Protestant Church restrained their sympathy for King, because of his strong position in favour of a Free Church Movement. But within the media of the Protestant Church journalists and researchers were given an unrestricted space to honour the work of Martin Luther King. So it was not surprising that King became a real idol especially among Christian youth of that period.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren,

wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können sowohl auf Diskette (dann stets zusammen mit einem Ausdruck) als auch per eMail (als Attachment) vorzugsweise im »rtf«-Format eingesandt werden. Sofern in den Text Graphiken eingebunden sind, bitten wir darum, diese als gesonderte Datei beizufügen. Da wir bemüht sind, in den jeweiligen Ausgaben eine Vielzahl von Themen zu berücksichtigen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von 25 000

Impressum

Herausgegeben im Auftrag der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.
durch den Förderverein Konkrete Utopien e.V.
Gründungsvorsitzende:
GUNTHER KOHLMHEY † und HELMUT STEINER
Redaktion:
WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN (V.i.S.d.P.),
ULLA PLENER, MARTIN SCHIRDEWAN,
JÖRN SCHÜTRUMPF, MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE,
DIETMAR WITTICH
Redaktionsadresse: Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin (Tel.: 030 – 29 78 11 - 57, Fax - 81)
Internet: www.utopiekreativ.de
E-Mail: utopiekreativ@rosaluxemburgstiftung.de
Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin
Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL
Satz: ELKE SADZINSKI
Druck: BärenDruck GmbH,
Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin
Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,
10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)
Einzelverkaufspreis: DM 10
Jahresabonnement (incl. Versand):
DM 108 (Inland), DM 144 (Ausland)
Förderabonnement (incl. Versand): DM 144

Zeichen (entspricht zirka 15 Normmanuskriptseiten) nicht überschreiten. Am Ende des Beitrages bitten wir folgende Angaben unmittelbar anzufügen:
Informationen zur/zu den Autor/innen (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung/Tätigkeit, Publikationen etc.), Marginalien (zirka im Verhältnis 5 : 1 zum Umfang des Beitrages; das heißt auf 25 000 Zeichen kommen zirka 5 000 Zeichen Marginalien) sowie eine deutsche und eine englische Zusammenfassung/Summary (zirka 300 bis 500 Zeichen). Autor/innen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto einzusenden. Der Kopf von Rezensionen/Annotationen muß folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten: Vorname, Name der Autor/innen oder Herausgeber/innen: Titel, Verlag, Ort, Jahr, Seitenzahl und (Preis). Der Umfang des Textes sollte zirka 7 000 Zeichen nicht überschreiten.
Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Eine Rücksendung von Manuskripten erfolgt nicht. Nach Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht.

Die Redaktion

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 73/74:	je	2 DM
Heft 75 bis 109/110	je	5 DM

